

Lange Linien linker Politik

Orientierungsrahmen für die Diskurse der SPD-Linken

Christiane Benner

Interview: „Sozial-ökologische Transformation – nicht ohne Mitbestimmung und gute Arbeit!“

Kurt Hübner

Modell Deutschland in einer Umbruchphase der globalen Ökonomie

Michael Krätke

Krisenpolitik in finsternen Zeiten

Svenja Schulze

„Verschwende keine Krisen – oder: Wo die Chancen linker Globalpolitik liegen“

Klaus Dörre

Neu beginnen! Eine Linke des 21. Jahrhunderts gibt es nicht, sie muss noch entstehen

Wiebke Esdar

Generationengerechtigkeit mit Schuldenbremse?

Philipp Türmer

Vom Umbruch zum Aufbruch



Kai Burmeister	
Kurzum.....	4

MEINUNG

Claudia Walther, Oliver Brosch-Guesnet	
Von der Empörung zur Bewegung?	
Antifaschismus zwischen Krisenerfahrung und gesellschaftlichem Aufbruch	5

SCHWERPUNKT: LANGE LINIEN LINKER POLITIK ORIENTIERUNGSRAHMEN FÜR DIE DISKURSE DER SPD-LINKEN

Arno Brandt, Ole Erdmann und Thilo Scholle	
Einleitung zum Heftschwerpunkt.....	9
Autor*innengemeinschaft	
Work in Progress	13
Christiane Benner	
Interview: „Sozial-ökologische Transformation – nicht ohne Mitbestimmung und gute Arbeit!“	23
Kurt Hübner	
Modell Deutschland in einer Umbruchphase der globalen Ökonomie	28
Michael Krätke	
Krisenpolitik in finsternen Zeiten.....	34
Svenja Schulze	
„Verschwende keine Krisen – oder: Wo die Chancen linker Globalpolitik liegen“	40
Klaus Dörre	
Neu beginnen! Eine Linke des 21. Jahrhunderts gibt es nicht, sie muss noch entstehen	46
Wiebke Esdar	
Generationengerechtigkeit mit Schuldenbremse?.....	52
Philipp Türmer	
Vom Umbruch zum Aufbruch	56

ANALYSE & STRATEGIE

Arne Heise	
Finanzpolitische Normalität oder unverantwortliche Austerität – der Bundeshaushalt 2024	61

REZENSIONEN

Thilo Scholle

Rezension: Klassenanalysen 65

MELDUNGEN & TERMINE

Terminkalender 68

Detlef Horster

In memoriam Oskar Negt (1. August 1934 – 2. Februar 2024) 72

Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Herausgeber*innen:

Niels Annen (Hamburg), Claudia Bogedan (Bremen), Andreas Bovenschulte (Bremen), Björn Böhning (Berlin), Arno Brandt (Lüneburg), Klaus Dörre (Jena), Franziska Drohsel (Berlin), Iris Gleicke (Schleusingen), Michael Guggemos (Düsseldorf), Andreas Fisahn (Enger), Arne Heise (Hamburg), Marc Herter (Hamm), Oliver Kaczmarek (Kamen), Dietmar Köster (Wetter), Michael R. Krätke (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Kevin Kühnert (Berlin), Andrea Lange-Vester (Hannover), Detlev von Larcher (Weyhe), Matthias Miersch (Laatzten), Benjamin Mikfeld (Berlin), Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weiler), René Röspele (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn), Sarah Ryglewski (Bremen), Alexandra Scheele (Berlin), Joachim Schuster (Bremen), Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Margareta Steinrücke (Bremen), Olaf Struck (Erfurt), Michael Vester (Hannover), Claudia Walther (Köln), Felix Welti (Lübeck), Thomas Westphal (Dortmund).

Heftschwerpunkt: Arno Brandt, Ole Erdmann und Thilo Scholle

Redaktion:

Ursula Bitzegeio, Kai Burmeister, Jan Dieren, Cordula Drautz, Ole Erdmann, Sebastian Jobelius, Katharina Oerder, Anna-Katharina Meißner, Lasse Rebbin, Max Reinhardt, Michael Reschke, Christina Schildmann, Thilo Scholle, Stefan Stache

V.i.S.d.P.:

Ole Erdmann, redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH • Westfälische Str. 173 • 44309 Dortmund • Tel.: 0231-2 02 00 11 • Fax 0231-2 02 00 24 • spw-verlag@spw.de • www.spw.de

Geschäftsführung:

Andreas Bach, Christoph Ittner, Eckhart Seidel, Stefan Stache

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund: IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468 • BIC: PBNKDEFF • USt.-ID-Nr.: DE 122946515.

Die spw erscheint mit vier Heften im Jahr. Jahresabonnement Euro 39,- (bei Bankeinzug, Euro 37,-), Auslandsabonnement Europa Euro 49,-. Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende. Postvertriebsstück, keine Nachsendung. Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen. ISSN 0170-4613, K 5361. ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2023. Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: © Mann und Maus

Satz und Druck: Ilpa grafischer Betrieb GmbH, Bochum, Auflage: 960 Stück, Mai 2024

Kurzum von Kai Burmeister



↳ Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und Vorsitzender des DGB Baden-Württemberg

Foto: © DGB/Anna Sieger

Der Anspruch unserer Zeitschrift – sozialistische Politik und Wirtschaft auf die Höhe der Zeit zu befördern – ist für sich genommen schon eine Herausforderung, seien es Analysen und Positionen zu den multiplen Krisen unserer Zeit, die Begleitung der nach der Bundestagswahl vermuteten und später enttäuschten Öffnung des politischen Raumes oder die Vermessung des digitalen Kapitalismus und der Potentiale eines modernen Sozialismus.

Jetzt kommt für spw die notwendige Neuaufstellung als Zeitschriften- und Medienprojekt hinzu, damit ein Forum zur Verbindung von politischer und ökonomischer Theorie und Praxis längerfristig gesichert werden kann. Zwar zeigt unsere Leser-Umfrage eine hohe Zufriedenheit sowohl mit Inhalt als auch mit einer gedruckten Ausgabe, gleichwohl ist ein Teil unserer Leserschaft zusammen mit uns älter geworden. Kurzum: spw sitzt auf einem Eisberg, der zwar einen stabilen Eindruck macht, doch zu schmelzen droht.

Zur Wahrheit gehört, dass neue Generationen von jungen Sozialistinnen und Sozialisten andere Lesegewohnheiten und vor allem auch andere Formen politischer Debatte entwickelt haben. Dauerhafte Print-Abonnements sind eher Ausnahme denn Regel. Wenn spw nicht als ein in die Jahre gekommenes Projekt in die Geschichte eingehen soll, geht es heute nicht um die bloße Entscheidung, spw als gedrucktes Heft oder als digitale Plattform fortzuführen. Vielmehr geht es um die Beantwortung gleich mehrerer Stränge, die die spw aktiv tragenden

Genossinnen und Genossen zuletzt beschäftigt haben.

Basierte spw bisher – neben immer schon vorhandenen Spenden – vor allem aus Erlösen des Abos, scheint dieses Modell für viele linke Zeitschriften ans Ende gekommen zu sein. Die Diskussionen der letzten Monate haben gezeigt, dass eine solidarische Finanzierungsform künftig an Bedeutung gewinnen wird. Das noch sperrige Motto „Mir ist dieses politische Projekt wichtig und dazu leiste ich meinen finanziellen Beitrag“ sehen wir als eine wesentliche Antwort für unsere Zukunft.

Ein gedrucktes Heft soll es weiterhin geben, mehr denn je soll es mit digitalen Angeboten gelingen, Debatten jenseits des Vierteljahresrhythmus führen zu können. Es geht dabei nicht um tagesaktuelle Kommentierungen, sondern vielmehr um die attraktive Aufbereitung von relevanten Debattensträngen rund um soziale Demokratie, Partei, Wissenschaft, Gewerkschaften und soziale Bewegungen.

Der Anspruch von spw muss sich vor allem am inhaltlichen Angebot beweisen. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe stellt den Orientierungsrahmen für spw dar, der in Zeiten der Polykrise Orientierungen für fortschrittliche Politik geben soll. Dieses Angebot rund um einen Infrastruktur-Sozialismus betrachten wir als Baustelle linkssozialistischer Zukunftsdebatten. Gerade hier rufen wir zu Ergänzungen und kritischen Kommentaren auf, die eben gut digital abgebildet werden können.

Schon öfters stand spw seit der Gründung 1978 vor Herausforderungen der Neuaufstellung, die niemals einfach gewesen sind. Mit dem Orientierungsrahmen und der skizzierten Debatte zur Zukunft der spw stehen Vorschläge bereit, über die demokratisch beraten und entschieden werden muss. Für den Sommer sind wir dabei, entsprechende Versammlungen der spw GmbH, des Herausgeberkreises und der Redaktion etc. vorzubereiten. Kurzum: Wir arbeiten an der Zukunft von spw. ■

Von der Empörung zur Bewegung? Antifaschismus zwischen Krisenerfahrung und gesellschaftlichem Aufbruch

von Claudia Walther und Oliver Brosch-Guesnet



☞ **Claudia Walther** ist Mitherausgeberin der spw. Sie ist Co-Vorsitzende der Kölner SPD, Mitkoordinatorin des Europa-Arbeitskreises der SPD Mittelrhein, kandidiert für das Europäische Parlament und ist beruflich bei der Bertelsmann Stiftung tätig zu den Themen Migration, Integration und Vielfalt in Kommunen.

Foto: © SPD/SK/MK



☞ **Oliver Brosch-Guesnet** lebt in Köln. Er arbeitet im Europa-Forum der Köln-SPD und im Kampagnenteam der SPD-Region Mittelrhein für die Europawahl mit.

Foto: © privat

Ein nasskalter Dienstagabend im Januar. Für den darauffolgenden Sonntag war in Köln schon die große Kundgebung gegen rechts angekündigt, zu der dann mehr als 70.000 Menschen kamen. „Köln gegen rechts“ hatte eine kleine Demo angemeldet, eine Art Warm-Up. Dann überschlugen sich die Ereignisse und Meldungen. Mehr als 30.000 Menschen strömten im Laufe des Abends ins Kölner Stadtzentrum und brachten den Verkehr zum Erliegen, weil der Versammlungsort aus allen Nähten platzte. Das wunderschöne Luftbild von diesem Abend wurde hundertfach in den sozialen Medien geteilt. Eine Volksbewegung nahm ihren Anfang. In den folgenden Tagen und Wochen erlebte ganz Deutschland einen beispiellosen Aufschwung von Massendemonstrationen, Versammlungen und Aktionen von den Metropolen bis aufs „platte Land“. Be-

merkenswert und erfreulich, dass diese auch in Umfrage-Hochburgen der AfD wie in Ostdeutschland stattfanden.

Unmittelbarer Auslöser war die Correctiv-Recherche zu einem Treffen rechter Szenegrößen in Potsdam, bei dem in Anwesenheit von AfD-Politikern über die Möglichkeit der praktisch-politischen Umsetzung von „Remigration“ diskutiert wurde. Aber wie und warum löste eine Medienstory in so kurzer Zeit eine solche Massenbewegung aus? Den Boden dafür bereitete hatte die breite gesellschaftliche Debatte über den Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober 2023 und den daraus resultierenden, rasch eskalierenden Krieg in Gaza. Was „Nie wieder“ zu bedeuten hat, wo Antisemitismus und Rassismus zu verorten und wie zu verhandeln sind – das wurde bereits international, aber eben auch unter den besonderen Vorzeichen der deutschen Geschichte debattiert.

Die Correctiv-Veröffentlichung fand ihren Resonanzboden auch in einer gesellschaftlichen Stimmung, die von großer Verunsicherung und einem massiven Vertrauensverlust in die etablierte Politik gekennzeichnet ist. Das Kölner Rheingold-Institut beschreibt in einer Ende Januar veröffentlichten politisch-psychologischen Studie diese Stimmung so: „Das Grundgefühl vieler Wähler ist durch große Ohnmachtsgefühle angesichts multipler großer und kleiner Krisen (Krieg, Corona, Migration, Inflation, Radikalisierung der Gesellschaft) geprägt sowie einer wachsenden Sehnsucht nach spürbarer Bewegung. Zudem erleben sie, dass die Gesellschaft auseinanderdriftet und der Zusammenhalt verloren geht.“¹

¹ Grünewald/Poulakos: „Zwischen Weckruf und Bumerang“ – psychologische Wirkungen der Demonstrationen gegen Rechtsextremismus“, 31.01.2024, veröffentlicht auf www.rheingold-marktforschung.de

Die Beobachtung, dass Krisenerfahrungen und damit verbundene Verletzungen das politische Bewusstsein oft stärker prägen als tradierte Werte- und Politikmuster und sich Selbstverortungen und Einteilungen z.B. nach dem links-rechts-Schema dadurch auflösen, korrespondiert mit den Erkenntnissen einer europaweiten Studie des European Council on Foreign Relations, die ebenfalls im Januar unter dem bezeichnenden Titel „The politics of trauma in Europe's election year“² veröffentlicht wurde. Die Autoren, Ivan Krastev und Mark Leonard, beschreiben darin auf Basis empirischer Daten, die in neun EU-Mitgliedsstaaten, der Schweiz sowie Großbritannien erhoben wurden, eine europäische politische Landschaft, die sich zunehmend in „Krisen-Territorien“ auseinanderdividiert, in denen kollektive Ängste und ausbleibende politische Lösungen die Verfestigung politischer Stammesgesellschaften antreiben. Gefragt wurde spezifisch nach gefühlten Auswirkungen von politischen Krisen auf die persönliche Lebenswelt.

In Deutschland dominiert dabei – im Schlechten wie im Guten – die Haltung zu Krieg und Krisen und der dadurch ausgelösten bzw. damit verbundenen Einwanderung: es war in der Studie das einzige Land, in dem Migration als das Problem genannt wird, das die Befragten mehr als jedes andere betroffen hat. Und wer so empfindet, behauptet vielfach auch ein Versagen der herrschenden Politik in der „Migrationskrise“ und sieht die Lösung in einer von rechten Parteien und Kräften getragenen Abschottungspolitik. Die Angst vor dem gefühlten Identitätsverlust führt, so die Autoren, zu einer „extinction rebellion“ von rechts, der die dramatische Überhöhung der Klimakrise zur Auslöschungsgefahr für Natur und Leben spiegelbildlich gegenübersteht. Die queerfeministische Autorin Bini Adamczak beschrieb schon 2019, einen Aussteiger aus der Nazi-Szene zitierend, die Naturalisierung von Geschlecht, Nation oder „Rasse“ als vermeintlichen „Sicherheitsanker ... gegen die

Unsicherheiten der Zukunft“.³ „Männlichkeit, Deutschsein oder Weißsein erscheinen so als unkündbar – ganz anders als ein Mietvertrag oder Arbeitsplatz.“⁴

Denn „die Hinwendung zum Faschismus findet statt, wenn eine Gruppe, von der Unterwerfung erwartet wird, Einfluss und Handlungsmacht erlangt und eine Revolte beginnt, die tatsächlich zeigt, wie die Freiheit aussehen könnte. Der Faschismus mobilisiert eine unterbewusste Furcht vor dieser Freiheit, eine Furcht, die durch Ausbeutung, die Familie, ethnische und sogar biologische Hierarchien tief in den Strukturen der Klassengesellschaft verwurzelt ist.“⁵ Die erweiterte und differenzierte Definition Paul Masons von Faschismus als Angst vor und gewalttätige Reaktion auf Freiheit richtet den Blick auf „die Gruppen, die besonders anfällig für diese Furcht sind und daher zu den wahrscheinlichsten Konvertiten zum Faschismus zählen, .. : Menschen, die keine klare, zukunftsorientierte Identität haben; Menschen, die glauben, ihr Status hänge davon ab, dass andere keine Freiheit erlangen (z.B. Rassisten und gewalttätige Frauenhasser); religiöse Fundamentalisten, deren Überzeugungen rund um Hierarchien strukturiert sind; Menschen, für die Gewalt und Unterdrückung bereits eine Lebensart sind ...“⁶

Tradierte sozialdemokratische Politik befindet sich hier in einem mehrfachen Dilemma, das ihre Wirksamkeit im Kampf gegen Faschismus häufig erheblich begrenzt: Zum einen fehlt dem klassischen sozialdemokratischen Sicherheitsversprechen, das auf der Partizipation an einstmalig gesicherten Wachstumsraten und Wohlstandszuwächsen beruhte, schon lange die stabile ökonomische Grundlage. Zum anderen verstärkt sich auch die kognitive und emotionale Dissonanz zwischen dem ständig wiederholten Versprechen, dass krisenhafte Umbrüche dank sozialer Abfederung keine oder nur geringe Auswirkungen

2 Krastev/Leonard, „A crisis of one's own: The politics of trauma in Europe's election year“, veröffentlicht auf ecfr.eu (European Council on Foreign Relations – Policy Brief)

3 Bini Adamczak, „Die Versprechen der Gegenwart“, in: FAZ v. 23.01.2019

4 Adamczak, ebd.

5 Paul Mason, „Faschismus – Und wie man ihn stoppt“, edition suhrkamp 2022, S. 322

6 Mason, ebd. S. 322f.

gen auf die Lebenslagen der arbeitenden Bevölkerung haben werden, auf der einen Seite, und der erlebten Krisenrealität mit tiefen Einschnitten im Alltag und einem als unzureichend und fehlerhaft erlebten Regierungsmanagement auf der anderen Seite. Wo herrschende Politik nicht mobilisiert und ermutigt, hat der faschistische Sicherheitsdiskurs viel zu leichtes Spiel. Die Demotivation der eigenen Wählerschaft überlässt auch das mediale Feld den Narrativen der Rechten und erzeugt z.B. einen demoskopischen Schneeballeffekt, der die AfD auch deshalb stark aussehen lässt, weil deren Anhängerschaft viel stärker aktiviert ist als die der demokratischen Parteien. Die Aussicht auf Macht mobilisiert autoritär eingestellte bisherige Nichtwähler*innen, während die demokratische Mitte Resignation und politische Heimatlosigkeit empfindet, weil es an einem fortschrittlichen Narrativ und an Partizipationsmöglichkeiten mangelt. Welches Potential hier schlummert, deutete sich in den erfreulichen, aber noch viel zu bescheidenen Eintrittswellen in SPD und Grüne nach den Demonstrationen dieses Winters an.

Im überfälligen Gegendiskurs zu der faschistischen Erzählung werden Angst und Verunsicherung anerkannt, aber auch Wege zu ihrer Überwindung sichtbar. „Das gemeinsame Aufstehen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie schafft ein lange vermisstes, gesellschaftliches Wir-Gefühl. ... Dieses Wir-Gefühl bestärkt vor allem die Menschen, die sich im Vorfeld der Demonstrationen politisch heimatlos gefühlt haben.“⁷ So entstand eine ermutigte und andere ermutigende Haltung mit klaren, dringlichen Forderungen: „Nie wieder ist jetzt“! Hunderttausenden reicht(e) es – sowohl mit der dramatisch gewachsenen politischen Gefahr einer Machtbeteiligung rechtsextremer Kräfte wie auch mit der zögerlichen Reaktion der demokratischen Politik auf die Diskurs- und Machtverschiebung nach rechts. Bezeichnend war, dass der Triggerpunkt der Bewegung nicht in der Beschwörung allgemeiner politischer oder ökonomischer Konsequenzen rechter Politik lag, sondern im ganz praktischen und alltagsna-

hen Nachdenken über die Konsequenzen einer Ausgrenzung und möglichen Vertreibung von Familienangehörigen, Nachbar*innen und Kolleg*innen. Das Bedürfnis, dem Angst- und Ausgrenzungsdiskurs der Rechten mit Zusammengehörigkeit und Solidarität zu entgegnen, ist gewaltig.

Nun käme es darauf an, den neu und wieder mobilisierten Raum für Aktivität und Partizipation zu geben, so dass Selbstwirksamkeit und kollektive Gestaltung von politischen Prozessen und gesellschaftlichen Veränderungen wieder erfahrbar werden. Wie wirksam dieses Gegengift gegen rechtspopulistische und faschistische Macht- und Diskursverschiebungen sein kann, zeigt die erfolgreiche Bewegung zur Ablösung des PiS-Regimes in unserem Nachbarland Polen. Die vermutlich entscheidende Initialzündung war dort der Kampf von Frauen gegen die drastische Einschränkung des Abtreibungsrechts und des versuchten Rollbacks bei Gleichstellung und modernem Frauenbild. Er verband sich mit dem Kampf gegen die Ideologisierung der Lebenswelt und des gesellschaftlichen Kommunikationsraums im Verein von reaktionär-katholischer Kirche und rechtspopulistischer Staatspartei.

Der Wahlkampf für das europäische Parlament in den kommenden Wochen kann – weit über das bloße Parteienwerben um Stimmen hinaus – ein ideales Terrain für eine öffentliche Auseinandersetzung und Politisierung für die vielbeschworenen „europäischen Werte“ werden. Wie das Beispiel Polen zeigt, sind mit „Europa“ nach wie vor große Erwartungen und Sehnsüchte nach Wohlstand, internationaler Solidarität, liberaler Zivilgesellschaft und friedlicher Konfliktlösung verbunden. Das europäische Parlament ist vielleicht schon bald die einzige EU-Institution, von der noch Impulse für progressive politische Projekte in der EU ausgehen können. Die knappe Mehrheit für ein europäisches Naturschutzgesetz und die nach langem Gezerre erfolgreiche Durchsetzung des europäischen Lieferkettengesetzes sind dafür die jüngsten Beispiele. Auf der anderen Seite zeigen die jüngsten europäischen Beschlüsse zu Asyl und Migration, wie weit der Vormarsch des reaktionären, inhumana-

7 Grünewald/Poulakos, ebd.

nen Narrativs bereits gediehen ist. Progressive Gegenrede, die offensiv „europäische Werte“ verteidigt und sich darüber empört, wie Menschenrechte von europäischen Exekutivorganen mit Füßen getreten werden, Tag für Tag mit grauenvollen Konsequenzen für flüchtende Menschen, findet fast nur noch im zivilgesellschaftlichen Raum statt, kaum mehr in der Politik. In den europäischen Institutionen galt es am Ende schon als Erfolg, noch schlimmeres verhütet zu haben.

Chancen, mit mehr politischem Mut, vor allem aber mehr Beteiligung und Mobilisierung der fortschrittlichen Teile europäischer Gesellschaften und Parteien dem reaktionären Diskurs und der hinter ihm lauenden faschistischen Gefahr zu begegnen, gibt es jedoch allemal. Welche aktivierende (und präventiv Rechtssicherheit schaffende) Wirkung könnte es etwa haben, wenn die selbsternannte Reformkoalition in Deutschland sich an Frankreich und Polen ein Beispiel nähme und mutig die längst überfällige Reform bzw. Abschaffung des §218 angehen würde?

Antifaschistische Politik kann sich nicht in Warnungen vor dem Programm der Rechten und in Verhinderungsappellen erschöpfen. Das politische und gesellschaftliche Spektrum, das sich in den Demonstrationen dieses Winters zeigte, muss sich nun in positiven, Identität stiftenden gesellschaftlichen Projekten wiederfinden. Dazu bedarf es einer Verstetigung in einem breiten Bündnis demokratischer Kräfte (Paul Mason nennt das, anknüpfend an historische Vorbilder, „neue Volksfront“). Dabei geht es auch um „geeignete Wege, um den Kulturkampf auszutragen“⁸ und darum, sich im „Kampf der Ideen“ (Mason) zu behaupten. Nötig sind eine klare Analyse und eine ausgesprochene Verständigung der linken, grünen, liberalen und (im klassischen Sinne) konservativen politischen Kräfte und Parteien. Hinzukommen muss die Bereitschaft, den paternalistischen und institutionsfixierten Politikansatz, der sich gerade auch in der Sozialdemokratie in Regierung allzu breit gemacht hat, durch mehr Einbeziehung der „Basis“, der

Zivilgesellschaft und gesellschaftlicher Mikrostrukturen abzulösen. Mobilisierend ist antifaschistischer Widerstand und Kampf gerade, möglicherweise sogar nur dann, wenn er an die Verteidigung lebensweltlicher Freiheiten anknüpft und für das Fortbestehen und die Erweiterung von Gleichberechtigung, Diversität, Solidarität, Humanität und friedliche und demokratische Konfliktlösungen einsteht. „Respekt“ kann und sollte praktisch mehr bedeuten, als Gutes **für** Menschen zu tun – es muss **mit** ihnen geplant, gestaltet und durchgesetzt werden. ■

⁸ Mason, ebd., S. 357

Lange Linien linker Politik

Orientierungsrahmen für die Diskurse der SPD-Linken

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Arno Brandt, Ole Erdmann und Thilo Scholle¹



Die Zeiten sind unübersichtlich, die Zahl der Krisen ist groß. Zu beobachten sind grundlegende Veränderungen der Art und Weise wie produziert und gearbeitet wird – Stichwort Digitalisierung – sowie Veränderungen der geopolitischen Achsen und der globalen Arbeitsteilung – Stichwort Aufstieg Chinas. Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben zudem die Fragen von Krieg, Frieden sowie der militärischen Aufrüstung und Bündnis-

bildung bei der Entwicklung der internationalen Ordnung eine neue Dimension gewonnen.

Zugleich lässt sich eine immer stärkere Fragmentierung politischer Welten und politischer Diskurse beobachten. Dies fängt bereits bei der Wahrnehmung des eigenen Alltags und der eigenen Umgebung an.

Zudem sind nahezu alle größeren politischen und gesellschaftlichen Fragen in den letzten Jahren zumindest im öffentlichen Diskurs in einem Maße mit moralischen Argumentationen aufgeladen worden, die eine nüchterne und ggf. längerfristig angelegte Problemlösung erheblich erschweren. Die öffentliche Debatte über die Ausgestaltung der sozial-ökologischen Transformation oder die Frage des Einfrierens der Kriegshandlungen in der Ukraine sind Bei-

¹ Dr. Arno Brandt ist Ökonom (Schwerpunkte: Regional- und Innovationsökonomie sowie Strukturpolitik) und lebt in Lüneburg. Von 1990-2012 war er als Bankdirektor in der NORD/LB tätig. In Hannover ist er Vorsitzender des „Forums für Politik und Kultur e.V.“ und Mitglied des Koordinierungskreises der Keynes Gesellschaft Regionalgruppe Nord. Außerdem ist er Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des SPD-Wirtschaftsforums.

Ole Erdmann ist Dipl. Volkswirt und Mitglied der spw-Redaktion.

Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

spiele für Debatten, bei denen die Vielfalt der Grautöne aus dem Blick geraten ist. Die Reihe der Beispiele ließe sich fortsetzen, kaum ein aktuelles politisches Thema, das nicht unter ausschließlichen „richtig“ oder „falsch“ gelabelten Einordnungen diskutiert würde, und bei dem alles, was irgendwie als Versuch einer Kompromissfindung wahrgenommen wird, direkt als „Verrat“ oder zumindest „moralisch verwerflich“ gebrandmarkt würde. Es scheint mittlerweile in vielen auch linken Debatten die Fähigkeit zunehmend verloren zu gehen, längerfristige Perspektiven zu entwickeln, die Etappenschritte zu definieren, gesellschaftliche Mehrheiten suchen und dazu ggf. auch zur Kompromissbildung bereit zu sein.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung eines Diskursrahmens, der längerfristige politische Perspektiven öffnet, umso wichtiger. Ziel eines orientierenden Diskursrahmens sollte sein, Debatten zu strukturieren und so aus dem Verständnis aktueller ökonomischer, politischer sowie gesellschaftlicher Entwicklungen und Krisenprozesse Pfade langfristig angelegter politischer Gestaltung abzuleiten. Dies bedeutet vor allem, politische Strategien und Handlungskonzepte zu entwickeln, die Möglichkeitsräume zur Bewältigung der drängendsten gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen aufzeigen.

Die spw diskutiert über ihre künftigen Themenschwerpunkte und gibt sich dabei einen solchen Orientierungsrahmen, der die großen Linien des künftigen Diskurses der Zeitschrift absteckt. Dieser Orientierungsrahmen, der von einer Gruppe von Autor*innen aus dem spw-Umfeld verfasst wurde, versteht sich als ein offenes Diskussionsangebot, das einen Impuls für eine Neupositionierung der Zeitschrift setzen will und die Debatten im Kontext der Zeitschrift neu sortiert. Vor dem Hintergrund der transformativen Veränderungen betreten wir auch als Zeitschrift Neuland und verfolgen mit unseren Suchbewegungen das Ziel, die neuen Realitäten auf den Begriff zu bringen und politische Handlungskonzepte neu zu buchstabieren. Wir reagieren damit auf grundlegende Veränderungen der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen, die wir für die Entwicklung und

Umsetzung linkssozialdemokratischer Politik im 21. Jahrhundert in den Blick nehmen sollten:

- Wir befinden uns in einer Ära der Poly- oder Mehrfachkrisen, die mit einer grundlegenden Veränderung der geopolitischen Tektonik einhergehen und zunehmend Fragen der systemischen Resilienz, öffentlicher Souveränität und infrastruktureller Leistungsfähigkeit auf die politische Agenda rücken.
- Wir verstehen unter Zeitenwende primär den Zusammenbruch der neoliberalen Hegemonie, der große Chancen für progressiv-emanzipatorische Optionen, aber auch Gestaltungslücken hinterlässt, die gegenwärtig von rechtspopulistischen Strömungen gefüllt werden.
- Wir beobachten einen dramatischen Vertrauensverlust in das politische System, weil dringend gebotene progressive Strukturereformen insbesondere im Zusammenhang mit den sozial-ökonomischen und digitalen Transformationsprozessen ins Stottern geraten oder erst gar nicht auf den Weg gebracht werden.
- Wir sehen im Überfall auf Russland einen Zivilisationsbruch, der in Verbindung mit den geopolitischen Veränderungen zur Auflösung der alten Friedens- und Sicherheitsordnung führt. Damit stellen sich völlig neue Anforderungen an die Gestaltungsfähigkeit nationaler und insbesondere auch europäischer Politik, die neben neuen außen- und sicherheitspolitischen Strategien die Herausbildung eines eigenen neuartigen Regulierungs- und Akkumulationstyps erforderlich macht.

Auf diese grundlegenden Veränderungen linker Politik wird in dem in diesem Heft dokumentierten Orientierungsrahmen Bezug genommen und die mit ihnen zukünftig in der spw eine zentrale Rolle spielenden Diskursfelder skizziert.

Von der Vielzahl sich gegenseitig verstärkender Krisen ist auch die demokratische Linke in Deutschland und Europa nicht ausgenommen.

Fast überall sind bürgerlich-rechtskonservative Parteien auf dem Vormarsch, die nicht selten mit Unterstützung rechtspopulistischer Kräfte Regierungsmehrheiten bilden. In Deutschland geht von der ehemals ausgerufenen Fortschrittskoalition kaum mehr eine politische Ausstrahlung aus, die progressive soziale Bewegungen motivieren, geschweige denn begeistern könnte. Tragfähige politische Mehrheiten bzw. Wahlerfolge lassen sich in diesem Kontext schwerlich erreichen. Die innere Zerrissenheit der Ampelkoalition äußert sich in Selbstblockaden und das vom Bundesverfassungsgericht zementierte Regime der Schuldenbremse hebt jede politische Gestaltung, die einen Pfadwechsel zugunsten einer „just transition“ einleiten könnte, aus. Diese Politik hinterlässt bei den Menschen schlussendlich eine verkleinerte Hoffnung auf Zukunft, die das Vertrauen in eine kollektive Verbesserung der Lebenslagen unterminiert (Linus Westheuser).

Aus unserer Sicht wäre viel gewonnen, wenn mit den Möglichkeiten einer linkssozialdemokratischen Zeitschrift, die bislang gesammelten Erfahrungen mit der Krisenpolitik im politischen Mehrebenensystem reflektiert und strategische Handlungskonzepte zugunsten progressiver Strukturformen entwickelt werden könnten. Die spw will sich für diese strategischen Diskurse in Zukunft stärker öffnen und sich dafür breiter aufstellen. Dabei geht es auch um die Zukunft der spw. Wir arbeiten derzeit an einem Relaunch der spw, der neben der Fortsetzung der Printausgaben vor allem auch das digitale Standbein deutlich verstärken soll. Kai Burmeister skizziert den größeren Rahmen dieses Veränderungsprozesses im aktuellen Kurzum.

Als Startpunkt unseres Projektes zur Erneuerung der spw dokumentieren wir einerseits unseren Entwurf eines Orientierungsrahmens für die Zeitschrift. Andererseits haben wir eine Reihe von Autor*innen aus den Bereichen von Politik, Arbeit und Wissenschaft gewonnen, die den mit dem Orientierungsrahmen intendierten Impuls aufgreifen und in den unterschiedlichen Diskursfeldern Stellung beziehen:

In unserem Gespräch mit IG-Metall-Chefin Christiane Benner geht es um die Frage,

wie Gewerkschaften in der aktuellen Situation der Vielfach- und Transformationskrisen reagieren und neue Handlungsspielräume gewinnen können. Die IG-Metall bekennt sich zur Notwendigkeit der sozial-ökologischen Transformation und formuliert einen gewerkschaftlichen Anspruch zur Mitgestaltung der Transformation. Dieser kann u.a. dann erfolgreich sein, wenn durch zusätzliche öffentliche Investitionen die strukturellen Voraussetzungen der Energie- und Mobilitätswende entscheidend verbessert werden. Zugleich weist Christiane Benner darauf hin, dass die Gewerkschaften Reformvorschläge zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes vorgelegt haben, um die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer*innenvertretungen gerade auch im Hinblick auf die Mitgestaltung der Transformation und damit den Umbau der Wirtschaft zu verbessern.

Für Kurt Hübner befindet sich das deutsche Wirtschaftsmodell gegenwärtig in einer Transformationskrise, die sowohl politische als auch ökonomische Ursachen hat. Einerseits rächt sich die starke Exportorientierung des deutschen Wirtschaftsmodells in einer Zeit geopolitischer Veränderungen, die auch die globalen Absatzmärkte in Mitleidenschaft zieht. Andererseits erfolgt die sozialökologische Transformation nicht mit der notwendigen Geschwindigkeit, um die Klimaziele rechtzeitig zu erreichen und damit eine hohe Innovationsdynamik in der deutschen Volkswirtschaft in Gang zu setzen. In einer solchen Konstellation, in der auch rechtspopulistische Bewegungen an Boden gewinnen, befindet sich Deutschland in einer „Gramsci-Konstellation“, die den Pfadwechsel zu einem neuen Wirtschaftsmodell immer teurer macht.

Für Michael Krätke befindet sich der gegenwärtige Kapitalismus in einer „großen Krise“, die nur zu überwinden ist, wenn sich die Europäische Union von ihrer restriktiven Finanzpolitik emanzipiert und offensiv eine Strategie des grünen Kapitalismus verfolgt. Vor allem eine Strategie der Steigerung der Arbeitsproduktivität ist für ihn der Schlüssel, der den Weg aus der gegenwärtigen Krise öffnet. Dafür muss der Staat eine aktive Rolle als Pionierunternehmer

übernehmen und von Fesseln, wie der Schuldenbremse, befreit werden.

Bundesentwicklungshilfeministerin Svenja Schulze skizziert in ihrem Beitrag die „Chancen linker Globalpolitik“. Ebenfalls ausgehend von einem Bild vielfältiger und sich gegenseitig verstärkender Krisen plädiert sie für ein Zusammendenken verschiedener Handlungsfelder, etwa von Geoökonomie und Geopolitik sowie von Ökonomie und Ökologie. Letztlich sei u.a. soziale Sicherheit in einem globalen Maßstab eine Voraussetzung für eine gelingende Arbeit an der Transformation.

Klaus Dörre plädiert in seinem Beitrag für einen Neubeginn der demokratischen Linken angesichts einer völlig veränderten gesellschaftlich-ökonomischen Gesamtkonstellation. Vorbildlich ist für ihn aktuell die erfolgreiche Politik der KPÖ plus in Österreich, die vor allem mit ihren Initiativen zur Wohnungsfrage erhebliche Wahlerfolge auf der kommunalpolitischen Ebene einfahren konnte. Den neuen politisch-redaktionellen Orientierungsrahmen der spw mit seinem Fokus auf progressive Strukturformen, die auf eine höhere Resilienz, Nachhaltigkeit und Souveränität der sozioökonomischen Strukturen abzielen, sieht Dörre als einen fruchtbaren Ansatz für die konzeptionelle Neubestimmung linker Politik im 21. Jahrhundert.

Die aktuellen finanzpolitischen Debatten auf Bundesebene ordnet Wiebke Esdar in ihrem Beitrag ein. Dabei geht es ihr grundsätzlich um eine aktive Rolle des Staates, wie er im Orientierungsrahmen ebenfalls angelegt und begründet ist. Sie betont das Erfordernis der Erneuerung von gesellschaftlichen Infrastrukturen im Sinne einer echten Generationengerechtigkeit und skizziert die Ansätze, die die SPD-Bundestagsfraktion in den kommenden Monaten verfolgen wird, um die Investitions- und Finanzierungsbedarfe zu stemmen.

Der Juso-Bundesvorsitzende Philipp Türmer setzt sich in seinem Beitrag kritisch mit der Politik der Ampel-Regierung auseinander und markiert wesentliche Elemente einer Fortschrittsagenda. Die SPD müsse gerade angesichts der gesellschaftlichen Polarisierung und

der Angriffe von Rechtsaußen, aber auch von Neoliberalen bei CDU und FDP eine konsequente Umverteilungsagenda aufrufen, damit klar werde, dass die SPD an der Seite der Arbeitnehmer*innen steht. Mit der Forderung nach der Ausweitung der drängendsten Investitionen etwa in sozial geförderten Wohnungsbau und andere Bereiche der Daseinsvorsorge und deren gerechter Finanzierung formuliert Türmer Ansätze der Jusos für die politische Auseinandersetzung der kommenden Monate aus, die sich auch in den grundsätzlichen Überlegungen zur Ökonomie des Alltagslebens und der Infrastrukturökonomie im spw-Orientierungsrahmen wiederfinden. ■

Work in Progress

Politisch-redaktioneller Orientierungsrahmen für die spw

Autor*innengemeinschaft¹

Vorbemerkung

Die nachfolgende Skizze dient als Basis für einen künftigen Orientierungsrahmen unserer „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“ (spw) und des sich um sie herum gruppierenden Zusammenhangs. Natürlich verbinden wir dies mit der Hoffnung, dass sie sich auch als nützlich erweist, wenn es um konzeptionelle Sortierungsprozesse in der Sozialdemokratie, in rot-grünen Kontexten und vielleicht auch im Sinne eines neuen Cross-over-Prozesses geht.

Das Papier wurde erstellt und erörtert im Rahmen einer Autor:innengemeinschaft, die das Dokument in seinen Intentionen und Grundlinien, aber auch den damit verbundenen offenen Fragestellungen und Kontroversen gemeinsam trägt. Im Übrigen ist das Papier offen und unfertig angelegt. Dies gilt insbesondere für die Diskurscluster, die jederzeit kommentiert, erweitert oder neu konfiguriert werden können.

Wir laden hiermit ein, diesen Diskurs mit uns weiter zu führen – bei unserer Tagung am 29. Juni 2024 in Hannover oder in der Zukunft auf unserer Diskursplattform www.spw.de.

Die Skizze besteht aus zwei Teilen.

Im **Teil A** wird der Versuch gemacht, einige wesentliche Leitgedanken miteinander zu verbinden und damit auch an vorgängige Veröffentlichungen und Diskurslinien anzuknüpfen (insbesondere und übergreifend an die 2019 erschienen Dispositionen zu einer gemeinwohlorientierten Infrastrukturökonomie). Im Wesentlichen geht es hierbei darum,

- die Bewertung der globalen „Polykrise“ und des Scheiterns des neoliberalen Modells mit einer zeitgemäßen Perspektive einer gemeinwohlorientierten bzw. sozialistischen Wirtschaftsweise zu verbinden,
- in Auseinandersetzung mit dem Krisenmanagement der vergangenen beiden Jahre den Blick für eine *Politik progressiver Strukturformen* zu eröffnen.

Im **Teil B** wird dann der Versuch gemacht, fünf Diskurscluster zu definieren – im Sinne eines Rahmens, an dem sich unsere Diskussionen, insbesondere die Zeitschrift selbst und natürlich die Redaktionsarbeit ausrichten könnten. Es handelt sich zunächst um drei „Transformationscluster“ (sozialökologisch, soziodemografisch und digital). Es schließt sich dann ein Cluster an, das sich mit den sozialen, zivilen und politischen Akteurskonstellationen befasst. Das fünfte Cluster nimmt schließlich die geopolitischen resp. europäischen Dispositionen in den Blick.

A. Übergreifende Zusammenhänge und Narrative

A.1 Polykrise: Globalisierung, Transformation und Resilienz

Die Lage in der Welt lässt sich zusammenfassend als eine „Polykrise“ charakterisieren – verstanden als ein Konglomerat aus

- Krisen unterschiedlichsten Charakters, die sich über Jahre und Jahrzehnte hinweg entwickelt, miteinander verflochten und gegenseitig verstärkt haben,

¹ Arno Brandt, Claudia Bogedan, Kai Burmeister, Ole Erdmann, Uwe Kremer, Lasse Rebbin, Christina Schildmann, Thilo Scholle, Joachim Schuster, Carsten Sieling, Claudia Walther, Felix Welti.

- einer Häufung akuter wirtschaftlicher und nicht-wirtschaftlicher Schocks mit menschlich und gesellschaftlich tiefgreifenden traumatisierenden Wirkungen.

Diese Polykrise steht zugleich für eine „Krise der Globalisierung“ – sichtbar in den grundlegenden Veränderungen des geopolitischen Gefüges, d.h. in der Ablösung einer weitgehend unilateral bestimmten Weltordnung durch eine Polyzentrik, für die die Bedingungen einer neuen „friedlichen Koexistenz“ erst noch zu klären wären.

In ihrem sozioökonomischen Kern ist diese Krise der Globalisierung gleichbedeutend mit einer umfassenden Störung und Fragmentierung von Wertschöpfungs- und Versorgungsketten, von infrastrukturellen Systemen wie auch im alltäglichen Zugang zu Gütern und Ressourcen für einen wachsenden Teil der Bevölkerung – und dies im Zeichen seit 15 Jahren dramatisch kumulierender

- globaler Herausforderungen in Bezug auf die sozialökologischen und soziodemografischen Transformationen,
- nationaler Herausforderungen und Defizite bzgl. der lebensweltlichen und wirtschaftlichen Infrastrukturen (Infrastrukturkrise).

Vulnerabilität und Resilienz sind zentrale Begriffe zum Verständnis der Situation – mit Blick auf ihre systemische bzw. gesellschaftliche Bewältigung wie auch ihre subjektive Bewältigung im Alltag bzw. sozialen Prozessen. Es geht um Widerstandsfähigkeit sicherlich auch im Sinne einer Anpassung, vor allem aber um die Wiedererlangung von politischer Gestaltungskraft und Wirksamkeitserfahrung.

Der Begriff der *Transformation* beschreibt die großen Herausforderungen für die globale Wirtschaft-, Arbeits- und Lebensweise und den Bedarf an grundlegenden systemischen Veränderungen. Sie betreffen das alltägliche Dasein und soziale Gefüge der Menschen in

umfassender Weise und sind Gegenstand sozialer Bewegungen und Kämpfe. In dieser Verbindung von „System“ und „Alltag“ geht es immer und übergreifend um soziale bzw. *gesellschaftliche Transformation*.

Funktionsfähige Infrastrukturen sind die Bedingung, um die transformativen Herausforderungen im globalen Maßstab wie auch mit Blick auf die alltäglichen Lebensverhältnisse bewältigen zu können. Sie bilden den Ausgangspunkt jeder zeitgemäßen, insbesondere aber einer progressiven und sozialistischen Politik, die in allen gesellschaftlich relevanten Bedarfsfeldern gemeinwohlorientierte Zielsetzungen und eine entsprechende Ausrichtung von Investitionen, Netzwerken und Märkten realisieren will.

Zeitenwende bedeutet vor diesem Hintergrund: Wir sind in eine Zeit eingetreten, in der es um die umfassende (Wieder)Erlangung öffentlicher Souveränität über die infrastrukturellen Bedingungen des Stoffwechsels, des Wirtschaftens und des sozialen Lebens geht – international, national und lokal.

A.2 Ende des Neoliberalismus als Ideologie und Regulationsweise

Die Gesamtherausforderung ist riesig und keiner – auch nicht aus der Linken – möge behaupten, sie schon hinreichend durchdacht und die Lösungen bereit zu haben. Sicher ist aber: Nichts, aber auch gar nichts in dieser Gemengelage kann in irgendeiner Art und Weise mit neo- und ordoliberalen Konzepten beherrschbar gemacht werden. *Zeitenwende* bedeutet vielmehr auch: Zusammenbruch der neoliberalen Hegemonie – nicht nur als eine radikale Marktideologie, sondern auch in ihrer politökonomischen Struktur. Maßgebend hierfür sind drei für den Neoliberalismus konstitutive Aspekte:

- Die einstmals als „new economy“ erleuchteten Kombination verselbständigter Finanz-, „industrie“ und digitaler Plattformökonomien hat nie die prognostizierte innovative Kraft und realwirt-

schaftliche Wachstumsdynamik entwickeln können, sondern sich vielfach in einer Rentenökonomie erschöpft.

- Ihr Vordringen in die realwirtschaftlich wie auch lebensweltlich relevanten Infrastrukturen (durch Sozialabbau und Privatisierung wie auch mit Hilfe von Digitalisierung und prekärer Arbeit) hat maßgeblich zu einer volks- und weltwirtschaftlich bedrohlichen Krise der Infrastrukturen beigetragen.
- Der Versuch, soziales Einverständnis durch den kontinuierlichen Fluss billiger Importe entlang globalisierten Wertschöpfungsketten zu sichern, verschärfte den Verbrauch begrenzter globaler Ressourcen und stößt zudem an die Grenzen veränderter weltpolitischer Rahmenbedingungen.

Es hat in den vergangenen beiden Jahren Anzeichen gegeben, dass sich die Politik im Zeichen von Resilienz nicht nur im aktuellen Krisenmanagement, sondern darüber hinaus langfristig verändern und aus der neoliberalen Logik befreien könnte. Denn Resilienz baut sich nicht im marktförmig-wettbewerblichen Selbstlauf auf, sondern nur durch staatlich und sozial organisierte Regulierungen und Lernprozesse. Und mit Blick auf die bisherige Assoziation von Digitalkapitalismus und Neoliberalismus gilt: Die (Wieder-)Erlangung öffentlicher Souveränität bezieht sich auch auf die Finanz- und Informations- bzw. Datenströme und deren Dienstbarmachung für eine systemische Resilienz.

So entwickelt sich ein neuer Referenzrahmen für Politik – mit großen Chancen für progressiv-emanzipatorische Optionen. Aber: Schon jetzt zeichnen sich miteinander international konkurrierende Vorstellungen von *systemischer Resilienz* ab (darunter insbesondere auch autoritäre Varianten), deren Einordnung in (auch marxistische) Kategorien der Produktionsweise und der Gesellschaftsformation schwerfällt. Und national sind es häufig rechtspopulistische Strömungen, die in die

vom Neoliberalismus hinterlassene und von den progressiven Kräften nicht gefüllte Lücke stoßen.

A.3 Die große Verunsicherung und der Aufstieg des Rechtspopulismus

Die vom Neoliberalismus hinterlassene Lücke wird seit geraumer Zeit zunehmend von rechtspopulistischen Strömungen gefüllt. Sie reagieren damit einerseits auf die vom Neoliberalismus verursachten Kontrollverluste und Infrastrukturdefizite, andererseits auf die dadurch unbewältigten globalen Herausforderungen mit der Forderung nach nationalen, häufig ethnisch und habituell begründeten Schutzräumen.

Mit der Polykrise und ihrer Bearbeitung sind gewaltige Kosten wie auch nicht-monetäre Belastungen in der Gestaltung des sozialen Lebensalltags verbunden. Dies drückt sich zunehmend in persönlichen und sozialen Identitätskrisen wie auch komplexen Verteilungskämpfen aus. Sie bieten vielfältige Anknüpfungspunkte für progressive Strömungen, zunächst aber auch für den Rechtspopulismus.

Diese Kämpfe sind durch eine Hoffnung machende Neuformierung gewerkschaftlicher Mobilisierungskräfte geprägt. Dabei liegt deren Schwergewicht zunehmend in infrastrukturell dienstleistenden Wirtschaftszweigen. In Verbindung mit den Arbeitsbedingungen werden dabei in hohem Maße auch die Verfassung und Ausstattung der jeweiligen Infrastrukturen adressiert. Allerdings gibt es auch eine starke – insbesondere berufsständische – Fragmentierung. In diesem Kontext tritt zunehmend auch eine Art Bewegung der „Mittelstände“ (Bauern, Handwerker, Ärzte, Spediteure usw.) auf den Plan – mit Lagedefinitionen und Verteilungskämpfen quer zur einfachen „Arm-und-Reich“-Logik.

Zugleich werden die den Transformationen zugrunde liegenden Herausforderungen und die mit ihnen verbundenen Veränderungen in Lebens- und Regulationsweisen in der Bevölkerung sehr unterschiedlich wahrgenommen.

Weite Teile sehen sie als gemeinsam zu bewältigende Herausforderung; ebenso weite Teile empfinden sie aber vor allem als Zumutung, Respektlosigkeit und Einschränkung der persönlichen Autonomie.

Verbinden sich diese Tendenzen mit Attitüden gegen staatliche Bevormundung und abgehobene und praxisferne „Weltverbesserer“ sowie Ressentiments gegenüber anderen kulturellen Lagern, sozialen Schichten und ethnischen Hintergründen, sind die Einfallstore für rechtspopulistische Strömungen offen.

Den aktuellen Bewegungen gegen rechts kommt zweifelsohne eine enorme Bedeutung im Sinne einer möglichst breiten Allianz demokratischer Kräfte zu. Auf längere Sicht sind aber zwei miteinander verbundene Stoßrichtungen für eine *Perspektive jenseits von Neoliberalismus und Rechtspopulismus* maßgeblich:

- zum einen die umfassende Gewährleistung funktionsfähiger gesellschaftlicher Infrastrukturen, deren demokratische Gestaltung und Kontrolle und die Entwicklung von Bewegungen und Allianzen, die sich genau dies zum gemeinsamen Ziel setzen.
- zum anderen die Gewährleistung von gesellschaftlichem Zusammenhalt durch gute und würdige Arbeit, sinnstiftende Erwerbsbiografien und eine Mitgestaltung von betrieblichen Strukturen und überbetrieblichen Netzwerken.

A.4 Sozialistische Perspektiven in der Zeitenwende

Zeitgemäß ist eine sozialistische Perspektive, die den Transformationsbedarfen im globalen Maßstab wie auch im sozialen Alltag gerecht wird und die hierzu eine öffentlich-demokratische, gemeinwohlorientierte Alternative zum Neoliberalismus und Rechtspopulismus eröffnet. Es geht darum, die Perspektive einer demokratischen Vergesellschaftung mit der Frage zu verbinden, wie wir miteinander – und in erheblichem Umfang sicherlich anders als bisher – arbeiten und leben wollen.

Bei aller Bedeutung von sozialen Transfers und wirtschaftlichen Subventionen, Anreiz- und Verbots-, Besteuerungs- und Grenzwertkonzepten: Im Mittelpunkt einer neuen Regulationsweise stehen die öffentlich-demokratische Beherrschung der gesellschaftlich relevanten Infrastrukturen und ihre Neuausrichtung im Zeichen der Transformation. Dabei reichen die Dimensionen von der Projektierung und Realisierung transeuropäischer und internationaler bis hin zu „bodenständig“-kommunalen Infrastrukturen. Dieser (hier nur hilfswiese so bezeichnete) „*Infrastruktursozialismus*“ (s. auch spw 235 (6/2019): „*Infrastrukturökonomie und Vergesellschaftung – Schlüssel für einen modernen Sozialismus*“) verbindet vor allem zwei Bezüge:

- die *volkswirtschaftlichen Beziehungen zwischen Industrien und Infrastrukturen*: Hier muss sich die öffentliche Souveränität in der Lenkung von großen Investitionsströmen (von den Beschaffungsmärkten bis hin zu Investitionsfonds) im Sinne der sozialökologischen Transformation wie auch mit Blick auf internationale Abhängigkeiten und Allianzen erweisen;
- die *Ökonomie des Alltagslebens (insbesondere in kommunalen und sozialräumlichen Kontexten, von der Care Economy bis zum lokalen Gewerbe)*: Die Bedeutung einer funktionierenden Infrastrukturökonomie ergibt sich gerade daraus, dass hier in der Tiefe des sozialen Alltags (und unter Beteiligung der Menschen) Vulnerabilität zu mindern und Resilienz aufzubauen ist.
- die *Infrastrukturen der digital basierten Datenökonomie*: Insbesondere mit ihren Plattformen handelt es sich um einen der für Transformation und Regulierung, Volkswirtschaft und Alltagsleben bedeutendsten Infrastruktur- und Wirtschaftsbereiche, deren öffentlich-demokratische Beherrschung von essenzieller Bedeutung ist.

Es wird notwendig sein, die *Infrastruktur der Daseinsvorsorge* noch radikaler um- und auszubauen, als wir es vielleicht auch in dieser Zeitschrift bislang meinten – nicht nur mit

Blick auf das, was der Staat (einschließlich der Kommunen) unmittelbar bereitstellt, sondern auch in der Gewährleistung und Gestaltung lokaler Wirtschaftskreisläufe und Versorgungsketten und der Verfügbarmachung alltäglicher Güter und Dienstleistungen.

Gerade in dieser Hinsicht ist die Entwicklung neuer Formen einer *solidarischen Ökonomie* – gemeinwirtschaftlich-genossenschaftliche Ansätze, in Vernetzung mit der mittelständischen Privatwirtschaft wie auch mit Nutzern und Nutzerkollektiven als wirtschaftlichen „Ko-Akteuren“ (Datenlieferanten, Weiterverarbeitern, Feedback-Gebern...) – ein zentrales Element.

Von zentraler Bedeutung für diese Perspektive ist ein Verständnis von guter und würdiger Arbeit, für das gerechte Bezahlung so wichtig ist wie gestalterische Kompetenz. Jenseits fragmentierter Partikularinteressen ergibt sich ihr Sinn im Zusammenwirken mit anderen Menschen und Berufsgruppen anhand der „großen Baustellen“ und Bedarfswelder (im Sinne des früher im spw-Kontext postulierten „Bündnisses von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“)

A.5 Geopolitische Umbrüche – Europäisches Entwicklungsmodell

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und geprägt durch die neoliberale Globalisierung hatte es zunächst den Anschein, dass sich eine unipolare Weltordnung herausbilden würde, in der Wertschöpfungsketten vor allem nach den Prinzipien einzelwirtschaftlicher Kosteneffizienz und des grenzenlosen Freihandels strukturiert wurden – dominiert durch eine globalisierte Finanzwirtschaft und die USA im Zusammenspiel mit der EU und anderen westlich orientierten Staaten. Durch den politischen und wirtschaftlichen Aufstieg Chinas wie auch durch die Erschöpfung des mit der neoliberalen Globalisierung verbundenen Akkumulations- und Regulationstyps bildet sich aber eine multipolare Ordnung heraus, die von der Auseinandersetzung um die globale Hegemonie zwischen den USA und China, aber auch durch ein zunehmend eigenständiges Auftreten verschiedener Regionalmächte geprägt ist.

Die multipolare Ordnung weist hierbei zum Teil Züge einer neuen Systemkonkurrenz auf, in der die politische Regulierung wirtschaftlicher Beziehungen einen neuen Stellenwert bekommt – als Instrument in der Austragung internationaler Konflikte wie auch als Mechanismus der gemeinsamen Bewältigung globaler Herausforderungen (insbesondere des Klimawandels). Dabei verweist der Überfall Russlands auf die Ukraine darauf, dass im Zuge dieser geopolitischen Veränderungen sich auch die alte Friedens- und Sicherheitsordnung aufgelöst hat (mit Vorboten wie der Kündigung von Rüstungskontrollvereinbarungen, die Erweiterung der NATO, den Kriegen der USA im mittleren Osten u.a.).

Die EU und ihre Mitgliedstaaten, die lange maßgeblich von der alten Ordnung profitiert haben, sind gezwungen, sich in dieser neuen Ordnung zu verorten und ihre Souveränität (einschließlich einer eigenständigen außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit) zu behaupten. Sie müssen dies auch tun, da die Gefahr besteht, dass die EU anhand der beiden für sie geopolitisch relevantesten Zonen – Osteuropa und Mittelmeerraum (darin verknüpft entwicklungs- und sicherheitspolitische Fragestellungen, insbes. militärische Kapazität und Migrationsbewegungen) auseinanderbricht.

In einer übergreifenden Perspektive müsste sich in der EU hierfür ein eigener neuartiger Regulierungs- und Akkumulationstyp herausbilden, der zwar auf vorhandenen Grundprinzipien eines „europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells“ aufbauen kann, gegenüber der bislang obwaltenden EU-Regulatorik mit ihrem Mix aus ausufernden Vorschriften und Vermarktlichung gesellschaftlicher Infrastrukturen aber einen Pfadwechsel erfordert – zur europaweiten Stärkung öffentlich beherrschter Infrastrukturen und darauf bezogener Interventionen und Investitionen.

A.6 Vom Krisenmanagement zu progressiven Strukturereformen

Die „Fortschrittskoalition“ mit einer „gemeinsamen Fortschrittserzählung“ und als Einstieg in ein „sozialdemokratisches Jahrzehnt“ –

von diesen anfangs gepflegten und miteinander verschränkten Narrativen ist so gut wie nichts mehr übriggeblieben. Dabei signalisierte das Krisenmanagement im Zeichen des russischen Angriffskrieges wie auch des Klimawandels einen Bruch mit dem neoliberalen Paradigma – insbesondere in der staatlichen Bereitschaft, finanzielle Mittel ohne größere Rücksichtnahmen auf Schuldenbremsen und „Privat vor Staat“-Logiken und durchaus nicht nach Gießkannenprinzip, sondern in zweckgerichteten Budgets und Fonds zu mobilisieren.

Begründet war dies sicherlich mit Ausnahmesituationen und noch nicht einer regelhaften politischen bzw. gestalterischen Perspektive. Grundsätzlich gab es darin aber geeignete Einstiegspunkte in progressiver Perspektive – insbesondere auch in Verbindung mit dem Ringen um eine sozial gerechte Verteilung der inflations- und umbaubedingten Lasten und des Abbaus der gewaltigen Infrastrukturdefizite (und entsprechend tragfähige Kompromisse innerhalb der Koalition wie auch zwischen Bund, Ländern und Kommunen). Damit schien sich auch ein Raum für politische Lernprozesse zu öffnen – ein wichtiger Punkt angesichts der auch für die Linke geltende Tatsache, dass es jenseits der aktuellen Herausforderungen nur begrenzt tragfähige bzw. operativ durchdachte Lösungsperspektiven gibt und Fehler auf dem Weg dahin unvermeidlich sind.

Dieser Zusammenhang zwischen dem Krisenmanagement der Regierung und progressiven Strukturreformen besteht aber nicht mehr. Maßgeblich hierfür sind das kompromisslose Festhalten der FDP an der ihr eigenen Mischung aus Klientelismus und wirtschaftsliberaler Dogmatik, aber auch ein rot-grünes Regierungshandeln, das durch eine sozialtechnokratisch-paternalistische Attitüde geprägt ist („Wir machen das schon für Euch“). Die Blockade auf der Ebene tragfähiger politischer „Deals“ spiegelt sich auch gesellschaftlich. Statt gesellschaftlicher Kompromissbildungen bzw. „Deals“ erleben wir heute zunehmende Konfrontationen zwischen den bescheiden gewordenen sozialökologischen Regierungsplänen und den Interessenslagen einer zunehmenden Zahl von Bevölkerungs- und Berufsgruppen.

Zwar kann die „Ampelkoalition“ kein Bezugspunkt mehr für derartige Perspektiven sein. Aber es gilt, die Erfahrungen des bisherigen sozialdemokratischen und grünen Krisenmanagements zu reflektieren und für mittelfristige Perspektiven im Sinne nachhaltiger Strukturreformen wirksam werden zu lassen. Wir sehen die Entwicklung der gesellschaftlichen Infrastrukturen als Dreh- und Angelpunkt in der Bewältigung der großen Herausforderungen und Transformationen, aber auch als entscheidenden Bezugspunkt für die Gewährleistung eines für alle funktionierenden Alltagslebens und das gemeinsame Engagement unterschiedlicher Klassen, sozialer Milieus und Berufsgruppen.

B. Diskurscluster für die Zeitschrift

B.1 Sozialökologische Transformation und die Zukunft von Industrie und Handel

Der Umbau der stofflich-energetischen Basis folgt aus der Endlichkeit fossiler Ressourcen, den Herausforderungen des Klimawandels und der Notwendigkeit einer konsequenten Dekarbonisierung. Immer stärker steht er aber auch im Zeichen der Störung resp. Sicherung regionaler und internationaler stofflich-energetischer Wertschöpfungsketten und geökonomischer Interessen. Wesentlich ist hierfür ein Verständnis, das die ökologische Transformation als Teil einer sozialen Transformation ansieht – mit Blick auf Migrationsbewegungen und internationale Arbeitsbeziehungen wie auch andere Formen gesellschaftlichen Arbeitens und Lebens.

Dieses Diskurscluster verbindet aus den bisherigen „spw-Traditionen“ insbesondere Schwerpunkte auf den Gebieten des sozialökologischen Umbaus und öffentlich induzierter Investitionen wie auch zur Wirtschaftsdemokratie und Zukunft industrieller Arbeit.

Wesentliche Elemente des Diskursclusters:

- öffentliche Souveränität über Wertschöpfungs- und Lieferketten (unter Gewährleistung sozialer und ökologischer Standards)

- zirkuläre Ökonomie bzw. Kreislaufwirtschaft als Grundprinzip des künftigen ökologischen Wirtschaftsmodells
- Neujustierung von Wertschöpfungsketten (Regionalisierung wie auch Beeinflussung kooperativer überregionaler bzw. internationaler Ketten)
- Rolle des Staates auf dem Gebiet sozial-ökologischer Innovationen und Investitionen („Staat als Pionier“)
- Verbindung zur Infrastrukturökonomie in ökologisch relevanten Bedarfsfeldern (Energie, Wasser, Verkehr/Logistik, Wohnen/Bauen ...)
- Digitale Datenökonomie als Basis und Steuerungsinstrument der sozialökologischen Transformation
- Rolle industrieller Arbeit und Wissenschaft und Allianzen von Gewerkschaften, Klimabewegungen, regionalen Initiativen
- Neue Formen gesellschaftlicher bzw. öffentlicher Einflussnahme (nachfrageorientierte Investitionspolitik, Investitionsfonds, Regulierungsrate u.a.)

B.2 Soziodemografische Transformation und die Zukunft des Sozialwesens

Tiefgreifende Veränderungen der Bevölkerungsstrukturen in den hochentwickelten Ländern des globalen Nordens stehen im Zeichen alternder Gesellschaften, der Veränderung von Familienmodellen und – insbes. geschlechtsspezifischer – Lebensentwürfen, globaler Disparitäten und Migrationsbewegungen, der Urbanisierung und räumlicher Disparitäten zwischen Stadt und Land u.a.

In den Wechselbeziehungen von Migrationsproblematik, Pflegenotstand (s. Demenzversorgung), Exklusion von Menschen mit Behinderungen, Abkoppelung sozialer Schichten und Räume, Wohnungsmisere u.a.m. liegt – bei weiter und wieder drohen-

dem Reformstillstand – eine Sprengkraft, der nur durch den Um- und Ausbau des gesamten Systems von personenbezogenen Dienstleistungen und Infrastrukturen begegnet werden kann.

Dies offenbart aber auch die Relevanz dieses Clusters für Wertschöpfung und Beschäftigung. Dieses Diskurscluster verbindet aus den bisherigen „spw-Traditionen“ v.a. Schwerpunkte auf den Gebieten der Zukunft des Sozialstaates, darunter des Gesundheitswesens, zur solidarischen Ökonomie/neuen Gemeinwirtschaft wie auch zu Geschlechterperspektiven und zur Zukunft der Care-Arbeit.

Wesentliche Elemente des Diskursclusters:

- Ökonomie *personenbezogener* Dienstleistungen und Infrastrukturen (wesentlicher Teil einer „Ökonomie des Alltagslebens“)
- Wandel von einer transferorientierten Sozialstaatsperspektive in Richtung solidarischer Sozialwirtschaft/Care Economy
- Ausweitung (bzw. Rückgewinnung) des Terrains sozialpolitischer Gestaltung u. sozialwirtschaftlichen Engagements (Wohnen, Gesundheit, Ernährung u.a.)
- Systematisch stärkere Regionalisierung und Kommunalisierung des Gesundheitssystems (Public Health, poliklinische Strukturen)
- Überwindung der sektoralen Fragmentierungen und systematisch veränderte Beziehungen zwischen Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen
- Überwindung der sozialrechtlichen Fragmentierungen und systematisch veränderte Beziehungen zu anderen Rechtskreisen (wie dem Bildungssystem)
- Perspektiven von Wohlfahrtsverbänden und Kommunen als öffentliche bzw. öffentlich betraute Träger von Dienstleistungen

- Digitale Datenökonomie als Basis und Steuerungsinstrument des öffentlichen Managements soziodemografischer Entwicklungen
- Allianzen von Gesundheits- und Sozialberufen/Gewerkschaften und sozialer Selbsthilfe/freiwilligem Engagement
- (internationale) regulatorische „Systemkonkurrenz“ in der Entwicklung und Ausrichtung digitaler Infrastrukturen und die Rolle der EU
- öffentlich-rechtliche Dateninfrastrukturen als Teil der Infrastrukturökonomie und Alternative zu einer datenkommerzialisierenden Plattform-Ökonomie

B.3 Digitale Transformation und die Zukunft von Wissen, Bildung und Information

Die digitale Transformation umfasst deutlich mehr als die Ersetzung analoger durch digitale Prozesse. Essenziell ist vielmehr, dass erst die Digitalisierung mit ihrem Potenzial für die Generierung, Kommunikation und Nutzung von Daten den Weg für eine umfassende Wissensökonomie bereitet – allerdings in einem Spektrum, das von der Enteignung menschlichen Wissens und künstlicher Verdummung bis hin zu neuen Formen demokratisch-emanzipatorischer Bildung und Partizipation reicht und sich im Übergang zu entwickelten Formen der KI noch weitaus deutlicher ausprägen wird.

Das progressive Potenzial der digitalen Transformation erschließt sich dabei einerseits in der Auseinandersetzung mit der kommerziellen Plattformökonomie, andererseits dann aber in der Nutzbarmachung für die sozialökologische und die soziodemografische Transformation, die Programmierung und Modellierung von Wertschöpfungs-, Stoffwechsel- wie auch personenbezogenen Versorgungsprozessen und eine Infrastrukturökonomie. Der spw-Diskurs kann hier insbesondere an den vorgängigen Schwerpunkten zur Analyse des „digitalen Kapitalismus“ anknüpfen und sie mit den ebenfalls schon formulierten Perspektiven eines „Infrastruktursozialismus“ verknüpfen.

Wesentliche Elemente des Diskursclusters:

- Spezifika der digitalen daten- und netzwerkbasierter Ökonomie, ihrer Leitsektoren und ihrer Beziehungen zu Industrie, Handel und Infrastruktur

- Perspektiven dezentral basierter Mechanismen der kollaborativen KI-gestützten Datennutzung (s. EU-Infrastruktur GAIA-X)
- Emanzipatorische teilhabeorientierte Erziehung und Bildung unter den Bedingungen von KI und digitaler Vernetzung
- Digitalisierung und (nationale) Sicherheitsarchitekturen: Vulnerabilität und Resilienz im Datenraum
- Digitale Transformation als Chance für eine intelligente „Programmierung“ und Planung ökonomischer Prozesse
- ...

B.4 Demokratie, Partizipation und soziale Bewegung

Die stark programmatisch ausgerichteten Transformationsthemen erfordern ein Diskurscluster, der sich mit den soziopolitischen Rahmenbedingungen und Trägerschaften für progressive Strukturreformen und eine erneuerte sozialistische Perspektive beschäftigt – und hierbei selbst noch progressive Strukturreformen im Sinne einer Weiterentwicklung des politischen Systems (insbesondere in seinen Beziehungen zur Zivilgesellschaft) ins Auge fasst.

Das für die sozialdemokratische und rot-grüne Linke typische Wechselspiel zwischen technokratisch-„staatstragendem“ Paternalismus und bewegungsverbundener Radikalität muss angesichts der massiven Probleme in der politischen Regierbarkeit bürgerlich-demo-

kratischer Systeme (wie auch einer alltagstauglichen Regulatorik) und eines erstarkenden Rechtspopulismus grundlegend neu gedacht und formuliert werden (inkl. einer „populardemokratischen“ Hypothese).

Dabei können wir uns im spw-Kontext auf lange Traditionen in der Befassung mit Klassen- und Milieustrukturen (insbesondere in Verbindung mit der „Hannoveraner Schule“), gesellschaftlichen Bündnissen und Allianzen (von „antimonopolistischen“ Konstellationen bis hin zum „Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“) stützen.

Wesentliche Elemente des Diskursclusters:

- Veränderungen in Sozial- und Milieustrukturen und mit ihnen verbundener soziopolitischer Spaltungslinien
- Reaktionäre Dynamiken berufs- und mittelständischer Bewegungen und progressive Alternativen
- Gewerkschaften als ein in industriellen Schwerpunkten wie auch alltäglichen Lebenswelten verankertes Bündnis
- Zukunft und Neudefinition des „Volkspartei“-Konzeptes in sozialdemokratischer resp. rot-grüner Perspektive
- Sozial-kulturelle und habituelle Identitäten und Symbolik als Spaltungs- und Bündnisthemen
- progressiv-demokratische Öffentlichkeit im Zeichen digitaler Medien und fragmentierter Wahrnehmung
- Staat, Kommunen und Selbstorganisation: Grundlinien einer progressiv-emanzipatorischen regulatorischen Perspektive
- Systemische Stärkung der Kommunen als Orte zivilgesellschaftlicher Kommunikation, Initiativen und Bündnisse
- ...

B.5 Geopolitische Umbrüche und die Zukunft Europas

Die Zukunft Europas wird angesichts der Konfliktkonstellation zwischen den USA und der VR China maßgeblich davon abhängen, inwiefern es der EU gelingt, im Lichte der zuvor skizzierten Diskurscluster ein eigenständiges Wirtschafts- und Sozialmodell als Alternative zu anderen globalen Machtzentren zu etablieren.

Die EU ist mit ihren wirtschaftlichen Verflechtungen wie auch ihren demokratischen und sozial-politischen Institutionen einerseits der bisher fortgeschrittenste transnationale Wirtschaftsraum. Andererseits erweisen sich die Vielfalt der spezifischen institutionellen Arrangements in den Mitgliedsländern und die damit verbundenen Produktivitätsunterschiede als Hemmschuh für die Entwicklung eines kohärenten europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells. Dieses Modell bildet aber den Ausgangspunkt für erfolgreiche Transformations- und Konvergenzprozesse sowie partnerschaftliche Beziehungen zu anderen Wirtschaftsräumen.

Hierzu muss eine durchgreifende Reform des Wirtschafts- und Sozialmodells mit der Herausbildung einer neuen europäischen und globalen Friedens- und Sicherheitsarchitektur einhergehen, die sich den aktuellen konfrontativen Logiken eine modernisierte Entspannungs- und Verteidigungspolitik entgegenstellt.

Wesentliche Elemente des Diskursclusters:

- die Verortung der EU in einer multilateralen Welt, v.a. im Verhältnis zu den USA und China sowie den EU-Grenzräumen (Mittelmeerraum, Osteuropa)
- die Herausbildung eines v.a. binnenwirtschaftlich und infrastrukturell orientierten Akkumulations- und Regulationstyps
- transeuropäische Infrastrukturen u.a. in Bezug auf Transportsysteme, energetisch-stoffliche Kreisläufe (inkl. Lebensmittel) und die Datenökonomie

- EU-weite und globale Durchsetzung sozialer Rechte der Arbeitnehmer im Kontext der europäischen Klimapolitik (Just Transition-Strategie)
- die EU-weite Steuerungsfähigkeit in Bezug auf das Innovationssystem, Wertschöpfungsketten, räumliche Strukturen und Finanzmärkte
- eine gesteuerte, in Verbindung mit soziodemografischen Bedarfen in großem Maßstab zu realisierende Einwanderung
- die Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit in Verbindung mit Perspektiven gemeinsamer Sicherheit mit anderen Staaten
- Stärkung der Internationalen Arbeitsorganisation und anderer arbeitsorientierter internationaler Institutionen und Netzwerke
- Potenziale und Kriterien grenzüberschreitender progressiver Allianzen auf staatlicher und NGO-Ebene
- ... ■

„Sozial-ökologische Transformation – nicht ohne Mitbestimmung und gute Arbeit!“

von Christiane Benner



☞ Christiane Benner ist seit Oktober 2023 Erste Vorsitzende der IG Metall. Die gelernte Fremdsprachenkorrespondentin und Diplom-Soziologin verantwortet die Bereiche Grundsatzfragen/Gesellschaftspolitik, Zielgruppen, die Organisationspolitik, Betriebs- und Mitbestimmungspolitik sowie die Interne Revision und das Justitiariat der IG Metall.

Foto: © IG Metall

spw: Gegenwärtig sprechen alle von „Zeitenwende“. Ist das nur eine inhaltsleere Chiffre oder wird damit ein realer Sachverhalt beschrieben? Stehen wir tatsächlich am Beginn einer neuen Ära? Und falls ja, wie sieht diese aus – mit Blick auf ökonomische Zusammenhänge wie etwa auch auf die internationalen Beziehungen?

Christiane Benner: Schon vor Corona und dem Krieg Russlands gegen die Ukraine war die Industrie in Deutschland und Europa mit schwierigen internationalen Entwicklungen konfrontiert: knappe Rohstoffe, weltweite Überkapazitäten, Dumpingstrategien oder ein neuer, wachsender Protektionismus. Krieg und Pandemie haben unsere ökonomische Verwundbarkeit jedoch deutlicher als je zuvor aufgezeigt und das Bewusstsein für Abhängigkeiten nochmals geschärft. Und nun droht auch noch eine zunehmende Blockkonfrontation zwischen China und den USA. Im neuen geopolitischen Umfeld stehen die Unternehmen vor der konkreten Herausforderung, ihre Lieferketten resilienter zu gestalten und teilweise auch ihre Exportstrategien neu zu denken. Zugleich muss die Politik ein angemessenes Gleichgewicht zwischen den weiter bestehenden Vorteilen offener Handelsbeziehungen sowie dem Bedürfnis nach größerer Versorgungssicherheit finden.

spw: Wir sind uns vermutlich einig, dass diese „Vielfachkrisen“ besser abgewehrt werden könnten, wenn wir in der Vergangenheit wesentlich mehr in die Modernisierung des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks investiert hätten. Was ist aus gewerkschaftlicher Sicht jetzt notwendig, um in Zukunft besser gewappnet zu sein? Die IG-Metall hat ja ein 600 Milliarden-Euro-Programm gefordert. Kannst Du für uns etwas näher umreißen, wie das Investitionsprogramm ausgestaltet werden soll?

Ch. B.: Es gibt zahlreiche Studien, die für Deutschland hohe Investitionsbedarfe identifizieren und aufschlüsseln. Zum einen ist – in der Tat – der öffentliche Kapitalstock, also der Wert der öffentlichen Vermögenswerte, seit den 1990er Jahren deutlich geschrumpft. Vor allem auf kommunaler Ebene hat sich ein beträchtlicher Investitionsstau bei Straßen, Brücken, Schulen und öffentlichen Einrichtungen aufgebaut. Zum anderen lastet auf der deutschen Wirtschaft angesichts von Klimakrise und Digitalisierung ein enormer Anpassungsdruck, der zusätzliche Investitionsbedarfe mit sich bringt. Dieser Anpassungsdruck hat sich zuletzt mit der Energiekrise noch weiter verschärft.

Das Zielbild der IG Metall ist eine sozial-ökologische und demokratische Transformation. Umfangreiche Investitionen in neue Infrastrukturen und nachhaltige Geschäftsfelder sind aus unserer Sicht unverzichtbar, um Industriebeschäftigung und gute Arbeit dauerhaft zu sichern. Hier braucht es wesentlich mehr öffentliche Investitionen in die strukturellen Voraussetzungen der Energie- und Mobilitäts-wende. Zudem braucht es eine stärkere Förderung privater Zukunftsinvestitionen – und das teils auch in Bereichen, in denen nachhaltige Technologien derzeit vielleicht noch Kostennachteile haben. Zugleich fordern wir, dass die bestehende öffentliche Infrastruktur sowie die

Daseinsvorsorge wieder gestärkt und deutlich mehr Mittel für ein intaktes Bildungssystem aufgebracht werden.

spw: Und wie stellt ihr euch die Finanzierung eines solch ambitionierten Programms vor?

Ch. B.: Aus ökonomischer Sicht wäre es naheliegend, erhöhte Ausgaben für reguläre Aufgaben der Daseinsvorsorge oder des Infrastrukturerhalts auch aus laufenden Einnahmen zu finanzieren – also v.a. durch mehr Steuereinnahmen. Hier haben die DGB-Gewerkschaften schon länger ein konkretes Steuerkonzept ausgearbeitet, das zeigt, wie man Besitzer*innen großer Vermögen und Spitzenverdiener*innen stärker in die Verantwortung nehmen könnte. Bei den außerordentlichen Investitionsbedarfen wie z.B. dem Aufbau einer neuen Lade- oder Wasserstoffinfrastruktur sprechen dagegen gute Gründe für eine Kreditfinanzierung: Von diesen Zukunftsinvestitionen profitieren insbesondere künftige Generationen, die im Gegenzug auch an der Finanzierung zu beteiligen wären. Die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form verhindert dies jedoch und wirkt letztlich als eine Zukunftsbremse. Daher fordern wir auch ihre Abschaffung oder zumindest eine grundlegende Reform, die wieder Spielraum für kreditfinanzierte Investitionen eröffnet. Als Alternative für eine zeitnahe Reform der Schuldenbremse würden wir ebenfalls ein Sondervermögen Transformation nach Machart des Sondervermögens für die Bundeswehr befürworten. Einmal eingerichtet wäre ein solches Sondervermögen in den Folgejahren verlässlich verfügbar und könnte für die Industrie und ihre Beschäftigten die Planbarkeit herstellen, die bei der aktuellen Sparpolitik komplett fehlt.

spw: Müsste ein solches Investitionsprogramm nicht von Anfang an europäisch ausgelegt sein und ist dafür die Net-Zero-Strategie der EU nicht ein guter Anknüpfungspunkt?

Ch. B.: Eine erfolgreiche Transformation erfordert internationale Zusammenarbeit und Abstimmung. Investitionsförderung auf EU-Ebene sollte eine bedeutende Rolle spielen – nicht zuletzt auch um zu verhindern, dass die

Mitgliedsstaaten untereinander in einen Subventionswettbewerb geraten. Und in Europa fehlt es tatsächlich nicht an Geld und Förderprogrammen. Auf EU-Ebene halten verschiedene Fördertöpfe inzwischen insgesamt fast eine Billion Euro für grüne Investitionen vor! Aber die EU-Förderung ist mit ihrer Projektorientierung und ihren bürokratischen und zeitintensiven Beantragungsverfahren bisher viel zu kompliziert. Auch jüngere Gesetzesinitiativen der EU-Kommission im Rahmen des Green-Industrial-Plans greifen in wesentlichen Teilen noch zu kurz. Zwar wird mit der Formulierung von genauen Zielwerten für klimafreundliche Technologien deutlich gemacht, dass die Transformation nicht allein den Märkten überlassen werden kann. Allerdings fehlt es weiterhin an geeigneten Umsetzungsinstrumenten, ebenso wie an einem konsistenten Fokus auf den Erhalt von Standorten und die Förderung von guter Arbeit.

spw: Bei Joe Bidens Industrial Recovery Act (IRA) geht es ja letztlich auch um ein Transformationsprogramm, das zumindest für US-Verhältnisse mutige Schritte zur Durchsetzung der ökologischen Transformation beinhaltet. Für dieses Programm werden immerhin 369 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt. Besonders spannend ist, dass der IRA die vorgesehenen Förderungen mit der Auflage zur Gestaltung guter Arbeit verbindet. Ist das nicht gerade aus gewerkschaftlicher Sicht vorbildlich für entsprechende Programme in Deutschland und in der EU? Welche Chancen siehst Du aktuell etwa für Tarifreue- und Vergaberegulungen auf deutscher wie europäischer Ebene? Was bräuchte es noch?

Ch. B.: Mit dem IRA setzt die Biden-Regierung ein klares Zeichen für eine aktive Transformationspolitik. Dabei gestalten die USA den Zugang zu Fördermitteln deutlich unbürokratischer als die EU – mit vorab einfach zu berechnenden Transfersummen. Und ja, Deutschland und die EU sollten – genau wie die US-Regierung – Fördergelder nicht nur schneller auszahlen, sondern zugleich an Auflagen im Sinne der Beschäftigten knüpfen. Über die

bekanntes Lippenbekenntnis hinaus bietet sich hier konkret die Chance, Tarifbindung und gute Arbeit zu stärken. Öffentliche Fördermittel oder Aufträge sollten bevorzugt Unternehmen zugutekommen, die tarifgebunden sind und die eine faire Entlohnung, gute Arbeitsbedingungen sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten bieten. Andernfalls sollten, wie beim IRA, ein Förderausschluss oder zumindest deutliche Abschlüsse drohen.

spw: **Im Unterschied zu den USA haben wir in der EU und insbesondere in Deutschland relativ entwickelte und eingespielte industrielle Beziehungen der Sozialpartnerschaft (Konfliktpartnerschaft). Ist diese Institution nicht eigentlich eine wesentlich günstigere Voraussetzung für die Gestaltung und Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation, um z.B. den gesellschaftlichen Konsens für die z.T. tiefgreifenden Veränderungen in einzelnen Branchen herzustellen? Und müsste diese Chance nicht deutlich stärker herausgestellt werden? Wie siehst Du die Arbeitgeberseite – sowohl mit Blick auf Verbände wie auch einzelne Unternehmen – hier aufgestellt? Viele öffentliche Äußerungen insbesondere der Verbandsseite ließen in den letzten Monaten den Eindruck aufkommen, dass der Arbeitgeberseite aktuell jenseits recht stumpfer Bürokratieabbau- sowie Abgabensenkungsforderungen wenig einfällt, insbesondere mit Blick auf die Gestaltung der ökologischen Transformation unserer Industriegesellschaft.**

Ch. B.: Stimmt, in vielen europäischen Ländern sind die Bedingungen dafür, die Transformation mit den Standards guter Arbeit zu verknüpfen, prinzipiell günstiger als in den USA. Hier kann auf bewährte Strukturen wie Tarifautonomie und Mitbestimmung zurückgegriffen werden. Diese gilt es dann aber auch konsequent zu stärken. Was die Arbeitgeberseite anbelangt: Steuerliche Entlastungen von Unternehmen mit der Gießkanne und ohne konkrete Zweckbindung helfen nicht weiter. Solche Forderungen ignorieren, dass die staatliche Handlungsfähigkeit in der Transforma-

tion nicht geschwächt werden darf und größere Einnahmeausfälle vermieden werden müssen. Und Klagen über Bürokratie dürfen für Unternehmen nicht zur pauschalen Ausrede werden, wichtige Arbeits- und Umweltstandards zu unterlaufen. Wo auch die Gewerkschaften Handlungsbedarf sehen, ist bei der beschleunigten Planung und Genehmigung zentraler Transformationsprojekte. Hier gilt es, Doppelt- und Mehrfachüberprüfung zu vermeiden und Rechtsunsicherheiten zu reduzieren. Für eine Verfahrensbeschleunigung braucht es aber auch eine personell und technisch sehr gut ausgestattete Verwaltung – und da wären wir wieder bei den Investitionsbedarfen. Es lässt sich nicht leugnen: Wir brauchen eine mutige Investitionspolitik mit entsprechenden Finanzierungsoptionen. Und da bin ich froh, dass sich inzwischen auch konservative Ökonom*innen sowie Vertreter*innen der Wirtschaftsverbände der Forderung nach einer investitionsfreundlichen Reform der Schuldenbremse angeschlossen haben.

spw: **Welche Ansatzpunkte siehst du in diesem Zusammenhang, um insbesondere die demokratischen Rechte der Arbeitnehmer*innen auszuweiten? Wie lassen sich Debatten über ökologische Transformation mit Debatten über demokratische Mitbestimmung verbinden?**

Ch. B.: Die Beschäftigten kennen die Betriebe, in denen sie arbeiten. Das gilt noch mehr für die Arbeitnehmervertretungen in den Betriebsräten. Auch um den Umbau der Wirtschaft erfolgreich zu gestalten, haben wir gemeinsam mit dem DGB und der Hans-Böckler-Stiftung Reformvorschläge für eine Erneuerung des Betriebsverfassungsgesetzes formuliert. Sie zielen vor allem darauf, den Beschäftigten und ihren Vertretungen mehr Mitbestimmungsrechte bei der Unternehmensstrategie einzuräumen. Direkt damit verbunden ebenso bei den notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen, die sich daraus ergeben. So erfahren Beschäftigte, wohin sich der Betrieb entwickelt. Sie können auch bei allen Veränderungsprozessen ihre enormen Erfahrungen einbringen. Wir haben auch gefordert, dass Betriebsrätinnen und Betriebsräte mehr Rechte bei Entscheidungen

über ökologisch relevante Fragen erhalten – das reicht von energetisch nachhaltigen Maßnahmen im Betrieb bis hin zu den Produkten.

spw: Es gibt in den Betrieben partiell auch durchaus ernstzunehmenden Widerstand gegen die jetzt laufenden Transformationsprozesse (z.B. Elektromobilität), der sich auch mit rechtspopulistischen Parteien, wie der AfD, verbindet und die Betriebsratsarbeit der IG-Metall stark unter Druck setzt. Wir befragen die IGM dieser Herausforderung?

Ch. B.: Ich will voranschicken, dass das eine schwere Aufgabe ist, der sich unsere Kolleginnen und Kollegen da stellen. Positiv ist, dass es unter den Beschäftigten nach wie vor eine große Mehrheit gibt, die die klimaschonende Produktion für notwendig hält. Wir versuchen außerdem, größere Zusammenhänge darzustellen. Was nützt beispielsweise ein Festhalten am Verbrennungsmotor, wenn sich große Absatzmärkte der deutschen Autoindustrie auf Autos mit Elektromotoren verständigt haben und dort auch entsprechende gesetzliche Regelungen gelten? Da ist China ebenso klar aufgestellt wie Kalifornien in den USA. Doch ich sage ebenso eindeutig: wir werden diese Debatten nicht durchhalten, wenn uns die Politik und viele Unternehmensleitungen weiter so schwach unterstützen wie aktuell. Die Politik beschließt nicht genügend Investitionen, um den wirtschaftlichen Wandel zu begleiten. Und zu viele Unternehmen verlagern aktuell Arbeitsplätze, anstatt Konzepte für einen erfolgreichen Wandel zu entwickeln und durchzusetzen. Das erzeugt Angst, mehr und mehr auch ein Abrücken von den notwendigen Veränderungen. In dieser Gemengelage haben es selbst unsere engagierten Aktiven schwer, wenn Klimaleugner und/oder Rechtsradikale den Menschen mit scheinbar einfachen Lösungen wie „Zurück zum Verbrenner“ das Blaue vom Himmel versprechen. Deshalb erwarte ich da – auch um unsere Demokratie zu sichern! – mehr Einsatz von Politik und Arbeitgebern. Die Menschen brauchen sichere Arbeitsplätze in der Region, in der sie leben.

spw: Wir hatten in den letzten Wochen und Monaten überall Großdemonstrationen

gegen den Rechtspopulismus und Rechts-extremismus in unserem Land. Diese Großdemonstrationen sind einerseits ein Hoffnungszeichen für die Wehrhaftigkeit der Demokratie in Deutschland. Andererseits sind sie auch eine Reaktion auf einen deutlichen Rechtsruck in unserer Gesellschaft, der ja auch fast überall in Europa stattgefunden hat. Was können eigentlich Gewerkschaften in dieser Situation dazu beitragen, dass der Rechtsextremismus wieder zurückgedrängt werden kann? Was wäre zu tun, um die vielen Demonstrant*innen nicht nur im Engagement gegen „Rechts“ zu stärken, sondern sie auch zu Engagement im politischen Raum, etwa in Parteien und Gewerkschaften, zu motivieren? Lässt sich das Aufstehen gegen Rechts in ein Eintreten für demokratische Politik erweitern?

Ch. B.: Beim Laufen gehe ich gerne einen Schritt nach dem Anderen (lacht). Insofern freue ich mich erstmal sehr, dass es so eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung für mehr Demokratie gibt. Was mich besonders beeindruckt: Das reicht bis weit in kleine Gemeinden hinein und findet auch an Orten statt, an denen die AfD sehr stark ist. Viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter beteiligen sich an diesen Demonstrationen, organisieren sie maßgeblich mit. Und, das habe ich schon erwähnt, sie führen unendlich viele Gespräche in den Betrieben. Dort tragen sie diese Ideen weiter, auch gegenüber Menschen, die an den Demonstrationen nicht teilnehmen. Ich höre auch, dass sich vor Ort spontan viele neue Gruppen bilden, die an einer Stabilisierung der Demokratie weiterarbeiten wollen. Es hat offenbar eine Initialzündung gebraucht, damit dieser wichtige Prozess jetzt in Gang kommt. Wir werden uns aktiv daran beteiligen und dabei verdeutlichen: Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss unbedingt mit einer sozialen Politik verbunden werden.

spw: Bei vielen Menschen scheint sich zudem ein Gefühl der Erschöpfung einzustellen – zu viele Krisen gleichzeitig, zu große Unsicherheiten mit Blick auf die Zukunft, so große Enttäuschung und Abwendung

von etablierten Medien und öffentlichen Debatten. Zugleich schwimmt oft der konkrete Bezugspunkt von Enttäuschung hinter einer diffusen Ablehnung von „denen da oben“ und einem Misstrauen gegen etablierte Organisationen – seien es Parteien oder Gewerkschaften. Wie nimmst Du die Situation wahr, und was wäre zu tun?

Ch. B.: Ja, viele Menschen sind erschöpft. Es sind ja auch vielfältige Herausforderungen, die in kurzer Folge auf uns einprasseln. Ich kann auch verstehen, dass eine politische Führung dafür in die Verantwortung genommen wird. Davon nehme ich uns Gewerkschaften nicht aus. Wir sind gewählt worden, um für Sicherheit, soziale Absicherung und eine faire Beteiligung der Menschen am wirtschaftlichen Fortschritt zu sorgen. Aus meiner Sicht sind jetzt vor allem zwei Dinge notwendig. Die Menschen wollen erstens einen klaren Kurs, wohin die Reise geht. Also wie gestalte ich den Umbau für eine klimaschonende Wirtschaft? Mit welchen konkreten Maßnahmen begleite ich das? Und wie garantiere ich den Menschen, dass sie in ihrer Region zumindest einen gleichwertigen Arbeitsplatz finden, wenn sie ihren schon verlieren sollten. Der zweite Punkt ist: Gerade in Krisensituationen müssen starke Schultern mehr tragen. Die Verteilung des Reichtums ist nicht gerecht. Wir werden künftig offensiver dafür werben, dass diese Schieflage wieder korrigiert wird.

spw: Die in Berlin regierende Ampel-Koalition hat sich mittlerweile in den internen Widersprüchen verheddert. Der aufgepolierte Glanz der „Fortschrittskoalition“ aus der Startphase der Ampel ist mittlerweile fast völlig verblichen. Die Parteienlandschaft zerfällt zudem zunehmend. Was können wir tun, um politisch wieder Mehrheiten zu organisieren, die progressive Struktur-reformen zu organisieren und welche Rolle siehst Du auf die Sozialdemokratie in den nächsten Jahren zukommen?

Ch. B.: Das ist mir zu negativ gedacht. Auch wenn ich aktuell einige Kritik an der Ampel-Regierung habe, schreibe ich sie doch nicht

ab und entwerfe eine „Reißbrett-Sozialdemokratie 2025“. Sorry, das haben gerade Linke in der Vergangenheit viel zu oft gemacht. Utopie heißt für mich nicht reine Projektion in die Zukunft, sondern Gestaltung der Gegenwart mit einer Fortschrittsidee. Wir setzen uns JETZT für eine faire Verteilung und mehr Mitbestimmung ein. Von meiner SPD erwarte ich, dass sie sich als stärkste Regierungspartei entschlossen an die Spitze stellt. Wir werden unsere Forderungen jetzt deutlich vernehmbar an alle demokratischen Parteien stellen. Unsere Demokratie ist kostbar, dafür lohnt es sich, zu kämpfen. ■

Modell Deutschland in einer Umbruchphase der globalen Ökonomie

von Professor Dr. Kurt Hübner



⇒ Professor Dr. Kurt Hübner ist Inhaber des Jean Monnet Chair for European Integration and Global Political Economy und Chair for German and European Studies an der University of British Columbia University in Vancouver, Kanada

Foto: © privat

Duck Test

Was aussieht wie eine Ente, quakt wie eine Ente und watschelt wie eine Ente sollte nach der Logik des Duck Test auch eine Ente sein. Gegenwärtig werden nach der gleichen Logik der deutschen Wirtschaft diverse Krankheitsmerkmale zugeordnet und die Schlussfolgerung gezogen, dass Deutschland der ‚kranke Mann Europas‘ sei. Wirtschafts- und Klimaminister Habeck konstatiert, dass Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig sei und Finanzminister Lindner beklagt, dass Bürokratie und Regulation Deutschland ärmer machen. Es stellt sich die Frage, ob diese Beobachtungen den Duck Text bestehen: wie krank ist das Modell Deutschland tatsächlich? Eine vergleichbare Frage stellt sich auch für die aktuelle Diagnose der globalen Ökonomie, wo die Einschätzung dominiert, dass die Zeit der us-amerikanischen Hegemonie unwiderruflich abgelaufen und die globale Wirtschaft in eine Phase der Multipolarität eingetreten sei. Ich erinnere mich an einen Beitrag von mir aus den späten 1990er Jahren, in dem ich argumentiere, dass die Phase einer Triadisierung begonnen habe – freilich ohne China zu erwähnen, denn die aufsteigende Macht der Zeit war Japan. (Hübner 1997). Aktuelle Entwicklungen können schnell fundamentale Elemente von Wachstumsmodellen überlagern und Analysen fehlleiten. Meine These ist, dass das deutsche Wachstumsmodell sich in einer

endogenen und exogenen Umbruchphase befindet, die mit Umstellungs- und Anpassungskosten einhergeht und entsprechend politische Widerstände erzeugt. Endogen ist die Umbruchphase, insofern die gegenwärtige Regierung sich ursprünglich einen ambitionierten Pfadwechsel hin zu einem klimaverträglichen Akkumulationsregime vorgenommen hat, nur um dann die eigenen Ambitionen zurückzunehmen. Exogen ist die Umbruchphase, insofern Ereignisse, wie etwa die russische Invasion der Ukraine und Verschiebungen innerhalb der globalen Ökonomie sowie technologische Sprunginnovationen, die Randbedingungen des deutschen Wachstumsmodells gravierend beeinflussen.

Ausgangskonstellationen

Das Modell Deutschland ist mit strukturellen Problemen konfrontiert, die sich in einer Situation eines konjunkturellen Einbruchs verschärfend auswirken. Das deutsche exportorientierte Wachstumsmodell war lange der Neid des Auslandes und der Stolz des Inlandes – beide Male aus ökonomisch ungerechtfertigten Gründen. Mit diesem Begriff ist ein Wachstumsmodell beschrieben, bei dem die kritischen Wachstumsimpulse von den Exportsektoren kommen und bei dem sich institutionelle Konfigurationen herausgebildet haben, die internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit das Management von Lohnstückkosten in den Mittelpunkt stellen. Kooperative Gewerkschaften und kooperationswillige Arbeitgeberverbände sowie diversifizierte Qualitätsproduktion orientieren sich an wettbewerbsfähigen Lohnstückkosten, die weiter mittels anti-inflationärer Geldpolitik und exportorientierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen gesteuert werden (Hübner 1986).

Wenn man Handelsbilanz- und Leistungsbilanzüberschüsse als Erfolgsindikatoren wählt, dann war das Modell Deutschland sehr

erfolgreich. In den letzten 25 Jahren verzeichnete Deutschland immer einen Handelsbilanzüberschuss und auch die Leistungsbilanz bewegte sich nach fünf Defizitjahren schnell in einen Surpluskorridor, wobei in einzelnen Jahren der Überschuss berechnet als Anteil am BIP acht Prozent ausmachte. Freilich sind Leistungsbilanzüberschüsse nicht ohne Problem, denn sie zeigen an, dass inländische Akteure mit ihrer Konsum- und Investitionsgüternachfrage den produzierten Output nicht abschöpfen. Es kommt dann schnell dazu, dass der Unternehmenssektor einen Sparüberschuss und damit eine Nettokreditposition aufweist und als Ergebnis inländische Investitionen sich auf einen suboptimalen Pfad hin bewegen: „Der Beitrag des Kapitaleinsatzes zum Potenzialwachstum ging ... stark zurück, von 1,5 Prozentpunkten in den 1970er-Jahren auf 0,4 Prozentpunkte in den vergangenen fünf Jahren“ (SVR 2023 S. 91). Wenn dazu staatliche Fiskalpolitik durch eine regelgebundene Defizitobergrenze, ergänzt durch ein ideologisches Narrativ wie der ‚Schwarzen Null‘, begrenzt wird, ist das weitere Ergebnis eine Absenkung öffentlicher Investitionen. Die geringe öffentliche Investitionsbereitschaft resultiert in einem rückläufigen Kapitalstock der öffentlichen Hand (Dullien/Jürgens/Paetzden/Watzka 2021). ‚Weniger Staat‘ bedeutet dann angesichts des oftmals komplementären Charakters staatlicher Investitionen eine Erschwerung privater Investitionen und damit weniger private Akkumulation.

Die hohen Handelsbilanz- und in der Folge Leistungsbilanzüberschüsse sind wesentlich das Resultat eines Managements der Lohnstückkosten – indirekt unterstützt von einer inflationsdämpfenden Geldpolitik – das international Wettbewerbsfähigkeit in den Vordergrund stellt. Seit dem Jahr 2000 bewegten sich entsprechend die Zuwachsraten der deutschen Lohnstückkosten unterhalb der Raten des Euroraumes, was deutsche Exporte auch preislich attraktiv werden lassen.

Das deutsche Exportmodell wurde, so kann man argumentieren, ein Opfer seines Erfolges, denn Überschüsse bedeuten Defizite anderer Wirtschaftsräume. Wenn aber ein globaler

Wachstumsrückgang einsetzt, verlieren die deutschen Exportsektoren Absatz, mit negativen Konsequenzen für das BSP. Die fundamentalen Schwächen des Modells zeigen sich zu einem ungünstigen Zeitpunkt, nämlich dann, wenn eine Umbruchphase einsetzt, zu deren Bewältigung es der ökonomischen wie politischen Fähigkeit bedarf, eine Umsteuerung einzuleiten und aktiv zu gestalten. Drei Schwächen sind hervorzuheben. Erstens: Das Festhalten an einer regelgebundenen Fiskalpolitik mit einer kontraproduktiven Schuldenbremse restringiert den Gestaltungsspielraum in der gegenwärtigen Umbruchphase. Zweitens: Die Bemühungen, Kernunternehmen der Exportsektoren mittels Steueranreizen und Subventionen sowie regulatorische Nachsicht im Lande zu halten, bremsen den eigentlich gewünschten Strukturwandel zu den grünen Sektoren. Drittens: Das Narrativ des deutschen Exportmodells als Königsweg zur Prosperität besetzt im kollektiven Diskurs eine Monopolposition und erschwert auf diese Weise jeden Pfadwechsel.

Alle diese Schwächen sind prinzipiell überwindbar, oder jedenfalls politisch so zu steuern, dass sie den Übergang zu einem neuen Wachstumsmodell nicht verhindern. Wenn beispielsweise der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen abnimmt und gleichzeitig der Abfluss von Direktinvestitionen aus Deutschland zunimmt, wie die OECD (2023a) berichtet, ist dies nicht automatisch ein Beleg für eine Deindustrialisierung, wie interessierte Beobachter konstatieren, sondern kann auch als ein Zeichen von Reallokation gedeutet werden, die durchaus positiv sein kann, jedenfalls dann, wenn zukunftsorientierte Produktionen in Deutschland bleiben und der ‚braune‘ Kapitalstock abgebaut wird. Eine solche Steuerung wäre Teil einer funktionierenden Industriepolitik. Wenn, um ein weiteres Beispiel zu geben, der Anteil von Forschungs- und Entwicklungsausgaben am deutschen BIP sich oberhalb des OECD-Durchschnittes bewegt (OECD 2023b), dann deutet dies an, dass Innovationsanstrengungen unternommen werden, wenn auch nicht unbedingt in einem Maße, das der Umbruchsituation angemessen ist. Es gilt mithin, dass die Chancen der Umbruchphase nur unzureichend genutzt werden, und demgegen-

über defensive kurzfristige Partialinteressen die Politik dominieren. Jüngstes Beispiel, klimapolitisch weniger relevant aber symbolisch hochbedeutend, ist das Einknicken der Regierung im Zuge der Bauernproteste. Die Zurücknahme und Abmilderung von Maßnahmen, die den CO₂-Ausstoss vermindern sollen, ist keine Modernisierungs- sondern eine Bestandsbeibehaltungspolitik, die zeigt, dass selektiver Lobbyismus Erfolge zeitigen kann.

Hoffnung Europa?

Deutschland ist tief in den europäischen Wirtschafts- und Politikraum integriert. Der Gemeinsame Markt ist die Basis für die export- und importseitige Verflechtung und die gemeinsame Währung und die Regeln und Gesetze des Euroraumes und der Europäischen Union machen einen wesentlichen Teil der Governancestrukturen aus. Freilich haben die Nationalstaaten in vielen Bereichen weiter relativ autonomen Gestaltungsspielraum, etwa im Bereich der Steuern und in der Sozialpolitik. Von einem einheitlichen Wachstumsmodell der EU sollte und kann deshalb nicht gesprochen werden. Dazu muss man nicht den Vergleich zwischen Deutschland und Ungarn oder der Slowakei heranziehen, auch ein vergleichender Blick auf Deutschland und Frankreich macht die Unterschiede der Wachstumsregime deutlich. Freilich sind viele der nationalen Wachstumsregime komplementärer Natur. Das haben vor allem Unternehmen der deutschen verarbeitenden Industrie schnell erkannt und dementsprechend tiefe innereuropäische Lieferketten aufgebaut, die nationale Lohn- und Steuerverfahren sowie nationale Ansiedlungsprämien zu ihrem Vorteil nutzen.

Der Prozess europäischer Integration geht einher mit dem Aufbau eines weitreichenden polit-ökonomischen Regimes, dessen Kern die Gesetzgebungs- und Regulationsnormen eines einheitlichen Binnenmarktes ausmachen, aber seit der Einführung der gemeinsamen Währung auch ein komplexes fiskalpolitisches Subregime beinhaltet. In den letzten Jahren, insbesondere seit der Corona-Epidemie, hat der Europäische Rat darüber hinaus die Kommission beauftragt, ein EU-weites Investitionsprogramm und eine

klima- sowie digitalpolitische Offensive in Angriff zu nehmen, die erstmalig mit einer kollektiven Bondemission einhergeht. Dieses Regime setzt einerseits nationalen Politiken Grenzen, gerade auch im Bereich der Fiskalpolitik, wobei allerdings die Kommission durchaus Politikspielräume hat, wenn es um die Auslegung und Anwendung einzelner Regeln geht. In der Vergangenheit wurde beispielsweise Deutschlands Verletzung innerhalb des im makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens maximal zulässigen Leistungsbilanzüberschusses extrem milde behandelt. Gleichzeitig haben deutsche Regierungen, zusammen mit anderen fiskalpolitischen Hardlinern, immer auf die Einhaltung der Maastricht-Schuldenkriterien beharrt. Die Politisierung des Governance-Regimes ist dann ein Problem, wenn nationale Interessen den Auslegungsspielraum dominieren. Andererseits erlaubt das ökonomische Governance-Regime Korrekturen und Änderungen nationaler Wachstumsregime, wie beispielsweise das Projekt ‚Next Generation EU‘ zeigt, das auf Antrag der nationalen Regierungen relative große Beträge für spezifische Strukturmaßnahmen zur Verfügung stellt. Was einige Beobachter als europäisches ‚Hamilton Moment‘ (Bundeskanzler Scholz) deklariert haben, hat sich allerdings als einmaliger Vorgang mit begrenzten Wirkungen herausgestellt. Einmalig, weil die Mehrheit der Mitgliedsländer unter der Führung der ‚Neuen Hanseatischen Liga‘ mit tatkräftiger Unterstützung Deutschlands daran festhält, dass dies ein einmaliges Programm war, das nur unter Bedingungen der Pandemie gerechtfertigt war. Begrenzt, weil der erwartete starke Investitionschub unter Bedingungen von Inflation und Unsicherheit nicht eingetreten ist. Zwar ist bis Anfang 2024 nur etwas mehr als ein Drittel der Gesamtsumme von 670 Milliarden Euro (zu konstanten Preisen von 2018) abgerufen worden, und es kann deshalb durchaus sein, dass sich noch relevante Effekte einstellen. Dennoch bleiben Zweifel, die sich am Fall der relativen Produktivitätsentwicklung veranschaulichen lassen.

Die Aufbau- und Resilienzfähigkeit als Herzstück des Programms hat den Anspruch, die Mitgliedsländer auf den Übergang zu einem klimaneutralen Wachstumsmodell und das

‚digitale Zeitalter‘ vorzubereiten und zu unterstützen. Letztere Komponente zielt auf eine Innovationsoffensive, die sich dann in einem Anstieg der Arbeitsproduktivität niederschlagen soll. Das Problem ist, dass sich die Erwartungen nicht realisieren. Nimmt man die Gruppe der Eurozoneländer und vergleicht den realen Output je Arbeitsstunde mit dem der USA und Großbritanniens, dann zeigt sich, dass die Produktivitätslücke zu den USA nicht etwa kleiner, sondern größer geworden ist. Hinter dieser Entwicklung verstecken sich eine Reihe von Besonderheiten.

Erstens ist die Arbeitsproduktivität der arbeitenden Industrie in Europa zwischen dem 3. Quartal 2019 und dem 3. Quartal 2023, also über die Covid-Periode hinweg, um 5,8 Prozent gestiegen. Dieser Anstieg ist allerdings wesentlich auf eine drastische Reduktion der Beschäftigung zurückzuführen und reflektiert keine grundlegende qualitative und quantitative Ausweitung des Kapitalstocks.

Der Anstieg, zweitens, ist allerdings sehr viel geringer als der Anstieg der Arbeitsproduktivität in den USA, und entsprechend hat sich die Produktivitätslücke zu den USA sogar vergrößert. Dies mag mit der unterschiedlichen Innovationsdynamik zusammenhängen, ist aber auf alle Fälle der sehr viel stärkeren Wachstumsdynamik der USA geschuldet, die im Kern auf die sehr expansive Fiskalpolitik und den Effekten des Inflation Reduction Act (IRA) der Biden-Administration zurückzuführen ist.

Drittens sind die von der EU angestoßenen Investitionen selbst im besten Falle unzureichend, um die klimapolitischen Ziele der EU und simultan die Digitalisierung des europäischen Wirtschaftsraumes zu gewährleisten (Wolf 2021).

Unter den Bedingungen einer restringierten Fiskalpolitik und dem Narrativ der ‚Schwäbischen Hausfrau‘ hat die EU vermutlich bereits das Maximum an industriepolitischer Intervention bereitgestellt. Gegenwärtig deutet sich gar an, dass es zu einer Reallokation von Fonds zu Gunsten des militärisch-industriellen Komplexes kommt. Darüberhinaus ist heute nicht ent-

schieden, ob die seitens der Next Generation EU bereitgestellten Mittel auch nur annähernd die erwarteten klima- und digitalpolitischen Effekte zeitigen werden, denn seit der russischen Invasion in die Ukraine haben die Mitgliedsländer die Gelegenheit genutzt und ihre Mitteleinsatzpläne revidiert.

Fragmentierung der globalen Ökonomie

Deutschland und die deutsche Industrie haben vom Prozess der europäischen Integration in den letzten Jahrzehnten überproportional profitiert. Schon insofern sollte die deutsche Politik ein starkes Interesse haben, dass Europa im Zuge der Umschichtungen der globalen Ökonomie seine Wettbewerbsfähigkeit nicht verliert. Globalisierung bedeutet nicht nur, dass in einer relativ offenen Wirtschaft Unternehmen miteinander konkurrieren. Es bedeutet auch, dass nationale Wirtschaftsräume direkt und indirekt miteinander in Konkurrenz stehen. Darüberhinaus ist zu bedenken, dass Globalisierung eine Zunahme von Interdependenz einschließt und mithin politisch-ökonomische Entwicklungen in einem Raum der globalen Ökonomie Effekte in anderen Räumen zeitigen. Der europäische Wirtschaftsraum ist gegenwärtig zwei Zangenbewegungen ausgesetzt, einmal von China und dann von den USA.

Das chinesische Wachstumsregime mit seiner Investitions- und Exportlastigkeit ist in einer tiefen Krise, ausgelöst von den Effekten der Null-Covid-Politik und den damit verbundenen Schließungen ganzer Produktionsbereiche sowie tieferliegenden Widersprüchen des Wachstumsmodells. Problematisch hat sich der langanhaltende Boom des Häusermarktes erwiesen, der dazu führte, dass der Anteil dieses Sektors am chinesischen BIP sich auf etwa 26 Prozent bewegte. Das Platzen der Häuserblase am Ende der Covid-Episode hat zu großen Wertverlusten nicht allein bei den Unternehmen des Sektors, sondern vor allem bei der Mittelklasse geführt. Diese Verluste haben das Zukunftsvertrauen unterminiert und die Konsumnachfrage und dann auch das private Investitionstempo reduziert. Da gleichzeitig die Provinzregierungen enorm hohe Schuldenquoten aufweisen, sind kompensatorische fis-

kalpolitische Maßnahmen – wenn überhaupt – nur eingeschränkt möglich. Die chinesische Zentralregierung hat auf diese Situation mit einer Stärkung der verarbeitenden Industrie reagiert, die als Lokomotive zukünftigen Wachstums gesehen wird, gerade auch als Triebkraft der Umsteuerung zu einem grünen Wachstumsregime. Das Ergebnis ist ein wachsender Exportüberschuss der verarbeitenden Industrie, der mittlerweile knapp 2 Prozent des weltweiten BIP ausmacht und den aggregierten Überschuss von Deutschland und Japan übersteigt. Prominent ist gegenwärtig die E-Auto-Offensive, getrieben von BYD, dem mittlerweile größten Produzenten batteriebetriebener Autos. Die eigentliche Triebkraft zur Aufrechterhaltung des chinesischen Exportmodells ist freilich seine strukturell hohe Sparquote, die 28 Prozent der gesamten globalen Ersparnisse ausmacht, nur wenig unterhalb des aggregierten 33-prozentigen Anteils der USA und der EU (IMF 2024). Eine solche Sparquote kann investitionsseitig unter den Bedingungen der gegenwärtigen Wachstumskrise nicht produktiv eingesetzt werden. Wenn dann auch noch die private Konsumnachfrage zurückhaltend ist und eine Erhöhung der – säkular niedrigen – Lohnquote politisch nicht gangbar ist, dann bleibt allein eine Ausweitung des Leistungsbilanzsaldos als Ausweg. Eine solche Ausweitung impliziert, dass andere wirtschaftliche Räume ein entsprechendes Defizit akzeptieren müssen. Ob dies ohne ein Wiederaufflackern eines Handelskrieges geschehen wird, wird sich zeigen. Auf alle Fälle würde dies für offene Wirtschaftsräume wie die EU und Deutschland eine Herausforderung darstellen.

Chinas klassische merkantilistische Politik ist kein Einzelfall. Die Kombination von Merkantilismus und Protektionismus wurde seitens der Biden-Regierung nahezu nahtlos von der Trump-Administration übernommen. Das prominenteste Beispiel ist der IRA, der local-content-Klauseln etabliert, die erfüllt werden müssen, wenn die weitreichenden Steuererleichterungen für Produzenten und Konsumenten genutzt und Subventionen zugänglich werden sollen. IRA und die Begleitprogramme sind das Musterbeispiel der Renaissance einer losen

Form von Industriepolitik, die zusammen mit weiteren fiskalpolitischen Maßnahmen die US-Ökonomie auf einen neuen Wachstumspfad gesetzt haben. Übersetzt hat sich die Wirtschaftspolitik in einen überraschend starken Anstieg der Arbeitsproduktivität, gemessen als Output pro Stunde, und in einen vollbeschäftigungsähnlichen Arbeitsmarkt, und all dies bei einer systematischen Rückfuhr der Inflationsrate. Insbesondere der Anstieg der Arbeitsproduktivität könnte ein Indiz sein, um es vorsichtig zu formulieren, dass die preisliche us-amerikanische Wettbewerbsfähigkeit sich verbessert (Brusuelas 2024).

Allerdings ist der von Biden eingeleitete Pfadwechsel nicht ohne Probleme. Noch ist es möglich, daß die FED an ihrer Hochzinspolitik zu lange festhält und es doch noch zu einer sanften Rezession kommen kann. Auch kann die gespaltene politische Konstellation, die die Biden-Administration zu unvorteilhaften Kompromissen zwingt, in eine politische Lähmung münden. Sollte es nach den Novemberwahlen zu einer Rückkehr von Donald Trump kommen, wäre ein Rückbau der Richtung des Pfadwechsels und auch eine Pfadumkehr wahrscheinlich. Für Europa und Deutschland wäre letzteres ein perfekter Sturm.

Duck Test

Deutschland befindet sich in einer Pfadwechselkrise: Das alte Wachstumsmodell ist nicht länger tragfähig und das neue Wachstumsmodell ist noch nicht ausgebildet. In einer solchen Gramsci-Konstellation bedarf es einer stringenten und kohärenten Transformationspolitik, die die Erwartungen der Akteure der Transformation steuert und damit Investitions- und auch Konsumsicherheit herstellt. Daran allerdings mangelt es auf EU- wie auch auf der Deutschlandebene. Die Mitte-Rechts-Koalition der von-der-Leyen-Kommission hat ambitioniert begonnen und sich dann unter dem Eindruck der Ukraineinvasion und der Migrationsbewegungen einer irrlichternden Politik verschrieben. In Deutschland wiederum weist die Ampelkoalition starke Bindungen an das etablierte Wachstumsmodell auf, die das Transformationstempo entschleunigen und die

genaue Transformationsrichtung unbestimmt lassen.

Der Duck Test stellt im Falle Deutschlands die falschen Fragen. Es steht außer Frage, dass die deutsche Ökonomie sich in einer Krise befindet. Allerdings ist es eine Transformationskrise, die ökonomische wie politische Ursachen hat. Die Abkehr von ‚braunen‘ Aktivitäten ist zu langsam und die Umschichtung zu neuen, klimaneutralen Aktivitäten erfolgt zu langsam. Strukturkonservative Akteure nutzen die Chance der stotternden Umbruchphase, um die Zweifel in der Wählerschaft zu stärken und das alte Wachstumsmodell zu verteidigen. Wenn in einer solchen Situation die diskursive Dominanz verloren geht, wie zu beobachten ist, dann verlängert sich die Gramsci-Konstellation und wird der Übergang zu einem neuen Wachstumsmodell ökonomisch wie politisch teuer. ■

Literatur

- Brusuelas, J. (2024): <https://realeconomy.rsmus.com/productivity-continues-to-rise-in-potential-game-changer-for-economy/>
- Dullien, S., Juergens, E., Paetz, C., Watzkal, S. (2021): Makroökonomische Auswirkungen eines kreditfinanzierten Investitionsprogramms in Deutschland, IMK Report Nr. 168, Mai 2021
- Hübner, K. (1997): „Triadisierung statt Globalisierung“, Ökologisches Wirtschaften - Fachzeitschrift, 12(1). doi: 10.14512/oew.v12i1.859.
- Hübner, K. (1986): „Modell Deutschland“ – Karriere einer „ökonomischen Kampfformation“, in: Hans-Günter Thien/Hans Wienold (Hrsg.): Herrschaft-Krise-Überleben. Gesellschaft der Bundesrepublik in den 80er Jahren, Münster 1986, S. 374-393.
- IMF (2024): IMF Country Report No. 24/38, Washington
- OECD (2023a): <https://www.oecd.org/investment/statistics.htm>
- OECD (2023 b): <https://data.oecd.org/rd/gross-domestic-spending-on-r-d.htm>
- SVR Jahresgutachten 2023/24: Wachstumsschwäche überwinden – in die Zukunft investieren, Wiesbaden
- Wolf, G.B. (2021): <https://www.bruegel.org/blog-post/how-much-investment-do-we-need-reach-net-zero>

Krisenpolitik in finsternen Zeiten

von Michael R. Krätke



↳ Dr. Michael R. Krätke ist Professor emeritus für Politische Ökonomie an der Lancaster University, Gastprofessor an der Tohoku Universität, Sendai, Japan und an der Universität von Wuhan, VR China und Mitherausgeber der spw.

Foto: © privat

Eine Krise oder viele?

Die Lage ist unübersichtlich, vertrackt kompliziert und verfahren. Mit der Vielfach- oder Polykrise, einst das Lieblings Schlagwort aller Wichtigtuher, heute in aller Munde, war zunächst nur die altbekannte Weisheit gemeint, dass Krisen im Kapitalismus vieldimensional sind. Krisen im Kapitalismus treffen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, sie erschüttern die herrschenden Denkweisen und Weltbilder. Also bieten sie Chancen, Neues zu denken und auszuprobieren.

Das gilt vor allem für die großen Krisen. Vier davon haben wir bisher in der jüngeren Geschichte des Kapitalismus erlebt. Alle gaben den Anstoß zu großen Transformationen. Die sind unausweichlich, nur um den Preis tiefgreifender Transformationen hat der Kapitalismus bislang überlebt. Viele glauben heute, das Ende des Kapitalismus stehe unmittelbar bevor, er sei an die Grenzen seiner Möglichkeiten gekommen. Ebenso wie die Demokratie, wie wir sie kennen.

Ein unter linken Intellektuellen weit verbreiteter Irrtum. Die heutige Gemengelage von Weltwirtschaftskrise, Krise der repräsentativen Demokratie, Klimakrise, Pandemie und Krieg bietet wenig Aussicht auf ein baldiges Ende des Kapitalismus. Dazu ist der kombinierte Problem- und Handlungsdruck zu groß. Und diejenigen, die eine Zukunft jenseits des Kapitalismus für möglich und wünschenswert halten, zu schwach.

Krisenmanagement und Krisenpolitik

Seit jeher waren Krisen im Kapitalismus zugleich auch Krisen des staatlichen und privaten Krisenmanagements. Die relevanten Akteure – Regierungen, Zentralbanken, (multinationale) Konzerne – haben Krisen schon oft durch falsche Interventionen verschlimmert. Sie haben auch gelernt, oft genug das Falsche. Demokratien sind nicht krisenfest, wie wir wissen, die historische Form der Symbiose von Kapitalismus und Demokratie kann tief erschüttert werden.¹

Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise, die 2007/08 begann, hat die Hegemonie der neoliberalen Denkweise nicht gebrochen. Zwar sind alle neoliberalen Konzepte gescheitert, zwar haben Regierungen und Zentralbanken immer wieder gegen die etablierten Weisheiten des Neoliberalismus agiert. Aber noch beherrscht das Erbe der vorletzten großen Krise, der Krise der 1970er Jahre, die herrschende Denkweise. Zwar ist es nur ausnahmsweise gelungen, neoliberale Dogmen als Verfassungsnormen zu etablieren – wie im Fall der deutschen „Schuldenbremse“. Aber der Glaube an die Allmacht des sich selbst regulierenden „Marktes“ besteht nach wie vor.

Ein Symptom dafür: Als die italienische Ökonomin Mariana Mazzucato vor kurzem die zumindest allen Wirtschaftshistorikern altbekannte Tatsache in Erinnerung rief, dass der moderne Staat in der kapitalistischen Entwicklung mit schönster Regelmäßigkeit die Schlüsselrolle des Pionierunternehmers, des Technologieförderers und Risikoträgers gespielt hat, war das eine Sensation.² In allen „in-

¹ Um nur ein klassisches Werk aus der zu Unrecht ignorierten bzw. vergessenen sozialistischen Literatur zu nennen: 1936 veröffentlichte Otto Bauer ein umfangreiches Buch mit dem Titel „Zwischen zwei Weltkriegen?“. Darin ging es um die „Krise der Weltwirtschaft“, die „Krise der Demokratie“ und die „Krise des Sozialismus“, also um die Polykrise der 1930er Jahre – im Blick auf den drohenden Zweiten Weltkrieg.

² Vgl. Mariana Mazzucato, Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, Frankfurt a.M. 2023. Die englische Erstausgabe des Buchs erschien 2013.

dustriellen“ Revolutionen der Moderne hat der Staat eine zentrale Rolle gespielt, überall dort, wo sich die kapitalistische Produktionsweise erfolgreich etablieren und ausbreiten konnte. Noch mehr in den Krisenperioden und in den Perioden der großen Transformation. „Wirtschaftswunder“ hätte es ohne massive staatliche Interventionen und (vor allem) Investitionen, die den Übergang von einer Krisen- und Kriegsordnung in eine Nachkriegsordnung der anhaltenden Prosperität erst ermöglichten, nie gegeben. Weder in Europa noch in Amerika noch in Asien.

Um aus einer großen Krise herauszukommen, braucht es mehr als Krisenmanagement. Selbst dann, wenn das Krisenmanagement mit gelegentlichen Tabubrüchen und wagemutigen Experimenten einhergeht, wie in jüngster Zeit (man denke an Draghi versus Merkel). Es braucht eine Krisenpolitik, und die kann es nur geben, wenn sich alle relevanten Akteure von der Illusion einer Rückkehr zum Status quo ante, zur Vorkrisenzeit verabschieden.

Im Blick auf die drohende „Klimakrise“ scheint das klar und unausweichlich. Ohne eine weitreichende Veränderung unserer Produktions- und Lebensweise sind die drohenden Klimakatastrophen nicht mehr abzuwenden, nicht einmal abzumildern. Der Klimawandel folgt einem anderen Muster als die bisherigen Krisen im Kapitalismus – auch wenn er kausal mit der industriell-kapitalistischen Entwicklung und der erfolgreichen Ausbreitung des Kapitalismus über die ganze Welt (in mehreren, aufeinanderfolgenden Wellen der „Globalisierung“) zusammenhängt.

Wenn wir die jüngste Pandemie und die neue Realität eines langdauernden großen Kriegs in Europa hinzunehmen, wird das Problem einer Krisenpolitik hier und heute noch deutlicher. Zwar gibt es Zusammenhänge – etwa zwischen der Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise in allen Ländern der Erde, dem fortschreitenden Raubbau an natürlichen Ressourcen und der zunehmenden Häufigkeit und Wahrscheinlichkeiten von Zoonosen, die sich wie im Fall von Covid-19 zu globalen Pandemien auswachsen können.

Zwar haben Pandemien ebenso wie der russische Vernichtungskrieg gegen die Ukraine klar absehbare ökonomische und ökologische Folgen. Und sie erschüttern bereits die demokratische Ordnung, wie wir sie kannten, und stellen unsere bestgegläubten Wahrheiten in Frage. Im Fall der Pandemie wegen der Notwendigkeit, von Staats wegen massiv ins Alltagsleben der meisten Menschen einzugreifen, im Fall des imperialistischen Krieges wegen der ungezügelten Angriffe des Aggressors Russlands auf die gesamte internationale Ordnung und das politische Leben in den angegriffenen Ländern (zu denen Deutschland seit mindestens zehn Jahren zählt). Aber die Zusammenhänge sind unklar, vielfach vermittelt, höchst komplex. Metaphern helfen da nicht weiter.

Wir kommen nicht darum herum, dass wir verschiedene große Transformationen zugleich zu bewältigen haben. Den Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschafts- und Lebensweise in kürzester Zeit, die Umstellung auf eine prekäre Unfriedens- bzw. Kriegsordnung. Die Umstellung von einer liberalen Demokratie zu einer wehrhaften Demokratie, die mit dem offenen Angriff auf den Kern der repräsentativen Demokratie in allen kapitalistischen Hauptländern (nur unzureichend beschrieben als Aufstieg des „Autoritarismus“) umgehen kann.

Europäische Krisenpolitik

Eine globale Krisenpolitik ist nicht möglich, da fehlen die Akteure ebenso wie die Institutionen. Europa, d.h. die EU bietet die vorerst beste Alternative. EU-Europa ist eine heimliche Weltmacht, jedenfalls ökonomisch. Politisch boxt sie im Moment unter ihrer Gewichtsklasse. Allerdings bietet die EU eine Alternative zu dem, was sich in vielen Teilen der Welt abzeichnet, in Europa ebenso wie in Amerika und Asien: der Rückkehr zu einem „nationalen Kapitalismus“ mit dem Nationalstaat als einzigem Akteur. Es gehört zu den beliebtesten Dogmen der (linken wie rechten) Globalisierungskritik, dass nur der Nationalstaat eine feste Burg für seine Bürger bieten könne. Am Gegenpol operieren diejenigen, die von einem alten bzw. neuen Imperium träumen und eine klar imperialistische Agenda verfolgen.

EU-Europa hat schon in seiner gegenwärtigen, mangelhaften Verfassung, weit mehr zu bieten als jeder Nationalstaat auf dem Kontinent. Einen transnationalen, hoch integrierten Wirtschafts- und Lebensraum, einen (unvollständigen, aber mehr oder minder funktionierenden) Binnenmarkt, in dem die Unterschiede der nationalen Kapitalismen zwar nicht automatisch verschwinden, aber abgebaut bzw. durch neue, transnationale und transregionale Ordnungen ersetzt werden können. EU-Europa ist durch seine aktive Handelspolitik mit so gut wie allen Ländern und Regionen der Welt verbunden, es ist in allen Schwellenländern präsent, ohne von einem Land oder einer Region abhängig zu sein.

EU-Europa mitsamt den assoziierten oder ihm vertraglich verbundenen Ländern in allen Teilen der Welt ist durchaus handlungsfähig. Auch wenn die Links- und Rechtspopulisten unablässig das Gegenteil behaupten, die EU beweist seit Jahr und Tag, dass eine transnationale Wirtschaftspolitik ebenso wie eine transnationale Sozialpolitik durchaus machbar und erfolgreich ist, auch wenn sie bislang weit hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt. Europa ist ein geographisch kleiner Raum, zudem sind die europäischen Wirtschaften stärker miteinander vernetzt als z.B. die Bundesstaaten der USA. EU-Europa ist daher die einzige Weltregion, die dem Drang zum Rückzug in einen nationalen Kapitalismus bzw. der Flucht in imperialistische Abenteuer erfolgreich und auf Dauer widerstehen kann. Europa beruht auf einem Geflecht von suprastaatlichen Institutionen, transnationalen Politiken und miteinander verflochtenen regionalen und nationalen Wirtschaften und Gesellschaften, dem es (trotz einigen Ansätzen) nur an einem einheitlichen politischen Willen bzw. einer grenzüberschreitenden politischen Willensbildung fehlt. Zu Ende gedacht, wäre das politisch vereinigte Europa eine Weltmacht, den USA oder China ebenbürtig, wenn nicht überlegen.

Was kann Europa in der gegenwärtigen Krisenlage tun? Europa ist nicht in der Lage, die Klimakrise allein zu bewältigen, kann aber in jeder Hinsicht eine wichtige Vorreiterrolle spielen. Europa ist medizinisch, in der For-

schung und im Gesundheitswesen bereits an der Weltspitze. Europa ist in der Lage, eine gemeinsame Verteidigung gegen die imperialistische Aggression Russlands aufzubauen und zu erhalten, nicht ohne die NATO, aber notfalls ohne die USA.

EU-Europa ist durchaus zu einer bzw. vielen konzertierten Aktionen der Krisenpolitik fähig, die aus der gegenwärtigen Situation herausführen. Die vergleichsweise geringen Entfernungen, die starke ökonomische Verflechtung, die hohe Mobilität der Bevölkerung, die seit Jahrhunderten in einem multikulturellen und vielsprachigen Raum (nicht nur in den Grenzregionen) zusammenlebt, der vergleichsweise hohe Bildungs- und Ausbildungsstand bieten eine exzellente Basis für eine neue Prosperitätsinitiative. Von den falschen Prophetien der Austerität und ökonomischem Unsinn à la Schuldenbremse können die Europäer sich nur selber befreien, auch wenn das eine regelrechte „Reformation“ der herrschenden ökonomischen Denkweise erfordern wird.

Grüner Kapitalismus – demokratischer Sozialismus

Anders als in früheren großen Krisen gilt heute: Wir haben keine bzw. immer weniger Zeit, um die notwendigen Transformationen zustande zu bringen. Das hat eine unangenehme Konsequenz für die Linke insgesamt: Egal welcher Vorstellung von einer künftigen sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft man anhängt, eines ist klar: Die bewusste gesteuerte Transformation vom gegenwärtigen Kapitalismus und der heutigen Form der Demokratie zu einer lebenswerten und lebensfähigen Form post-kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaft wird Zeit kosten, viel Zeit. Vielleicht Jahrzehnte, möglicherweise Generationen. Darüber waren sich auch unsere Altväter im Klaren.

Aber Zeit haben wir nicht bzw. nicht mehr. Die Zeitspanne, die uns bleibt, um den Klimawandel aufzuhalten, wird immer kürzer. Alle Fachleute berichten, dass der erwartete Klimawandel, sich sehr viel schneller abspielt als erwartet. Niemand kann genau angeben, wann die vielbeschworenen „Kippunkte“ der

klimatisch relevanten Veränderungen erreicht sein werden. Klar ist nur, dass wir ihnen immer näherkommen. Wenn wir diese points of no return passiert haben, sind wir zwar nicht ganz am Ende, aber es wird uns dann nichts anderes mehr übrig bleiben, als proaktiven Katastrophenschutz zu betreiben. Ein Katastrophenschutz, der absehbar immer kostspieliger wird, je länger wir die notwendigen Transformationen verzögern und je mehr wir uns verleiten lassen, auf die Verteidiger des status quo Rücksicht zu nehmen, wider besseren Wissens. Vergeuden wir weiter knappe Zeit, kann es uns blühen, dass alte Kultur- und Lebensräume der Menschheit, die in absehbarer Zeit für Menschen unbewohnbar sein werden, geräumt und aufgegeben werden müssen. Auch in Europa.

Daraus folgt, dass wir nicht warten können, bis wir im Reich der Zukunft, in einer ökologisch-sozialistischen und obendrein demokratischen Wirtschaft und Gesellschaft angelangt sein werden. Daraus folgt nicht, das sozialistische Ziel als blanke Utopie ein für alle Mal aufzugeben. Aber es folgt daraus, dass uns für einige Zeit, möglicherweise für die nächsten zwei oder drei Jahrzehnte, gar nichts anderes übrigbleiben wird, als auf den Erfolg eines „grünen Kapitalismus“ zu setzen.

Wir müssen Krisenpolitik betreiben in der Erwartung und Hoffnung, dass die hier und jetzt relevanten Akteure, Staaten, auch Privatunternehmen, ja auch Multinationale Konzerne, die im nationalen Maßstab bzw. in einigen Schlüsselbranchen und -sektoren schon jetzt an den notwendigen technischen und organisatorischen Innovationen arbeiten, das auch schaffen werden. Wir müssen proaktiv den altbewährten Pionierunternehmer und Risikoträger Staat zur Kooperation mit privaten Pionieren ermutigen. Mariana Mazzucato hat diese Konsequenz gezogen: Den Kapitalismus verändern (Changing Capitalism), und zwar möglichst rasch, darum geht es vorerst.³

Eine andere Krisenpolitik ist möglich und wünschenswert

Parteiübergreifend wird gern geglaubt, Wachstumsschwäche sei unser Problem, mehr Wachstum die Lösung. Gemeint ist in aller Regel das Wachstum des Bruttosozialprodukts, so wie wir es heute verstehen und messen. Das ist ein Irrtum. Wir brauchen etwas anderes.

Was den entwickelten kapitalistischen Ländern in Europa, Amerika und Asien nämlich fehlt, ist Produktivitätswachstum. In den Schwellenländern wächst die Arbeitsproduktivität seit Jahr und Tag weit schneller als in den entwickelten Industrieländern. Nicht verwunderlich angesichts des enormen Vorsprungs, den die Industrieländer in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität bereits hatten und nach wie vor haben. Ein deutlich höheres Wachstum der Arbeitsproduktivität, nicht nur in einigen Schlüsselsektoren, sondern flächendeckend, ist aber der Schlüsselfaktor, der uns den Weg aus der gegenwärtigen Krise öffnet. Steigt die Arbeitsproduktivität in Europa rascher als bisher, können wir einige Fliegen mit einer Klappe schlagen: Schneller steigende Arbeitsproduktivität erlaubt es uns, mit der fortschreitenden Alterung umzugehen. Wir brauchen weniger Erwerbstätige bzw. Beschäftigte. Schneller steigende Arbeitsproduktivität erlaubt es uns, mit dem absehbaren Mangel an Fachkräften umzugehen, wir brauchen weniger davon, allerdings wohl anders und besser ausgebildet. Schneller steigende Arbeitsproduktivität erlaubt es, die Bildungs- und Ausbildungszeiten zu verlängern, gibt uns mehr Spielraum für Weiterbildung, für Elternzeiten, Möglichkeit zur Verkürzung von (Lebens)arbeitszeit usw.

Kurz und gut: Wenn die Arbeitsproduktivität deutlich rascher steigt als bisher in Europa üblich, müssen die Wirtschaften der europäischen Volkswirtschaften, gemessen an ihren Bruttosozialprodukten, nicht unbedingt stark bzw. stärker wachsen. Die Gesamtwirtschaft kann sogar stagnieren, während der gesellschaftliche Wohlstand (der mit dem BIP nicht adäquat zu messen ist), sogar steigen, der gesellschaftliche Reichtum für alle zunehmen kann.

³ Vgl. Mariana Mazzucato, Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft, Frankfurt a.M. 2021. Die englische Ausgabe erschien kurz davor im gleichen Jahr.

Die entscheidende Frage ist natürlich: Wie macht man das? Wie sieht eine Politik zur Steigerung der Arbeitsproduktivität aus? Wir wissen, dass die Produktivität pro Arbeiter oder Arbeitsstunde von vielen Faktoren abhängt. Einer der wichtigsten: Die Investitionen pro Arbeitsplatz bzw. Betrieb. Dazu gehören allerdings nicht nur private Investitionen. Und der Umfang privater Investitionen kann auf vielerlei Weise beeinflusst werden. Nicht zuletzt durch den Staat bzw. die Zentralbank als Kreditgeber der letzten Instanz. Aber auch durch den Staat als „Pionierunternehmer“ und Vorreiter, der Technologien und vor allem deren Einführung und Entwicklung zur Massenfertigung und „Marktreife“ aktiv fördert.

Eine weiter – und mit jeder Krise beschleunigt – steigende soziale und ökonomische Ungleichheit, das ist es, woran die demokratisch verfassten Gesellschaften in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern am meisten leiden, das ist es, was die Gemüter erregt und das weit verbreitete Gefühl erzeugt, in einer zutiefst ungerechten Gesellschaft zu leben. Thomas Piketty, der mit einigen anderen die Entwicklung der ökonomischen Ungleichheit in wichtigen kapitalistischen Ländern gründlich erforscht hat, hat als erklärt linker Ökonom auch Vorschläge gemacht, wie der wachsenden Ungleichheit beizukommen sei. Ein Programm des „partizipativen“ und „dezentralen“ Sozialismus braucht ihm zufolge drei Pfeiler: Starke Progressivsteuern, eine massiv erweiterte Mitbestimmung (als Form der Betriebsdemokratie) und ein bedingungsloses Grundeinkommen (anstelle eines Grundeinkommens).⁴

Ein entscheidendes Element fehlt in diesem Vorschlag: in der Debatte um die soziale und ökonomische Ungleichheit starrt alles blind auf die Privatvermögen. Dabei ist das öffentliche Vermögen, das aus öffentlichen Gütern und Dienstleistungen besteht, die für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich und nutzbar sind (bzw. sein sollten), sehr viel wichtiger für die wirksame Reduzierung der ökonomischen und sozialen Ungleichheit in kapitalistischen

Gesellschaften. Öffentliche und Gemeingüter, die für jeden einzelnen (über)lebenswichtig sind und für jedermann frei – kostenlos bzw. zu regulierten, politisch gesetzten „Preisen“ – zugänglich sind, sind sehr viel wirksamer als selbst die schärfste Vermögenssteuer, wenn es darum geht, die Ungleichheit von Lebenschancen, die unterschiedliche soziale Klassen oder Milieus bieten, auszugleichen.

Keine noch so große Privatbibliothek, keine noch so reich bestückte Privatsammlung kann frei zugänglichen öffentlichen Bibliotheken oder Museen das Wasser reichen. Das gleiche gilt für Schulen, Universitäten, Kindergärten, Krankenhäuser, Theater, Konzertsäle, Sportanlagen, Schwimmbäder usw. In staatlicher oder kommunaler Regie gebaute, öffentlich finanzierte und verwaltete Wohnbauten schlagen den privaten Wohnungsbau um Längen.

Verlegt sich der Staat (mit allen Untergliederungen) auf öffentliche Investitionen in solche öffentlichen Güter, die für die Alltagsökonomie, die Lebens- und Arbeitsweise aller Bürgerinnen und Bürger notwendig sind, kann er sehr viel tun, um die Ungleichheit der Lebensverhältnisse aller seiner Bürgerinnen und Bürger (nicht nur regional) anzugleichen. Gleich wie man diese Kategorie von Gütern und Dienstleistungen bezeichnet, sie gehören zum Fundament jedes gesellschaftlichen Lebens. Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, samt den dazugehörigen Dienstleistungen, gehören zur sozialen Infrastruktur, sie sind nicht weniger wichtig als die Energie- und Wasserversorgung bzw. die dazugehörigen Netze oder der öffentliche Verkehr. Man kann sie als Teil der „Fundamentalökonomie“ oder auch der Ökonomie des Lebensnotwendigen, der allgemeinen materiellen Voraussetzungen des gesellschaftlichen Lebens bezeichnen.⁵

Auf eine Kurzformel gebracht: Es geht um die Erweiterung und Radikalisierung einer sozialdemokratischen Utopie, der realen Utopie des „Roten Wien“ – gegen die neoliberal

4 Vgl. Thomas Piketty, *Kapital und Ideologie*, München 2020, Die französische Ausgabe erschien 2019.

5 Zum Konzept der Fundamentalökonomie vgl. Foundational Economy Collective, *Die Ökonomie des Alltagslebens*, Berlin 2019.

inspirierte (und reaktionäre) Utopie des bedingungslosen Grundeinkommens bzw. Grunderbes.

Natürlich ist der Ungleichheiten reduzierende Effekt solcher öffentlichen Investitionen umso größer, je mehr sie mit Hilfe progressiver Steuern finanziert werden. Er nimmt weiter zu, wenn sie für jeden einzelnen Nutzer „kostenlos“, d.h. aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden. Kostenloser Schulunterricht, kostenloses Studium, eine kostenlose Gesundheitsversorgung für alle, ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr – alles radikale Lösungen, die es bereits in vielen Formen gibt, kosten die Gesellschaft bzw. den Staat etwas, und zwar nicht wenig. Aber sie leisten auch viel.

Viel davon hat auch den Charakter von „Infrastruktur“ für viele Privatunternehmen – das gilt für Bildung und Ausbildung ebenso wie für die Gesundheitsvorsorge, den funktionierenden Nah- und Fernverkehr oder die Energie- und Wasserversorgung oder die Abfallbeseitigung und -verwertung. Sehr viel davon kann im kleinräumigen Europa auch europäisch gedacht und gemacht werden – angefangen mit grenzüberschreitenden Energie- und Verkehrsnetzen. Was das Schwellenland China kann, was das Industrieland Japan kann, Europa sollte es schon lange können. ■

„Verschwende keine Krisen – oder: Wo die Chancen linker Globalpolitik liegen“

von Svenja Schulze



☞ **Svenja Schulze** ist seit 2021 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Bundestagsabgeordnete. Zuvor war sie Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und Landesministerin für Wissenschaft, Innovation und Forschung in NRW.

Foto: © BPA/Steffen Kugler

„Crisis forces commonality of purpose on one another“ – Die Krise zwingt uns dazu, gemeinsame Ziele zu verfolgen. Dieses Zitat der kanadischen Journalistin Michelle Dean drückt aus, wovon auch ich überzeugt bin: in Krisen liegen auch Chancen. Krisen haben Zukunftspotential und können, richtig genutzt, den Menschen Selbstwirksamkeit bieten, anstatt sie zu lähmen.

Nun sind wir zweifellos nicht nur inmitten einer Krise. Global erschüttern uns seit einigen Jahren vielfältige Krisen, die sich gegenseitig verstärken und bei vielen Menschen das Gefühl des Kontrollverlustes hervorrufen.

Und dies ist ein Einfallstor für Populist*innen weltweit. Sie nutzen die damit zusammenhängende Verunsicherung, um zu spalten. Gerade gut zu beobachten in Argentinien, im Umfragehoch der AfD oder in der drohenden zweiten Amtsperiode Donald Trumps.

Nun stellt sich die Frage: Wo liegen die Chancen, um die heutigen Krisen aus linker Perspektive zu meistern? Damit die Menschen zuversichtlich, optimistisch werden und bleiben und an den Fortschritt glauben? Das ist nämlich Gift für rechte Populist*innen. Um dies zu beurteilen, kommt man um eine Krisenanalyse nicht herum. Sie ist das Fundament, um darauf die Grundzüge linker Globalpolitik

aufzubauen – entsprechend gliedert sich dieser Beitrag.

I.

Die Umbrüche unserer Zeit global und als Prozess verstehen

Seit zweieinhalb Jahren bereise ich als Bundesministerin viele Länder im östlichen Europa, Afrika, Asien und Lateinamerika und erfahre dabei viel über die oft ganz anderen Blicke auf unsere Zeit. Auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine, den Krieg im Nahen Osten, den sogenannten „Westen“ oder „Globalen Norden“, die Covid-Pandemie, die internationale Finanzarchitektur, den Klimawandel und wirtschaftliches Wachstum.

Alle Gespräche durchzieht eine Erkenntnis: Nichts bleibt mehr, wie es ist. Die Welt sortiert sich neu: geopolitisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch. Der Sortierungsprozess ist durch den Krieg gegen die Ukraine beschleunigt worden, begonnen hat er unter anderem mit dem Aufstieg Chinas zum globalen Konkurrenten der USA, der Pandemie sowie geoökonomischen Veränderungen im Kontext der ökologischen und digitalen Transformationen.

Dieser Prozess ist längst nicht zu Ende. Der Blick auf Deutschland und Europa ist dialektisch, kritischer und zugleich erwartungsvoller. Die Wahlmöglichkeiten der Länder des Globalen Südens für ihre Partnerschaften sind vielfältiger geworden, ihr Selbstbewusstsein deutlich gewachsen, neue Allianzen stellen die internationale Architektur zunehmend in Frage.

Was sind die Treiber dieser Umbrüche, die uns mit immer kürzeren Krisenintervallen konfrontieren?

Ich sehe vier übergeordnete, sich verstärkende Treiber des Krisenpanoramas: die geökonomischen und die geopolitischen Veränderungen, die Zunahme von Gewalt sowie den Aufstieg populistischer Bewegungen und Parteien.

It's the (geo)economy, stupid – Tektonik der ökonomischen Basis

Die Welt ist an ihre planetaren Grenzen gestoßen, vor allem dadurch, dass das wirtschaftliche Wachstum bis vor kurzem fast ausschließlich auf fossilen Brennstoffen beruhte. Der Versuch, die Marktökonomien auf nachhaltige, erneuerbare Grundlagen zu stellen, ist ein historisches Großprojekt mit offenem Ausgang. Die daraus abgeleitete sozial-ökologische Transformation löst große innergesellschaftliche Spannungen aus. Der Kapitalismus soll nachhaltig neu erfunden werden, das birgt Unsicherheiten und wiederum Kontrollverlust.

Das Zielmodell der Transformation, die nachhaltige und digitalisierte Marktökonomie, hat, um nur ein Beispiel zu nennen, dezentrale statt zentrale Energieerzeugungsinfrastrukturen zur Grundlage. Sie braucht keine Kohleminen, keine Gas- und Ölplattformen, sie benötigt Seltene Erden für ihre digitalen Werkzeuge, wind- und sonnenreiche Orte. Ihr Stromhunger ist um ein Vielfaches höher. Im künftigen Automobilbau sind die Softwareingenieur*innen wichtiger als die Karosserie- und Motorenbauer*innen, alte Rohstoffe wie Zinn, Nickel und Kupfer werden wichtiger denn je. Produktions- und Handelsrouten verschieben sich, da Industrie dort entsteht, wo günstig Energie hergestellt werden kann. Alte Qualifikationen werden entwertet, neue werden wichtiger. Gelingt das Wirtschaften in Kreisläufen, verringert sich notwendige Produktion. Neue Normen und Standards sind für das Erobern von globalen Märkten auf nachhaltiger Grundlage entscheidend.

Alle großen Fragen der Industriegeschichte und ihrer unterschiedlichen Phasen werden aktuell wieder neu gestellt und lösen eine ungeheure Veränderungsdynamik aus: Woher kommen die neuen Rohstoffe? Wer setzt die

Normen und Standards? Wie schützt man neue Märkte vor Konkurrenten? Wo wird das Wissen generiert? Wie gestalten sich die Lieferketten? Wie gelingt es Rohstofflieferanten, mehr Wertschöpfung bei sich zu halten? Wie lang ist die Übergangsphase von fossiler zu erneuerbarer Energie? Wer bestimmt über diese Prozesse, sind es Staaten, multilaterale Organisationen, Gewerkschaften oder Arbeitgeber*innen?

Man muss keine Marxistin sein, um anzuerkennen, dass sich diese grundlegenden ökonomischen Veränderungsprozesse im zweiten Treiber der Umbrüche, der Geopolitik, abzubilden beginnen. Dies erst recht, da bis auf wenige Ausnahmen alle Staaten nach dem Ende der wirtschaftlichen Systemkonkurrenz in unterschiedlichem Grad als Marktökonomien in Konkurrenz zueinanderstehen, sich die ökonomische Tektonik auf die geopolitische überträgt.

Vom US-amerikanischen Unilateralismus zur multipolaren Welt

Die globalen Machtzentren haben sich verändert:

Nach langen Jahren US-amerikanischer Vorherrschaft ist die Volksrepublik China zum großen Gegenspieler aufgestiegen. Sie hat die liberale Freihandelsphase am geschicktesten für sich genutzt. China hat nicht nur hunderte Millionen Menschen aus Hunger und Elend geführt, China ist ökonomisch, technologisch und militärisch zum einzig ernsthaften Konkurrenten der USA aufgewachsen. Ob und wann diese Konkurrenz zu einem militärisch ausgetragenen großen Krieg führt, ist offen, allein dass darüber ernsthaft spekuliert wird, zeigt die globale Dynamik. Ökonomisch geht es bereits robust zwischen beiden Staaten her.

Als ökonomisch nur eingeschränkt erfolgreiche Macht versucht das nuklear hoch bewaffnete Russland nach Jahrzehnten postsowjetischer Erosionen mit kriegerischen Mitteln seinen Platz in der neuen Weltordnung zurückzuerobern, nicht nur in der Ukraine und dem östlichen Europa sondern auch in Afri-

ka und im Nahen Osten. In eingeschränktem Maße ist Russland wieder ein globaler Mitspieler.

Die Europäische Union wiederum, drittes großes Zentrum, ist militärisch ein Zwerg, der transatlantischen Zuverlässigkeit seit Trumps erster Amtszeit verlustig gegangen, ökonomisch nach wie vor einflussreich, aber unklar in seiner geopolitischen Zukunftsrolle. Zentrifugale politische und ökonomische Kräfte im Inneren sowie eine ungelöste Steuerungsstruktur erschweren tempoangepasstes Handeln.

Daneben gibt es eine Reihe an Ländern, die regional über erhebliche Machtressourcen verfügen und diese selbstbewusster denn je in die internationale Waagschale werfen: Südafrika und Kenia etwa in Afrika, Brasilien in Lateinamerika, Indien und Südkorea in Asien, Saudi-Arabien und Ägypten im Mittleren Osten, um nur einige Beispiele zu nennen. Plurilaterale Staatengemeinschaften wie die BRICS+ ergänzen das Bild. Immer öfter fordert die gewachsene Macht dieser Staatengruppe die „alte Ordnung“ heraus, stellt die Vereinten Nationen in ihrer Post-1945er-Konstruktion ebenso wie die internationale Finanzarchitektur in Frage. Auch hier zeigt sich: Nichts bleibt, wie es ist. Die geoökonomischen und geopolitischen Veränderungen verstärken sich. Die wachsende Unsicherheit wird durch einen dritten Treiber gefährlicher:

Zunahme von Gewalt oder Rückzug friedenspolitischer Konzepte

Russlands Krieg gegen die Ukraine wird zu Recht als inakzeptabler Bruch der regelbasierten Ordnung betrachtet, sanktioniert und verurteilt. Zugleich fällt im internationalen Kontext auf: Nicht einhellig und immer weniger eindeutig. Und häufig wird Zurückhaltung oder gar Ablehnung etwa weiterer Sanktionen mit dem Verweis auf gewaltsame Regelbrüche „des Westens“ in jüngerer Geschichte begründet, etwa mit der NATO-Intervention im Jugoslawienkrieg, den von außen erzwungenen Regimewechseln im Irak und Libyen – und jüngst der Unterstützung der israelischen Regierung

bei ihrem Krieg in Gaza als Reaktion auf die Terrorattacke der Hamas.

Wie immer man dies bewertet, eines lässt sich vermutlich einvernehmlich sagen: die Suche nach nicht-gewaltförmigen, vertrauensbildenden, deeskalierenden, diplomatischen Konfliktlösungen ist derzeit auf dem Rückzug. Aufrüstung und Säbelrasseln sind längst nicht nur zwischen den USA und China fast schon Normalzustand. Und es gibt eine beunruhigende Abwesenheit von Außenpolitiken.

Es ist wichtig, dies wahrzunehmen. Nicht nur, weil Gewaltanwendung in der Regel keine Probleme löst, sondern vorhandene Probleme vertieft, beschleunigt und Aushandlungsprozesse noch schwerer macht.

Gewaltförmig ausgetragene Konflikte sind im Kontext des Globalen Südens dramatischer Ausgangspunkt für Hunger, Migration, Instabilität und wachsenden Terrorismus. Dies ist aktuell am Horn von Afrika oder im Sahel zu beobachten, wo sich Fragilität und Gewalt ausbreiten – und ein Vakuum hinterlassen, in das nicht zuletzt Russland immer wieder vordringt.

Aufstieg populistischer Strömungen und Parteien

Rechtspopulistische Strömungen und Parteien eilen derzeit weltweit von Erfolg zu Erfolg. Daraus ist eine globale Bewegung geworden, deren Parteiführer*innen es gelingt, offene soziale, ökonomische, kulturelle Fragen ethnisch umzudeuten und mit verbaler und tatsächlicher Gewaltbereitschaft zu unterlegen. Ihr Ziel ist, die Demokratien von innen heraus zu zerstören – und zugleich ultraneoliberale ökonomische Positionen wieder hoffähig zu machen. Immer klarer zeigt sich dabei auch, dass insbesondere Männer von diesem Politikangebot angezogen werden, sich hier auch ein genderrelevantes Problem offenbart. In der Verbindung mit einer Renaissance der Gewalt würde insbesondere eine mögliche Wiederwahl Donald Trumps nichts Gutes erahnen lassen. Die systematische Vorbereitung und Ankündigung auch diktatorischer Maßnahmen im militärisch stärksten

Land der Welt schlosse einen dialektischen Kreis mit den oben genannten Treibern der Veränderung.

Ein solch dystopischer Weg indes ist keinesfalls vorgeprägt. Die Geschichte ist offen. Die Wahlen in Polen haben gezeigt, dass es anders gehen kann. Und die Geschichte hat gezeigt, dass Krisen Schwung geben können in eine andere, bessere Richtung. Darum soll es nun auf der Basis der vorgenannten Krisenanalyse im zweiten Teil gehen.

II.

Schaut man mit linker Perspektive aus Deutschland und Europa heraus auf die Krisenanalyse und Krisentreiber, dann ist die Leitfrage für nationale und internationale Politik: Was müssen Sozialdemokrat*innen tun, um den Planeten für alle Menschen lebenswert zu erhalten, ihre Grundbedürfnisse erfüllen zu können, damit die Menschen in Freiheit ihr Leben in Krisenzeiten resilient, selbstbestimmt, friedlich und ohne Sorge vor den Grundrisiken des Lebens (Armut, Gesundheit, Alter) leben können?

Lebenswert ist unser Planet dann, wenn wir auch zur Mitte des Jahrhunderts dort leben können, wo heute Menschen leben: Rund um den Äquator, auf den Inselstaaten, in Sizilien oder im Süden Spaniens. Das ökologische Gleichgewicht des Planeten zu wahren, Klimawandel und Zerstörung der Biodiversität zu stoppen, ist also eine Grundbedingung.

Ohne Frieden ist alles nichts, hat Willy Brandt gesagt, und das gilt heute immer noch: Kein Ort auf der Welt ist lebenswert, an dem Krieg und Gewalt Menschen bedroht. Das meint Frieden und Gewaltfreiheit zwischen Staaten ebenso wie innerhalb der Gesellschaften.

Das selbstbestimmte Leben aller setzt voraus, dass sich alle Menschen frei von Geschlecht, Herkunft und Religion entfalten können. Grundbedingung ist die Freiheit im inneren der Gesellschaft. Alle Freiheit ist aber auch nichts, wenn Menschen bei Krisen-

schocks, bei Eintritt der großen Lebensrisiken davon bedroht sind, ihre Existenz zu verlieren. Freiheit ist kein Vorrecht der Wohlhabenden und Reichen. Soziale Ungleichheit ist Gift für die Freiheit und Quelle von Gewalt und Radikalität. Soziale Sicherheit ist die zweite Seite der Freiheitsmedaille.

Die eingangs aufgeblätterten Krisen und ihre Treiber können dann genutzt werden, wenn die ökologischen Herausforderungen mithilfe einer gerechten ökonomischen Transformation gemeistert werden, wenn Gewaltfreiheit und Friedensorientierung zur Vorbedingung von demokratischer Konfliktlösung werden, wenn Freiheit eine soziale Basis hat, wenn globale Interessenausgleiche über ökonomische Konkurrenz gestellt werden.

Ist das naiv? Ganz im Gegenteil, der neugeordneten Welt fehlt es an inspirierenden Vorstellungen davon, was am Ende dieses Prozesses stehen soll. Ich bin davon überzeugt, dass eine vielfältige Bewegung, die der Zukunft zugewandt ist, Antworten für die heutige Zeit schöpfen kann. So setzen wir den interessegeleiteten Dystopien eine Vorstellung entgegen, die Probleme meistert statt sich ihrer zu ergeben. Nichts bleibt so, wie es ist. Wenn das stimmt, dann geht es darum, zu zeigen, wie es sein soll, was sich verändert.

Wie das dann heißt, ist unwichtig, es mag Sozialismus im 21. Jahrhundert heißen, wenn es positive und aufbrechende und damit wirkmächtige Kräfte weckt. Es ist das Gegenbild zum Rechtspopulismus, der die Bedrohung des Planeten leugnet, Menschen in Gruppen spaltet und unterschiedlich bewertet, genormtes Leben vorschreibt, Ungleichheit zum Prinzip des Handelns erhebt, soziale Sicherheit nach Menschenklassen staffelt, Gewalt als Prinzip des Handelns akzeptiert und einsetzt.

Die Mehrheit der Menschen will einem Ziel folgen, das Selbstwirksamkeit, Frieden und Gerechtigkeit verspricht. Dafür gehört das Ziel in den Mittelpunkt gestellt und alles, was wir tun, bezieht sich darauf, leitet sich ab und wird wieder und wieder erklärt.

Was heißt das konkret?

Ökonomie und Ökologie gehören zusammengedacht

Wir wissen, was wir schnell tun müssen, um den Planeten lebenswert zu erhalten: die Dinge vermeiden, die ihn zerstören. Menschengemachte Treibhausgasemissionen müssen aus allem raus, was wir tun, wie wir arbeiten, wohnen, wirtschaften. Dazu braucht es natürliche Grundlagen, denn Natur hilft uns dabei.

Dazu brauchen wir eine Digitalisierung, die nicht wenigen Superreichen gehört, sondern die dem Gemeinwohl dient und die ökonomischen Veränderungen unterstützt, die die Suche nach den richtigen Lösungen begleitet, statt sie zu verhetzen, die allen weltweit gleichermaßen zugänglich ist.

Die globale ökonomische Arbeitsteilung wird sich verändern, sie wird gerechter. Neue Wachstumschancen entstehen, es kommt dabei darauf an, Alternativen zur einseitigen Exportorientierung zu suchen und Grundbedürfnisse in größeren Binnenräumen zu befriedigen. Das Versöhnen von Ökologie und Ökonomie birgt so viele wirtschaftliche Chancen, wenn es gelingt, das Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen zu organisieren.

Geoökonomie und Geopolitik gehören zusammengedacht

Diese Jahrhundertaufgabe schaffen wir nicht alleine. Dazu brauchen wir gute internationale Beziehungen und müssen auch mit denen reden, die uns nicht gefallen oder als Vorbild taugen: Ohne China, ohne Saudi-Arabien und viele andere Länder gelingt die globale Transformation nicht.

Es ist in unserem ureigenen Interesse, mit Staaten Wege zu finden, um den Klimawandel zu begrenzen und die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, zu einem global funktionierenden Wirtschaftsmodell zu machen. Unsere Gesellschaften stehen angesichts des Veränderungsdrucks schon unter Spannung – wenn nicht alle mitmachen, verlieren wir

mehrheitliche Unterstützung bei der Transformation.

Weil diese Aufgabe so sehr drängt, der Klimawandel nicht wartet, gibt es Themen, bei denen wir mit allen reden und verhandeln müssen, mehr denn je. Ultimative Moral und erhobener Zeigefinger sind hier unangebracht ja schädlich.

Wir haben andere damit zusammenhängende gemeinsame Interessen: Erneuerbare Stromsysteme brauchen digitale Steuerung. Es ist in unserem Interesse, dass die aufstrebenden Gesellschaften ihr Wachstum auf klimaneutrale Energien bauen, ergo unterstützen wir sie, um digital und bei Künstlicher Intelligenz mitspielen zu können. Das geht über Kabel. Das geht aber auch über Satelliten. Raumfahrt ist also kein Luxus, wenn sie auch in Indien oder Südafrika stattfindet.

Die Transformation im internationalen Kontext zu organisieren, ist die Grundlage für modernes nachhaltiges Wirtschaften im 21. Jahrhundert. Märkte alleine, neoliberale Logiken, schaffen das nicht. All das kostet Geld und braucht viele Ideen. Es eröffnet dem globalen Handeln ganz neue Möglichkeiten: Rohstoffe der Transformation, sonnen- und windhörige Orte, das finden wir vor allem im Globalen Süden. Wenn wir den berechtigten Wunsch anerkennen, dann auch Wertschöpfung vor Ort aufzubauen, pöppeln wir keine Konkurrent*innen, sondern Handelspartner*innen von morgen. Die Transformation ist eine Gemeinschaftsaufgabe der jetzigen Generationen, die kriegen wir global hin und wenn es als Aufgabe aller von allen verstanden wird: der Staaten, der Unternehmen, der Institutionen.

Deshalb müssen wir uns fragen: Was tragen unsere nationalen, europäischen, globalen Institutionen und Administrationen dazu bei, dieser Jahrhundertaufgabe gerecht zu werden? Was muss sich in der deutschen Verwaltung, in der EU, in den Vereinten Nationen, in der Weltbank, im Internationalen Währungsfond, in der Welthandelsorganisation etc. ändern, um den Transformationsauftrag erfüllen zu können?

Daran global und multilateral zu arbeiten, Interessen auszugleichen, sich nicht moralisch zu belehren bei gleichzeitiger Klarheit über die eigenen Normen, das ist das Fundament linker Globalpolitik im Zeitalter der Transformation.

Transformation braucht Vertrauen, Gewaltlosigkeit und Frieden

Das Ziel des lebenswerten Planeten ist so wichtig, dass wir alles tun müssen, um von der Arbeit an dieser Jahrhundertaufgabe alles fernzuhalten, was sie stört:

Kriege und Gewalt binden Kräfte und Finanzen, die wir woanders brauchen. Deutschland als starkes Land in Europa ist auf Freundschaften auf diesem Kontinent angewiesen. Großbritannien hat mit dem Brexit gezeigt, dass es auf sich gestellt abwärts geht für die Menschen. Europa wiederum wird kein Kontinent sein, der durch militärische Stärke seine Probleme löst. Selbstverständlich braucht es eine gute Verteidigung, die jeden abschreckt uns anzugreifen. Aber wir brauchen kein Militär, das Angriffsfähigkeiten hat.

Und wir brauchen endlich neue Wege in eine europäische Sicherheitsarchitektur in der unabänderlichen geographischen Nachbarschaft zu Russland. So fern das heute scheint, die Zeit dafür kommt. Jeden Cent, den wir in den lebenswerten Planeten investieren, ist wichtig. Vertrauensbildende Maßnahmen, Abrüstungsverträge, Nicht-Angriffsfähigkeiten, Ideen für gute Nachbarschaft, all das gehört zurück auf die internationale Agenda. Vorreiter sollte Europa sein, schon im eigenen Interesse.

Und eben weil Europa nicht für sich sein kann, weil es die Nachbarschaft auch zu Afrika hat, dem großen Zukunftskontinent, ist es prädestiniert dafür, auch in dieser Richtung Partnerschaften zu entwickeln, die nicht neokolonial sind, sondern die im gemeinsamen Tun, wie etwa beim Aufbau der afrikanischen Impfstoffherstellung, das Misstrauen abbauen, das sich aufgebaut hat.

Ungleichheit macht Menschen und Gesellschaften zu Gefangenen des Überlebenskamp-

fes. Es macht anfällig für radikale Ideologien. Die Arbeit an der Transformation hat soziale Sicherheit zur Bedingung, nur das öffnet Herz und Verstand der Menschen vor Ort, die als Landwirt*innen, Handwerker*innen, Lokomotivführer*innen Transformation gestalten. Starke Gewerkschaften, gute Bildung und Ausbildung investieren in Menschen, die für ihre Arbeit gute Löhne bekommen, stabile Sozialversicherungen, an denen sich alle beteiligen, all das zahlt ein, auf das Gelingen der Generationenaufgabe lebenswerter Planet.

Zukunft wider rechte Dystopie

Der Rechtspopulismus braucht das Bild von Chaos, Schuldigen, fehlender Wertschätzung und Anerkennung. Das ist der selbstproduzierte Humus, auf dem die rettenden Führer*innen wachsen sollen.

Die politische Linke dagegen setzt auf Zuvorsicht, auf Mut und Gestaltbarkeit, auf den Beitrag aller am Gemeinschaftswerk, auf die Lust zum Experiment, auf die Wertschätzung der Einzelnen im Kollektiv, darauf, dass wir alle selbstwirksam sind, wenn wir uns über die gemeinsamen Ziele im Klaren sind.

Die Krisen wirken überwältigend. Verschwenden wir die Chance für eine linke Globalpolitik aber nicht. Nicht nur die Transformation ist eine Jahrhundertaufgabe der jetzt lebenden Generationen, nein auch, der Mut in die Zukunft wieder politisch zu organisieren. ■

Neu beginnen! Eine Linke des 21. Jahrhunderts gibt es nicht, sie muss noch entstehen

von Klaus Dörre



⇒ Dr. Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Mit-herausgeber der spw.

Foto: © Stella Weiß

Der Start ins Superwahljahr 2024 ist erfolgt und schon das erste Wahlergebnis löst ein Politbeben aus. Trotz leichter Verluste erobert die Sozialdemokratie nach Jahren der Niederlage mit knapp 26 Prozent der Stimmen ihren Platz als stärkste Partei zurück. Nur knapp dahinter triumphiert die linke Konkurrenz, die ihren Stimmenanteil um nahezu 20 Prozent steigern konnte. Gemeinsam mit den Grünen gibt es eine linke Mehrheit von fast 62 Prozent. Wahlverlierer sind die Konservativen, die mit einem Verlust von 16 Prozentpunkten abgeschlagen auf dem dritten Platz landen. Die Rechtspopulisten können zwar leicht zulegen, doch mit weniger als elf Prozent der Stimmen haben sie keinen Einfluss auf politische Mehrheitsbildungen.

Hirngespinnste, Fantasterei, Wunschtraum linker Illusionisten – so oder ähnlich würden die Kommentare lauten, wollte man dieses Wahlergebnis in der Bundesrepublik verorten. Doch diese politischen Kräfteverhältnisse sind Realität. Sie finden sich im österreichischen Salzburg, einer eher konservativen Stadt, die mit ihren Festspielen für international anerkannte Hochkultur steht. Dort hat die zuvor eigentlich scheinotote Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ Plus) einen Erdrutschsieg gefeiert. Angeführt wird sie von ihrem Spitzenkandidaten Kay-Michael Dankl, der aus der grünen Jugend stammt und von dort

in die Partei gewechselt war. Noch wichtiger ist: Das positive Wahlergebnis für die Austro-Kommunisten beruht keineswegs auf bloßer Umverteilung von Stimmen innerhalb des linken Lagers. Ihren Erfolg verdankt die KPÖ Plus in erster Linie der Mobilisierung von Nichtwählern. Sicher haftet dem Wahlergebnis Lokalkolorit an, weshalb sich vorschnelle Verallgemeinerungen verbieten. Die Kräfteverschiebung signalisiert jedoch, dass „linke Politik Mehrheiten erreichen kann“, sofern sie „von gewinnenden Leuten vorgetragen wird“¹. Sie „zeigt zudem, dass soziale Themen wahlentscheidend sind, auch wenn sie neben den rechtspopulistischen Reizthemen medial vernachlässigt werden.“²

Dies zu erwähnen ist wichtig, weil die politische und gesellschaftliche Linke in- und außerhalb Europas derzeit wenig Grund zu Optimismus hat. Wir befinden uns am Ende eines Kampf- und Protestzyklus, der alle linken Formationen dazu zwingt, Ziele und Handlungsstrategien grundlegend zu überdenken.³ Das ist jedoch kein Grund, in Defätismus zu verfallen. Kampfzyklen folgen keiner sozialen Mechanik. Sie korrespondieren mit gesellschaftlichen Krisen und sozioökonomischen Umbrüchen, doch es gibt keine einseitige Determination des politischen Geschehens durch sozioökonomische Verhältnisse.

Dies analytisch zu begründen, war in den 1980er Jahren Anliegen regulationstheoretischer Arbeiten. Sogenannte „Gesetzmäßigkeiten“ kapitalistischer Entwicklung werden real in einer „von sozialen Kräfteverhältnissen

1 Misik, Robert (2024): Die Linke in Österreich: Höflich kommunistisch. In: WOZ. Die Wochenzeitung Nr. 11. <https://www.woz.ch/2411/die-linke-in-oesterreich/hoeflich-kommunistisch/16GF06X02VE4S>

2 Ebd.

3 Sie dazu: Dörre, Klaus (2023): Der ökologische Sozialstaat – ein linkes Zukunftsprojekt. In: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. Heft 257, 04/23, S. 15-22.

und Handlungen gesellschaftlicher Akteure bestimmten Weise zum Ausdruck“ gebracht, argumentierte beispielsweise der marxistische Staatstheoretiker Joachim Hirsch.⁴ Deshalb ist es sinnvoller, von politisch beeinflussbaren sozialen Regelmäßigkeiten kapitalistischer Dynamik anstatt von Gesetzen im strengen Wortsinn zu sprechen. In ihrem seinerzeit einflussreichen Band „Das neue Gesicht des Kapitalismus“, hatte Joachim Hirsch gemeinsam mit seinem Co-Autor Roland Roth für einen radikalen Reformismus plädiert, der – das jedenfalls war die versteckte Botschaft – Abgrenzungskämpfe zwischen reformistischen und revolutionären linken Strömungen überwinden sollte.⁵ An der Relevanz eines radikalen Reformismus hat sich bis heute wenig geändert. Die Inhalte entsprechender Politiken müssen jedoch neu definiert werden, weil der Übergang vom Fordismus zum Postfordismus, wie er seinerzeit thematisiert wurde, längst Geschichte ist.

Der „Politisch-redaktionelle Orientierungsrahmen“ für die spw⁶ beinhaltet den Versuch, eine solche Neubestimmung für die Zeitschrift und ihre Leserschaft zu leisten. Zwei Grundgedanken zeichnen das anregende Papier aus. Erstens, so die Autorinnen und Autoren, müssen sich zeitgenössische Gesellschaften gegen die Auswirkungen einer umfassenden Polykrise wappnen, indem sie resiliente Strukturen ausbilden. Dies kann, zweitens, mit Hilfe progressiver Strukturreformen geschehen, die einem modernen Infrastruktursozialismus entsprechen. Der Vorschlag erinnert an die Grundidee des Projekts „Moderner Sozialismus“, stellt es inhaltlich aber auf neue Füße. Wichtiger Anknüpfungspunkt ist die Ökonomie des Alltagslebens, wie sie beispielsweise vom Foundational Economy Collective in Umrissen skizziert wurde.⁷ Um es vorab zu sagen: Ich halte das für einen überaus fruchtbaren Ansatz, der jedoch praktisch überprüft und theoretisch weiter

ausgearbeitet werden muss. Nachfolgend beschränke ich mich auf zwei Überlegungen. Es geht mir zum einen um die analytische Tragfähigkeit der Polykrisendiagnose, zum anderen um die Zwieschlächtigkeit von Resilienzpostulaten und deren Implikationen für einen zeitgenössischen Sozialismus.

Polykrise – ein tragfähiger Begriff?

Den Begriff der Polykrise hat der Historiker Adam Tooze eingeführt. Er nutzt ihn, um das komplexe Nebeneinander unterschiedlicher Krisenherde nicht nur sichtbar, sondern auch politisch bearbeitbar zu machen.⁸ Der heuristische Wert dieses Krisenkonzepts ist unbestritten. Tooze zählt sicherlich zu den besten Zeitdiagnostikern unserer Tage. Dennoch bezweifle ich, dass die Idee der Polykrise das historisch Neuartige des gegenwärtigen Umbruchs passgenau trifft. Kategorien wie die der multiplen oder Polykrise reflektieren richtigerweise, dass alle gesellschaftlichen Teilsysteme von Umbrüchen erfasst werden. Das regulationstheoretische Konzept der großen Krisen kapitalistischer Akkumulation⁹, das Hirsch und Roth verwendeten, leistet freilich ähnliches. Es ist insofern präziser als der Begriff der Polykrise, weil es qualitative Veränderungen der kapitalistischen Dynamik thematisiert. Große Krisen kapitalistischer Akkumulation resultieren demnach aus der zunehmenden Inkompatibilität von Akkumulationsregimen und Regulationsweisen. Sie sind daher immer Krisen von (Re)Produktionsmodellen, Staatsapparaten, Ideologien, sozialen Regeln und, soweit vorhanden, von demokratischen Institutionen. Es handelt sich, wenn man so will, stets um multiple oder Polykrisen, denn kein gesellschaftliches Funktionssystem, kein soziales Feld bleibt unberührt.

Politisch sind große Krisen kapitalistischer Akkumulation Wegscheidungen. Sie bewirken, dass ein in die Krise geratener alter durch einen neu-

4 Hirsch, Joachim (2001): Weshalb Periodisierung? In: Mario Candeias/Frank Deppe (Hrsg.): Ein neuer Kapitalismus? Hamburg: VSA. S. 41–47, hier: S. 43.

5 Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus, Hamburg: VSA.

6 Vgl. den Beitrag in diesem Heft.

7 Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Berlin: Suhrkamp.

8 Vgl. Tooze, Adam (2022a): Chartbook #130 Definition von Polykrisen - von Krisenbildern zur Krisenmatrix, vom 24. Juni 2022 sowie: Ders. (2022b): Chartbook Nr. 73 vom 21. Januar 22 mit dem Versuch, das komplizierte Muster von Spannungen auf der Weltbühne zu verdeutlichen. Eine anspruchsvolle Krisendiagnose findet sich in: Tooze, Adam (2018): Crashed. Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben. München: Siedler.

9 Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand. Hamburg: VSA, S. 53 ff.

en Modus Operandi kapitalistischer Entwicklung abgelöst wird. Sofern eine Systemtransformation ausbleibt, kommt es, mit Antonio Gramsci gesprochen, zu einer passiven Revolution, zur Revolutionierung des Kapitalismus in den Grenzen kapitalistischer Vergesellschaftung, um auf diese Weise die institutionellen Voraussetzungen für neue Wachstumsschübe zu schaffen. Doch weder das Konzept einer Polykrise noch das einer großen Krise kapitalistischer Akkumulation genügen, um das Besondere des Umbruchs einzufangen, den wir gegenwärtig erleben. Für den Historiker und Soziologen Jason Moore sprechen wichtige Indizien dafür, „dass wir wohl nicht nur einen Übergang von einer Phase des Kapitalismus zu einer anderen erleben, sondern etwas Epochales: den Zusammenbruch jener Strategien und Verhältnisse, die in den letzten fünf Jahrhunderten die Kapitalakkumulation aufrecht erhalten haben“¹⁰. Diese Metakrise ist erst dann überwunden, wenn es gelingen sollte, einen Natur-Gesellschafts-Metabolismus¹¹ zu etablieren, der die Reproduktionsfähigkeit der Netzwerke menschlichen und außermenschlichen Lebens sicherstellt. Misslingt dies, steht das Überleben der Gattung Mensch in ihren uns bekannten Formen auf dem Spiel. Deshalb haben wir es keineswegs „nur“ mit einer großen Krise gesellschaftlicher Akkumulation zu tun. Die ökonomisch-ökologische Zangenkrise der Gegenwart ist etwas anderes. Sie macht sichtbar, dass die Steigerung des Ausbeutungsgrades lebendiger Arbeit seit jeher mit der Aneignung „billiger Naturen“ verbunden war und ist. Akkumulation beinhaltet stets, dass „die Arbeit der Natur in den Wert der Bourgeoisie“¹² umgewandelt wird. Der Einsatz von Produktionstechnologie erhöht die Arbeitsproduktivität „indem sie sich die Fähigkeit besagter Naturen zunutze“ machen, „unentgeltlich zu arbeiten“¹³.

Zangenkrise besagt, dass diese Rechnung immer weniger aufgeht, weil die „Arbeit der Natur“ mehr und mehr an Produktivität verliert. Die zerstörerischen Wirkungen der kapitalistischen Naturaneignung unterminieren die produktiven Wirkungen von Naturkräften. Deshalb werden die Reparaturen, die nötig sind, um den Akkumulationsprozess des Kapitals überhaupt noch aufrecht zu erhalten, immer aufwendiger. Dies führt dazu, dass die durchschnittlichen Steigerungsraten der auf dem Einsatz menschlicher Arbeitskraft beruhenden Produktivität trotz des immensen Technikaufwands immer weiter sinken.¹⁴ Wegen der Vielzahl an Verwerfungen, Krisen, Naturkatastrophen, aber auch aufgrund von Aufrüstung und Krieg werden die Staaten in neuer Weise als Wirtschaftsakteure gefordert. Einerseits wollen die Regierungen die Neuverschuldung begrenzen; sie versuchen daher, wie in Deutschland, an Schuldenbremse und restriktiver Haushaltspolitik festzuhalten. Andererseits sind kostspielige Investitionen nicht nur in die Infrastruktur, sondern zunehmend auch in die industrielle Wertschöpfung und deren soziale Einbettung¹⁵ zwingend nötig, um Nachhaltigkeits- und Dekarbonisierungszielen entsprechen zu können.

Dies vor Augen, geht es bei der Suche nach einem angemessenen Krisenbegriff um sehr viel mehr als um bloße Wortspiele. Im Unterschied zur Polykrise beinhaltet das Konzept der Zangenkrise eine klare Hierarchie der Krisenursachen. Radikaler Veränderungsdruck resultiert in erster Linie aus der Dynamik des ökologischen Gesellschaftskonflikts. Die Bearbeitung der sozialen Frage kann bei denen, die ihren Status Quo bewahren wollen, konservierende Grundhaltungen verstärken, die sich grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen verweigern. Ein kluger Liberaler wie Ralf Dahrendorf hat diese Problematik frühzeitig erkannt. „Marx glaubte“, so Dahrendorf, „die von der Bourgeoisie geprägte Gesellschaft sei die erste, in der die unterdrückte Klasse [...] die herr-

10 Moore, Jason (2019): Kapitalismus im Lebensnetz. Ökologie und die Akkumulation des Kapitals. Berlin: Matthes & Seitz, S. 8.

11 Metabolismus bezeichnet den komplexen biochemischen Austauschprozess, durch den ein Organismus oder eine bestimmte Zelle Material und Energie aus seiner Umgebung bezieht und diese durch verschiedene metabolische Reaktionen in Bausteine des Wachstums verwandelt. Marx verwendet diesen Begriff, um Arbeit als lebenspendenden Prozess zu begreifen, der die Reproduktion natürlicher Lebensgrundlagen einschließt.

12 Ebd., S. 114.

13 Ebd.

14 Gordon, Robert J. (2016): The Rise and Fall of American Growth. The U.S. Standard of Living Since the Civil War. Princeton: Princeton University Press.

15 Zum dis- und re-embedding von Marktbeziehungen: Burawoy, Michael (2003): For a Sociological Marxism: The Complementary Convergence of Antonio Gramsci and Karl Polanyi, in: Politics and Society 31 (2), S. 193–261.

schende Minderheit von ihrem Sockel stoßen könne. In gewisser Weise ist das genaue Gegenteil geschehen [...]. Jedenfalls haben die meisten Lebenschancen entdeckt, von denen ihre Eltern und Großeltern kaum zu träumen wagten. Aber sie sind keineswegs sicher, dass die guten Zeiten für immer andauern werden. So fangen sie an, Grenzen zu ziehen, die einige draußen in der Kälte lassen. Wie frühere herrschende Klassen vor ihnen haben sie alle möglichen Gründe für solche Grenzziehungen; auch sind sie bereit, diejenigen hereinzulassen, die ihre Werte akzeptieren und praktizieren. Überdies argumentieren sie im Brustton der Überzeugung, wenn auch nicht sehr überzeugend, dass es Klassenschranken nicht mehr geben sollte. Sie wollen sie beseitigt sehen; aber sie sind nicht bereit zu tun, was nötig ist, um sie zu beseitigen. Die fehlende Phantasie einer Klasse, die in der Angebotswelt lebt und daher die Anrechtsforderungen anderer nicht erkennt, verbindet sich mit dem Interesse an der Sicherung der eigenen Position.¹⁶

Resilienz durch Infrastruktursozialismus – eine sinnvolle Zielsetzung?

Diese Zeilen, die Mitte der 1990er Jahre geschrieben wurden, haben reale Entwicklungen vorweggenommen. Teile vor allem der männlichen Industriearbeiterschaft verteidigen ihren sozialen Status, indem sie Parteien der radikalen Rechten als Vehikel ihres Unmuts nutzen.¹⁷ Der Resilienzgedanke will diesem Phänomen Rechnung tragen, indem er Sicherheit in einer Periode beschleunigten sozialen Wandels verspricht. Dieses Anliegen enthält etwas Richtiges. Während der globalen Finanzkrise von 2007 bis 2009 haben sich ausgerechnet diejenigen Länder als robust und krisenfest erwiesen, in denen die Grundfesten des Wohlfahrtsstaates einigermaßen erhalten geblieben sind. Ähnliches zeigte sich während der Corona-Pandemie und der durch sie bedingten weltwirtschaftlichen Rezession.

Doch das ist nur die eine Seite durchaus zwieschlächtiger Resilienzpostulate. Ihre andere, problematische Seite legt nahe, sich gegen die Folgen unvermeidbarer Krisen und Katastrophen bestmöglich zu wappnen, ohne deren Ursachen wirklich anzugehen.¹⁸ Der Klimawandel ist das beste Beispiel. Wenn das 1,5-Grad-Erderhitzungsziel, das die Pariser Klimakonferenz fixierte, außer Reichweite gerät, geht es zunächst einmal darum, die Folgen von Wetterextremen, Dürren, Wassermangel, Starkregen, Hitzewellen, Gletscherschmelze, steigendem Meeresspiegel etc. einigermaßen abzufedern. Derartige Vorsorge kann jedoch bewirken, dass die wichtigsten Ursachen des Klimawandels – das Verbrennen fossiler Brennstoffe, der damit verbundenen Emissionsausstoß und deren Wurzeln im expansiven kapitalistischen Besitz – politisch de-thematisiert werden. Krisen gelten dann als unvermeidlich, sie werden als ein Schicksal erlebt, dem man letztendlich nicht zu entrinnen vermag. Sie kommen und gehen, darin ähnlich der Nacht, die unvermeidlich auf den Tag folgt.

Selbstverständlich möchten die Autorinnen und Autoren des „Orientierungsrahmens“ Krisenfatalismus vermeiden. Deshalb plädieren sie für einen Infrastruktursozialismus, der den gesellschaftlichen Status Quo in Frage stellt. Auf genossenschaftliches oder kommunales Eigentum gegründet, über eine gerechte, rückverteilende Steuerpolitik finanziert und mit ausgebauten öffentlichen sozialen Diensten kombiniert, wäre ein moderner Infrastruktursozialismus tatsächlich geeignet, allen Bürgerinnen und Bürgern ein besseres, sorgenfreieres Leben zu ermöglichen. Infrastruktursozialismus steht für Politiken, die mit der Ökonomie der billigen Güter, mit Naturzerstörung, fortschreitender Ungleichheit und der Abwertung reproduktiver Tätigkeiten brechen. Er impliziert, dass jene Produktionsweisen, Institutionen, Arbeits- und Lebensweisen, die den Alltag der Menschen überhaupt erst gewährleisten, in besonderer Weise zu schützen sind. Diese Bereiche sollen so weit wie möglich von privaten

16 Dahrendorf, Ralf (1994): Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit. München: Deutscher Taschenbuchverlag, S. 227 f.

17 Dörre, Klaus/Liebig, Steffen/Lucht, Kim/Sittel, Johanna (2024): Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie, in: Berliner Journal für Soziologie, Heft 1/24, S. 9-46. <https://doi.org/10.1007/s11609-023-00514-z>

18 Eine ausgezeichnete Kritik von Resilienzpostulaten findet sich in: Graefe, Stefanie (2019): Resilienz im Krisenkapitalismus. Wider das Lob der Anpassungsfähigkeit. Bielefeld: transcript.

Gewinninteressen und Konkurrenzmechanismen entkoppelt werden.

Dabei geht es um weit mehr als um staatliche Gelder für Straßen, Kliniken, Kitas und schnelles Internet. Infrastruktursozialismus zielt auf eine Stärkung demokratisch-zivilgesellschaftlicher Macht – einer Macht, die Menschen für kooperative, freiwillige kollektive Aktionen verschiedenster Art mobilisiert. Es handelt sich demnach um ein graduelles Konzept, das die Allokation von Ressourcen sowie die Kontrolle über die Produktion und Distribution der erzeugten Güter zivilgesellschaftlichen Akteuren überantwortet und alles stärkt, was der eigentlichen Lebensproduktion und Daseinsvorsorge dient.¹⁹ Die Aufwertung und Rückgewinnung öffentlichen Eigentums in der Produktion lebenswichtiger Güter – vom Impfstoff bis zu (Weiter-)Bildung und Mobilität – ist für ihn unverzichtbar.

Ein Infrastruktursozialismus, der autoritäre Fehlentwicklungen vermeiden will, darf aber nicht als bloße Erweiterung eingeschliffener Pfade wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung fehlinterpretiert werden.²⁰ Es geht, wie etwa Oliver Prausmüller und Reinhard Plank anschaulich herausgearbeitet haben, um einen radikalen Umbau auch der kontinentaleuropäischen Wirtschafts- und Sozialmodelle.²¹ Um es zuzuspitzen zu formulieren: Mit einem etwas höheren Mindestlohn, einem Bürgergeld und selbst mit einer Kindergrundsicherung und einem Klimageld, so sie denn überhaupt kommen, ist es nicht getan. Die Frage, welche gesellschaftlichen Risiken wie abgesichert werden sollen, muss in einem sehr grundsätzlichen Sinne neu beantwortet werden. Dies in Rechnung gestellt, wäre es ein Irrtum zu glauben, Infrastruktursozialismus hieße für die Linke, „kleine Brötchen“ zu backen.²² Das Gegenteil ist richtig. Infrastruk-

tursozialismus läuft auf eine Neugewichtung wirtschaftlicher Kernsektoren hinaus. Konkret bedeutet das eine Schrumpfung der Rentenökonomie (Finanzindustrie), einen grundlegenden Umbau des industriellen Exportsektors, aber auch die Stärkung der Nahversorgung sowie der auf unmittelbare oder erweiterte Daseinsvorsorge zielenden Bereiche.

Dieser Umbau schafft und erfordert jede Menge Arbeit. Ziel muss die Umstellung auf eine Produktion von langlebigen, mehrfach nutzbaren Gütern und nachhaltig erzeugten Dienstleistungen sein. Eine ressourcenschonende, emissionsfreie Qualitätsproduktion liefe darauf hinaus, dass insgesamt weniger, dafür aber qualitativ hochwertiger produziert und konsumiert würde. Entsprechende Weichenstellungen sind ohne einen Bruch mit Produktionsabläufen, die primär von Märkten und Konsumenten her konzipiert werden, nicht vorstellbar. Der Übergang zu einer nachhaltigen Qualitätsproduktion kann zudem nur gelingen, wenn die Erzeugnisse einer solchen Produktionsweise trotz teilweise höherer Preise auch noch von den untersten Einkommensgruppen gekauft und verbraucht werden können. Ökologische Austeritätspostulate, sprich: Verzichtsempfehlungen an die unteren Klassen, wären für eine solche Politik geradezu kontraproduktiv.

Neu beginnen – mit Salzburg im Blick

Deshalb ist Infrastruktursozialismus weit mehr als eine bloße Addition systemimmanenter „Reförmchen“. Ohne Beseitigung der kontraproduktiven Schuldenbremse werden seine Befürworter und Befürworterinnen kaum vorankommen. Damit ist bereits angesprochen, was dem „Orientierungsrahmen“ fehlt – ein realistisches Bild von sozialen Konflikten und Machtkämpfen, die nötig sein werden, um die derzeitige politische Schiefelage auch nur ein wenig zu korrigieren. Womit wir wieder bei jenem Widerspruch wären, der derzeit alle linken Debatten prägt. Einerseits zwingen die krisenhaften Verwerfungen zu grundlegend neuen Weichenstellungen, die in kürzester Zeit erfolgen müssen. Andererseits lassen die anhaltende Schwäche der Linken und der zeitgleiche

19 Wright, Erik Olin (2010): *Envisioning real utopias*. London/New York: Verso.

20 Vgl. Urban, Hans-Jürgen (2024): Das Ende eines Erfolgsmodells. Der fossile Wohlfahrtsstaatskapitalismus und die Gewerkschaften, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3/2024, S. 94-104.

21 Plank, Leonhard/Prausmüller, Oliver (2020): Ist die Zukunft Öffentlich? *Makroskop*, 8. Jg., Nr. 48. Vgl. auch: Prausmüller, Oliver (2023): „Investment Screenings“ in der Permakrise. Grenzen und Widersprüche des geökonomisierten Staatsinterventionismus, in: *Kurswechsel* 3/2023, S. 26 – 38.

22 Streeck, Wolfgang (2019): Vorwort zur deutschen Ausgabe. In: *Die Ökonomie des Alltagslebens*. Berlin: Suhrkamp, S. 7–20.

Rechtsruck progressive gesellschaftliche Veränderungen kaum zu. Was also tun?

Das Salzburger Beispiel bietet immerhin einen Fingerzeig.²³ Zunächst gilt es, politische Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Die jungen KPÖ-Politikerinnen und Politiker nutzen das sperrige Wort Infrastruktursozialismus²⁴ nicht, doch aus der Fülle an Strukturproblemen wählen sie das jeweils brennendste aus. Das ist gegenwärtig die Wohnungsfrage, die sie zum zentralen politischen Thema machen. Selbstverständlich bearbeiten sie das gesamte Spektrum an politisch relevanten Krisenphänomenen – im Diskurs und im Rahmen geeigneter Veranstaltungen. Dabei folgen sie dem Grundsatz, das Gemeinsame nach vorne und das Trennende hinten an zu stellen. Glaubwürdig sind sie auch, weil sie anders agieren als konventionelle Politiker. Die KPÖ-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier akzeptieren eine Gehaltsobergrenze von etwa 2.300 Euro, der verbleibende, durchaus beträchtliche Überschuss fließt in einen Sozialfonds, dessen Mittel im Rahmen von Sozialsprechstunden an Bedürftige vergeben werden, um so Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen.

Viele der neu ins Parlament eingezogenen KPÖler bleiben auf Teilzeitbasis im Beruf. Reine Politprofis wollen sie nicht werden, Karrierismus lehnen sie ab. Regierungämter streben sie nur an, wenn sich, wie in Graz, wo die Partei die Bürgermeisterin stellt, wirklich etwas zum Guten verändern lässt. Faule Kompromisse lehnen sie ab. Ihr Hauptgegner ist die konservative ÖVP, die sich inhaltlich nur noch graduell von den Rechtspopulisten unterscheidet. Grüne und Sozialdemokraten sind politische Konkurrenten, doch man begegnet ihnen ohne Häme. Der gesamte Politikansatz der KPÖ Plus zielt darauf ab, die soziale Basis für progressive Reformen zu erweitern. Man setzt auf politische Polarisierung innerhalb des im weitesten Sinne demokratischen Spektrums. Dies hat dazu ge-

führt, dass der sozialdemokratische Bürgermeisterkandidat die Stichwahl mit deutlichem Abstand gegen seinen kommunistischen Herausforderer gewonnen hat. Dies aber nur, weil Konservative und Freiheitliche ihn als „kleineres Übel“ betrachteten. Während die Konkurrenz um das politische Spitzenamt innerhalb des linken Spektrums verbleibt, wird die rechtspopulistische FPÖ in der Stadt zu einer Fußnote, die gegenwärtig keiner gesteigerten Aufmerksamkeit bedarf. Von solchen Verhältnissen ist die bundesdeutsche Linke in all ihren Schattierungen meilenweit entfernt. Will sie das ändern, muss sie schleunigst lernen, was im Umfeld der KPÖ Plus selbstverständlich ist. Der noch immer sehr kleine Kreis von Aktiven achtet mit Argusaugen darauf, dass untereinander ein solidarischer Umgang gepflegt wird. Die Genossinnen und Genossen kennen und mögen sich. Sie arbeiten gern zusammen. Sich und anderen das Leben ein wenig besser zu machen, verleiht ihrem Engagement auch subjektiv Sinn. Das klingt banal, ist aber ein kaum zu überschätzender Faktor, der das anstrengende Engagement persönlich überaus attraktiv macht.

Man sollte die Beispiele aus Salzburg und Graz nicht überhöhen. Die KPÖ-Plus-Politikerinnen und Politiker selbst verbitten sich jeglichen Hype. Dennoch macht gerade der Salzburger Fall deutlich, woran es nicht nur der deutschen Linken fehlt. Unter dem Druck von Krisen und rechtsradikalen Anfeindungen kommt es auf Basales, auf solidarische Umgangsformen und authentische, fachkompetente Persönlichkeiten an. Dieses elementar wichtige Thema, die Herausbildung von organisatorischen Strukturen, die solidarisches Handeln stützen, wird im „Orientierungsrahmen“ nicht angesprochen. Das ist schade, denn ausschließlich „von oben“ initiiert, wird die Neuerfindung der Linken nicht gelingen. Schon deshalb ist ein Blick nach Österreich lohnenswert – und zwar für das gesamte linke Farbenspektrum von Knallrot über Rosa und Violett bis Tiefgrün. ■

²³ Die Ausführungen beruhen auf einer noch unveröffentlichten Studie zur KPÖ Plus in Salzburg und Graz, die ich gemeinsam mit Studierenden durchgeführt habe.

²⁴ Ich spreche deshalb lieber von einem nachhaltigen Sozialismus. Vgl. zuletzt: Dörre, Klaus (2024): Rethinking Socialism. Compass for a Sustainability Revolution. Cheltenham: Edward Elgar.

Generationengerechtigkeit mit Schuldenbremse?

von Wiebke Esdar



☞ Die Bielefelderin Dr. **Wiebke Esdar** ist Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags. In einer kürzlich eingesetzten Steuerungsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion arbeitet sie an einer Reform der Schuldenbremse und der Ermöglichung von Zukunftsinvestitionen.

Foto: © Pat Röhring

Die Notwendigkeit der digitalen und industriellen Transformation, der verstärkte Einsatz für den Klimaschutz, die dringend notwendige Stärkung und Modernisierung unseres Bildungssystems, der Ausbau einer zukunftsgerichteten Infrastruktur und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben zum Wohle der Beschäftigten in einer sich zeitgleich wandelnden Welt – wenn all das unbestritten ist, dann muss es finanziert werden. Hinzu kommen die Auswirkungen des andauernden russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Neben der humanitären, militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung der Ukraine war und ist die Abfederung der gestiegenen Energiepreise ebenso richtig wie die Aufnahme und Versorgung der aus der Ukraine geflohenen Menschen. Der durch den barbarischen Überfall der Hamas auf Israel entbrannte Krieg in Gaza schafft neue humanitäre, wirtschaftliche sowie geopolitische Herausforderungen, deren Dimension und Folgen bisher nicht vollständig abzusehen sind. Nicht zu vergessen, die Wucht, mit der uns Corona vor gerade einmal vier Jahren traf, deren Belastung und Auswirkungen uns im Gesundheitssystem, in vielen Unternehmen, im Bildungssystem und vielen Erkrankten auch ganz persönlich noch ‚in den Knochen steckt‘. Corona hat uns gezeigt, wie notwendig ein starker Staat mit resilienter Daseinsvorsorge ist. Wir brauchen bis heute mehr bildungspolitische Initiativen zum ‚Aufholen nach Corona‘, mehr Gesundheitsforschung – von Long-Covid bis zum Schutz vor zu-

künftigen Pandemien –, mehr Psychotherapie aufgrund von nicht zu unterschätzenden Spätfolgen, mehr Medikamentenautonomie, mehr Lagerkapazitäten gegen fragile Lieferketten...

All das sind Generationenaufgaben. Der Anspruch linker Politik muss sein, sie staatlich zu gestalten. Und zwar so, dass sie nicht nur in der Gegenwart, sondern auch für kommende Generationen Bestand haben. Und es bleibt das immerwährende Ziel, auch dabei unsere Gesellschaft gerechter zu machen.

Generationengerechtigkeit heißt Investitionen, wir haben kein Problem mit zu hoher Staatsverschuldung!

Zu oft wurde der Begriff Generationengerechtigkeit missbraucht, um den Sozialstaat zu schwächen. Wir brauchen eine Richtigestellung des Begriffs: Generationengerechtigkeit bemisst sich gerade nicht vornehmlich in Schulden oder an einer schwarzen Null. Wir vererben unseren Kindern nicht in erster Linie einen Kontostand, sondern ein Land mit Infrastruktur und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Darum ist Generationengerechtigkeit eine Frage der Verteilungs- und Chancengerechtigkeit. Wir sind heute in der Pflicht, zukünftigen Generationen gerechte Chancen auf ein Leben in Wohlstand und Frieden zu schaffen. Daraus leitet sich ab, dass wir heute die Aufgabe haben, ein gutes Bildungssystem, eine starke Wirtschaft und eine funktionierende Infrastruktur für alle zu schaffen. Die letzten Jahre haben zudem gezeigt, wie wichtig es ist, große Krisen abzusichern: Wir müssen klimaneutral werden, um zukünftigen Naturkatastrophen etwas entgegenzusetzen, wir müssen unser Gesundheitssystem für weitere Pandemien wappnen und wir müssen vor Krieg schützen und Frieden sichern. All das zu vernachlässigen, damit der Kontostand glänzt, wäre fahrlässig. Die Frage der Generationengerechtigkeit lautet: Wie gerecht sind die Chancen auf ein gutes Leben für alle – zwischen und innerhalb der Generationen – verteilt. Es geht um die Chancen auf ein gutes Leben für alle Gene-

rationen, heute und morgen. Gerade die Sozialdemokratie darf nicht zulassen, dass Alt gegen Jung ausgespielt wird!

Vor über 14 Jahren wurde die derzeit gültige Schuldenbremse im Grundgesetz verankert. Das Bundesverfassungsgericht hat sich für sein Urteil vom 15. November 2023 erstmalig damit befasst, wie die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse anzuwenden und auszulegen ist. Insbesondere wurde festgestellt, dass Notlagenkredite einer strikten Jährlichkeit, Jährigkeit und Fälligkeit unterliegen. Das heißt konkret: Eine Übertragung von Notkrediten auf folgende Haushaltsjahre ist nicht rechtskonform. Notlagenkredite müssen nunmehr im selben Jahr des Beschlusses und der Kreditaufnahme verbraucht werden. Der Klima- und Transformationsfonds (KTF) wurde als nicht rechtmäßige Kreditermächtigung eingestuft. Zusammengefasst lässt sich konstatieren: Diese engere Auslegung der Schuldenbremse führt zu weniger Möglichkeiten, Investitionen schuldenbasiert zu finanzieren als die aktuelle, wie sie auch vorherige Bundesregierungen genutzt haben. Das engt den aktuellen Gestaltungsspielraum der Bundesregierung und des Bundestages als Haushaltsgesetzgeber ein. Neue Lösungen müssen her. Darüber werden öffentliche und wissenschaftliche Debatten geführt, aber am Ende wird darüber politisch zu entscheiden sein.

In dieser Debatte warnen vor allem konservative und neoliberale Politikerinnen und Politiker vor zu hohen Schulden. Wie hoch aber sind denn unsere Schulden heute? Um die Höhe der Schulden zu bemessen, greifen Ökonomen, etwa die sogenannten Wirtschaftsweisen, auf die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote zurück. Diese Quote setzt die Schulden ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BiP). Derzeit liegt dieser Wert bei 64,4 Prozent (Prognose des Sachverständigenrates der Bundesregierung für 2023). Ist dieser Wert niedrig? Hoch? Zu hoch? – Um das einzuordnen, bieten sich zwei Vergleichsebenen an: Ein internationaler Vergleich mit anderen Ländern und einer, der die Entwicklung im Laufe der Zeit betrachtet.

Im internationalen Vergleich lässt sich feststellen, dass unter den wirtschaftsstärksten

Ländern, den G7, Deutschland den mit großem Abstand niedrigsten Schuldenstand hat. Auf „Platz 2“ folgt Großbritannien mit einer Schuldenquote von 104 Prozent, dahinter Kanada (106 Prozent), Frankreich (110 Prozent), die USA (123 Prozent) und Italien (144 Prozent). „Spitzenreiter“ ist Japan mit 255 Prozent Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP (Quelle IMK). Einschränkungen der wirtschaftlichen Entwicklung aufgrund ihrer Schuldenquote sind mir insbesondere bei unseren europäischen Nachbarn nicht bekannt. Mit dem Inflation Reduction Act zeigt die amerikanische Regierung, dass es auch bei einem wesentlich höheren Schuldenstand möglich ist, mit einem massiven staatlichen Investitionsprogramm auf die aktuellen Transformationsherausforderungen zu reagieren. Trotz mehrfacher schwerer Krisen der letzten Jahre stehen wir im internationalen Vergleich also gut da.

Wie sieht es im Zeitverlauf aus? Aufgrund der Finanzkrise stieg die Staatsschuldenquote Deutschlands im Jahr 2010 auf den historischen Höchstwert von 82,4 Prozent an. Daraufhin wurde im Jahr 2011 die Schuldenbremse eingeführt und die Staatsverschuldung ging seitdem kontinuierlich und signifikant zurück. Mit Ausnahme eines weiteren Krisenzeitraums: Durch die umfangreichen Corona-Hilfen (Kurzarbeitergeld, November- und Soforthilfen u.v.m.) stieg unsere Schuldenquote in den Jahren 2019 bis 2021 von 59,8 Prozent auf 71,4 Prozent des BIP an. Seitdem sinkt sie wieder. Die Zahlen lassen erkennen, dass – auch im internationalen Vergleich – zu keinem Zeitpunkt in den vergangenen Jahren eine Überschuldung drohte oder gar unmittelbar bevorstand.

Somit lässt sich zusammenfassend feststellen: Deutschlands Staatshaushalt hat – im internationalen wie im historischen Vergleich – kein Schuldenproblem. Unsere aktuellen (wirtschafts-)politischen Herausforderungen liegen in sinkenden Investitionen und unsere (gesellschafts-)politischen Herausforderungen liegen in einer maroden Infrastruktur, die bei vielen Menschen das Ansehen und Vertrauen in einen funktionierenden Staat bedrohen oder bereits haben schwinden lassen. Meinungsumfragen lassen erkennen, wie sehr das inzwischen zu

einer Bedrohung für unsere Demokratie geworden ist – dort, wo Menschen den Staat als nicht mehr funktionierend, nicht zuverlässig wahrnehmen, sind sie eher bereit, rechtspopulistisch zu wählen.

Nachdem wir festgehalten haben, dass im internationalen Vergleich aktuell kein Schuldenproblem zu erkennen ist, stellt sich dennoch die Frage, welche Ausgaben eines Staates (Sozialleistungen, Bildungsausgaben, Mittel für Verteidigung und Sicherheit, Transformationsausgaben einer gestaltenden Wirtschaftspolitik...) wollen wir wie finanzieren? Wie blicken wir auf Schulden, die der Staat nutzt, um Vorhaben zu finanzieren?

Schulden sind nicht per se gut. Sie sind aber vor allem nicht per se schlecht. Sie müssen so eingesetzt werden, dass sie volkswirtschaftlich sinnvoll sind. Die schwäbische Hausfrau und ihr Spardogma sind selbst für Privathaushalte unzutreffend. Auch ein Privathaushalt tut gut daran, eine langfristige Investition wie z. B. eine Immobilie mit einem Kredit zu finanzieren. Für eine Volkswirtschaft ist der Verzicht auf kreditfinanzierte Investitionen in die Zukunft langfristig verheerend. Die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form ist darum ein Relikt vergangener Zeit. In den Artikeln 109 und 115 des Grundgesetzes geregelt, sieht sie vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichen werden. Die jährliche Kreditaufnahme des Bundes ist eingeschränkt: das Limit liegt bei 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Lediglich über die Konjunkturkomponente und für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, sieht die Verschuldungsregel Ausnahmen vor, in denen die Kreditaufnahme ausnahmsweise höher ausfallen darf. Es ist offensichtlich, dass diese geltenden, zu starren Regeln ein Wohlstandsrisiko für jetzige und kommende Generationen sind, weil sie nicht genügend Spielräume für starke Zukunftsinvestitionen ermöglichen. Bisher unterscheidet der Gesetzgeber hier auch nicht wofür die Mittel verwandt werden – etwa zwischen investiven und anderen Ausgaben.

Wie können wir diesen Investitionsspielraum für die Zukunftsausgaben aber schaffen? Dazu werden neben der ebenfalls dringend notwendigen Verbesserung der Einnahmesituation des Staates, worauf hier aber nicht eingegangen werden soll, derzeit grob zwei mögliche Wege diskutiert: einerseits die Reform der Schuldenbremse an sich, die aber aufgrund ihrer beschriebenen Verankerung in der Verfassung eine Zweidrittelmehrheit für Änderungen voraussetzt. Und andererseits – sollte eine Grundgesetzänderung absehbar nicht politisch durchsetzbar sein – werden Alternativen für die Kreditaufnahme und Investitionstätigkeit diskutiert, etwa über staatseigene Unternehmen oder auch über Investitionsfonds.

Dabei reichen die Reformvorschläge für die Schuldenbremse mit Verweis auf die dann immer noch geltenden EU-Schuldenregeln von der kompletten Streichung aus der Verfassung, über die leichte bis starke Modifizierung der bestehenden Schuldenregel. So hat das Dezernat Zukunft im Sommer 2021 beispielsweise einen Vorschlag zur Anpassung der Konjunkturkomponente der Schuldenbremse gemacht. Der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWK) empfahl Ende 2023 die Weiterentwicklung der Schuldenbremse hin zu einer Goldenen Regel Plus, wonach öffentliche Nettoinvestitionen, die schuldenfinanziert sind, nicht auf die maximale Nettokreditaufnahme der Schuldenbremse angerechnet werden, wenn deren investiver Charakter durch eine unabhängige Institution bestätigt wird. Und zu Beginn dieses Jahres setzte sich der Sachverständigenrat der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – kurz die Wirtschaftsweisen – an die Spitze der Debatte, indem die Schuldenbremse gleich an drei Stellen angepasst werden soll. Erstens solle eine Übergangsphase nach einer Notlage geschaffen werden, in der die Neuverschuldung schrittweise auf die Regelgrenze reduziert werde. Zweitens fordern die Wirtschaftsweisen eine flexiblere und höhere Verschuldungsgrenze. Statt einer starren Vorgabe, soll die Defizitgrenze zukünftig nach der Höhe des Gesamtschuldenstandes gestaffelt werden. Bei einer Schuldenquote unter 60 Prozent, sollen die Defizitgrenze künftig bei 1 Prozent, bei

einer Quote zwischen 60 und 90 Prozent soll sie bei 0,5 Prozent vorgesehen sein, und bei einer Quote über 90 Prozent soll erst die bisherige Grenze von 0,35 Prozent gelten. Und schließlich drittens schlägt der Sachverständigenrat ebenfalls eine Überarbeitung der Konjunkturkomponente vor, so dass der konjunkturelle Bedarf besser abgebildet werden kann. Ganz pragmatisch werden die Reformvorschläge der Schuldenbremse mit Blick auf die Umsetzung nach denen differenziert wird, welche einer einfachen Mehrheit welche einer Zweidrittelmehrheit bedürfen.

Als Ergänzung zu den Vorschlägen einer Reform der Schuldenbremse kursieren derzeit weitere Vorschläge, die die Notwendigkeit zusätzlicher Finanzbedarfe für Investitionen erkannt haben: Zum einen wäre da beispielsweise der Vorschlag von Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), der einen gesamtstaatlichen Transformations- und Infrastrukturfonds fordert, ausgestattet mit einer eigenen Kreditermächtigung, analog zur Grundgesetz-Lösung für das Sondervermögen Bundeswehr. Zum anderen schlagen sowohl Wissenschaftlicher Beirat des BMWK als auch ähnlich das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) sogenannte „Investitionsfördergesellschaften“ bzw. „Öffentliche Investitionsgesellschaften“ vor, um notwendige staatliche Investitionen über Kredite zu finanzieren. Um mit dem Grundgesetz und der Schuldenbremse kompatibel zu sein, müssen solche Gesellschaften laut IMK rechtlich unabhängig sein und eine konkrete Sachaufgabe verfolgen, beispielsweise selbst Planung und Bau von Infrastruktur vorsehen.

Die SPD hat auf ihrem Bundesparteitag Ende 2023 in ihrem Leitantrag festgehalten, dass „allein bis 2030“ jedes Jahr „gut 100 Milliarden Euro“ zusätzlich investiert werden müssen, um Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung voranzutreiben. Das Geld dafür soll neben der Reform der Schuldenbremse und Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer für Multimillionär*innen auch aus der Privatwirtschaft kommen. Über einen „Deutschlandfonds“ sollen Staat und private Investoren gemeinsam in Zukunftsprojekte investieren und dafür die

nötigen Rahmenbedingungen schaffen, um als „strategischer Investor“ zu agieren. Ein interessanter Ansatz, wenn man bedenkt, dass in den vergangenen Jahren ein Staatsfonds aus Singapur in BioNTech investieren musste, weil in Deutschland für diese Form der Innovation kein ausreichendes staatliches Kapital zur Verfügung stand.

Damit befinden wir uns inmitten der Debatte darüber, was ein Staat privatisieren darf, wo er trotz privat getragener Finanzierungsstrukturen die Governance nicht aus der Hand geben darf und am Ende auch in der Debatte darüber, was diese Modelle am Ende die Gesellschaft kosten. Ein Privatisieren der Gewinne und Vergesellschaften der Verluste darf es nicht geben. Dringender Handlungsbedarf, schwierige Koalitionskonstellation – dafür kann ein Deutschlandfonds, den die SPD-Fraktion bereits in die Haushaltsverhandlungen 2025 einbringen will, eine Lösung sein.

Diese umfassenden und breit getragenen Vorschläge zeigen einerseits auf, dass Bundesfinanzminister Christian Lindner mit seiner ablehnenden Haltung zur Reformbedürftigkeit der Schuldenbremse und dem Negieren großer Investitionsbedarfe mittlerweile ziemlich allein auf weiter Flur steht. Und andererseits braucht es aufgrund des dringenden Handlungsbedarfes sowohl ampel-konsensfähige kurzfristige Lösungen wie auch große Reformvorschläge, die sich trauen, die Verfassung zu ändern. Linke Politik muss eine wirksame Reform der Schuldenbremse verfolgen, sollte sich aber realistisch darauf einstellen, dass eine Grundgesetzänderung mit Zweidrittelmehrheit eher Marathonlauf denn Sprint werden wird.

Die von allem wichtigste und vordringlichste Aufgabe der Sozialdemokratie und linker Politik ist es darum, nun gesellschaftliche Mehrheiten für eine progressive, Investitionspolitik zu gewinnen, damit diese sich dann in parlamentarischen Mehrheiten wiederfinden und im Sinne der Generationengerechtigkeit umgesetzt werden kann. ■

Vom Umbruch zum Aufbruch

von Philipp Türmer



☞ Philipp Türmer ist Bundesvorsitzender der Jusos.

Foto: © Jusos

Seit 2005 führt die SPD erstmalig wieder eine Regierung an und stellt damit einhergehend den Bundeskanzler. Mit der Ampelkoalition war das Fortschrittsversprechen verbunden, das Land aus der politischen Lähmung als Folge von sechzehn Jahren CDU-geführter Regierungen zu befreien. Dieser weitgehende Anspruch der ersten rot-grün-gelben Koalition auf Bundesebene wurde mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine vom plötzlich notwendig gewordenen Management neu aufkommender internationaler Krisen und den Auswirkungen der Rekordinflation überlagert. Spätestens mit den Verhandlungen über den Bundeshaushalt 2024 und der Entscheidung der Bundesregierung, die Schuldenbremse nicht erneut auszusetzen, wurde der politische Alltag zunehmend überschattet von internen Streitigkeiten. Höhepunkte waren dabei zweifellos die Auseinandersetzungen um die Kürzungen in Folge des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Schuldenbremse vom November 2023.

Die geringe Beliebtheit der Ampel geht dabei insbesondere zulasten von SPD und FDP. Die Grünen können sich im Verhältnis zum eigenen Bundestagswahlergebnis von 2021 einigermaßen stabil halten. Auf Rekordniveau bewegt sich hingegen die AfD. Die Bevölkerung schaut zunehmend pessimistisch auf die eigene Zukunft. Seit 2019 gab es kein signifikantes Wirtschaftswachstum und die Reallöhne sind trotz zuletzt einzelner mutmachender Tarifabschlüs-

se im gleichen Zeitraum um mehr als 5 Prozent gesunken.

Will die Sozialdemokratie verhindern, dass es nach der nächsten Bundestagswahl erneut zu einer CDU-geführten Regierung kommt, muss es ihr gelingen, eine eigene Vision zu entwerfen. Eine Vision, in der die Sozialdemokratie: erstens die sozialen Probleme weiter Teile der Bevölkerung erfolgreich adressiert und zweitens das sozialdemokratische Aufstiegsversprechen durch Arbeit und Bildung erneuert wird. Der Glaube hieran ist dem Großteil der Bevölkerung über die letzten Jahre allmählich verloren gegangen.

Die Schuldenbremse muss weg

Die schwedische Alternative-Rock-Band „The Hives“ hat 2000 einen Song mit dem Titel „Hate to say I told you so“ veröffentlicht. Dieser Song spielt regelmäßig in meinem Kopf, wenn der*die nächste Ökonom*in oder das nächste Wirtschaftsforschungsinstitut seine Meinung zur Schuldenbremse ändert und sich der Economist wieder einmal darüber auslässt, welcher ökonomischer Irrglaube doch die strikten Budgetrestriktionen sind, die wir uns in Deutschland selbst auferlegt haben. Die deutsche Volkswirtschaft leidet bereits seit Jahren unter einer erheblichen Investitionsschwäche im privaten wie auch im öffentlichen Sektor. Die IG-Metall schätzt die Investitionsbedarfe zur Transformation des industriellen Sektors bis 2030 auf 500 bis 600 Milliarden Euro. Um die über Jahre kaputt gesparte kommunale Infrastruktur zu erneuern, schätzt das Deutsche Institut für Urbanistik den Bedarf im gleichen Zeitraum auf 372 Milliarden Euro. Über Jahre wurden unter dem Regime der Schuldenbremse notwendige Investitionen verschlafen. Der Investitionsstau, der sich dadurch ergeben hat, ist so gewaltig, dass dieser unmöglich anders als durch eine Abschaffung der Schuldenbremse bewältigt werden kann.

Eine alleinige Reform der Konjunkturkomponente, wie sie zuletzt sogar von Christian Lindner ins Spiel gebracht wurde, wird ebenso wenig ausreichen wie die zuletzt vom Sachverständigenrat vorgeschlagene moderate Erhöhung der Defizitgrenzen. Die Schuldenbremse steht der notwendigen Handlungsfähigkeit des Staates insbesondere in Zeiten der Transformation entgegen. Sie ist ein in Verfassung gegossenes Misstrauensvotum der Neoliberalen gegen eine Politik, die den Anspruch hat, Transformationsprozesse aktiv zu gestalten, statt sie der Anarchie des Marktes zu überlassen. In Kombination mit einer politischen Agenda, die Steuern für die Reichen und Vermögenden ausschließt, wird sie zudem zu einem Instrument der Sozialkürzungen, weil nur noch dadurch Potenziale in öffentlichen Haushalten aufgetan werden können.

Sogar eine Studie der Bertelsmann Stiftung hat kürzlich belegt, dass, wenn der Zusammenhang zwischen mangelhafter Daseinsvorsorge und geringen öffentlichen Investitionen deutlich gemacht wird, eine breite Mehrheit über alle Milieus hinweg die Abschaffung der starren Schuldenregeln befürwortet. Dieser Zusammenhang muss von sozialdemokratischer Politik viel stärker und offensiver hergestellt werden und eine Abschaffung der Schuldenbremse klare Forderung für die nächste Bundestagswahl sein.

Angesichts der gesellschaftlichen Verwerfungen, die bereits die kurzfristig notwendig gewordenen Kürzungen im diesjährigen Haushalt ausgelöst haben, ist es aber ebenso notwendig, bereits für die Haushaltsverhandlungen 2025 mindestens eine weitere Aussetzung der Schuldenbremse zu erreichen.

Umverteilung statt Sozialstaatskürzung

Seit Monaten treiben Konservative und Rechte eine Kampagne gegen den Sozialstaat voran, ohne dass es linken und progressiven Kräften gelingt, dem etwas substanziell entgegenzusetzen. Während weder die Staats-, noch die Sozialstaatsquote im internationalen Vergleich auf einem außergewöhnlich hohen Niveau ist – und die Debatte um einen ver-

meintlich „aufgeblähten“ Sozialstaat irgendeine Rechtfertigung hätte – wäre es gerade in einer wirtschaftlichen Phase des Umbruchs fatal, dem Druck von Rechts nachzugeben. Ebenso verwerflich wie beachtlich ist, wie es der politischen Rechten insbesondere durch fortwährendes Platzen der wenigen tausend „Totalverweigerer“ gelungen ist, die politische Debatte durch das Heranziehen einer verschwindend kleinen Gruppe zu prägen. Währenddessen finden die drei Millionen in Armut lebenden Kinder in der Öffentlichkeit kaum Beachtung.

Gleichzeitig gelingt es der politischen Linken kaum, auf die besorgniserregende Ungleichheit innerhalb der deutschen Gesellschaft aufmerksam zu machen. Neben Schweden gehört Deutschland zu dem Land mit der größten Vermögensungleichheit in Europa. In den letzten Jahrzehnten hat eine stetige Verschiebung von Arbeits- zu Kapitaleinkommen stattgefunden. Die Durchlässigkeit der deutschen Gesellschaft ist auf einem Allzeittief: Auf der einen Seite werden Menschen inzwischen nur noch durch Erben statt durch eigene Arbeit reich. Auf der anderen Seite dauert es im Durchschnitt sechs Generationen – das heißt 180 Jahre – bis die Nachkommen eines Kindes, das in die unterste Einkommensschicht geboren wurde, bei einem mittleren Einkommen ankommt. Vor allem die Sozialdemokratie droht in dieser Situation, in der ihr klassisches Aufstiegsversprechen durch Arbeit und Bildung nicht mehr eingelöst wird, in die „Status-quo“-Falle zu tappen. Aus der regierungsführenden Position ergibt sich, dass regelmäßig die eigene Politik gegen Angriffe der Opposition verteidigt werden muss. Dadurch wird die SPD – nicht zu Unrecht, als seit Jahren mitregierende Partei – mit den bestehenden als ungerecht empfundenen Verhältnissen assoziiert.

Es wäre die Rolle der Partei als Gegengewicht zur Regierung stärker die Verteilungsfrage insbesondere in Hinblick auf die ungleiche Vermögensverteilung zu stellen. Dabei muss sie sich auch trauen in die Richtung der Milliardär*innen zuzuspitzen, die ihren Reichtum den Krisengewinnen der letzten Jahre oder leistungslos erworbenen Milliardenerbenschaften zu verdanken haben. Verbunden mit Forderungen

nach einer höheren Erbschafts- und Vermögenssteuer wäre dies ein notwendiges Gegengewicht zur Debattenverschiebung von Rechts, die das Ziel hat, den Sozialstaat zu schröpfen. Dies gelingt der gesellschaftlichen Linken und insbesondere der Sozialdemokratie nicht ansatzweise genug.

Arbeit vor Kapital

Wesentliche Strategie der politischen Rechte ist es, sich selbst als Partei der arbeitenden Klasse darzustellen. Die politische Linke wird häufig unter Heranziehen – teilweise bewusst – falsch interpretierter Zahlen zu Sozialleistungen in eine Rechtfertigungshaltung für das bestehende Sozialsystem gedrängt. Währenddessen inszeniert sich die politische Rechte als Stimme der arbeitenden Klasse. So sehr diese Inszenierung auch im faktischen Widerspruch zu den eigenen politischen Forderungen steht, die in der Regel auf eine Schlechterstellung von Sozialleistungsempfänger*innen und eine Besserstellung von Gutverdiener*innen und Kapitaleigentümer*innen hinauslaufen, verfängt sie doch.

Die Sozialdemokratie muss ebenso glaubhaft, wie sie sich für die Sicherung des Sozialstaats einsetzt, als politische Partei der Arbeiter*innenbewegung die Interessen von Arbeitnehmer*innen vertreten. Bürgerliche Parteien schreiben sich dies zwar auf die Fahnen, rechtfertigen in aller Regel damit aber eine Politik, die vor allem Spitzenverdiener*innen und Vermögenden nutzt.

Unter der hohen Inflation der letzten Jahre haben insbesondere Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen gelitten. Vor allem in Branchen mit prekärer Beschäftigung ist die Tarifbindung gering, so dass die Höhe des Mindestlohns von großer Bedeutung ist. Die Entscheidung der Mindestlohnkommission gegen die Stimmen der Gewerkschaftsvertreter, den Mindestlohn 2024 und 2025 lediglich um jeweils 41 Cent zu erhöhen und damit die gesetzliche Anhebung des Mindestlohns rückwirkend zu korrigieren, bewegte sich weit abseits ihres Auftrags. Hier wurde neoliberale Politik von einer Kommission betrieben, die eigentlich

das Ziel hatte, Entscheidungen über Anpassungen des Mindestlohns an das Preis- und Lohnniveau zu entpolitisieren. Es ist notwendig, dass die SPD in der Ampel alles daranlegt, noch in der verbliebenen Legislatur eine signifikante Erhöhung des Mindestlohns zu erreichen: mindestens 14, besser 15 Euro, um damit einerseits die EU-Mindestlohnrichtlinie einzuhalten und andererseits als Entlastung für die 800.000 Beschäftigten, die aktuell neben ihrem Gehalt noch zusätzlich aufstocken müssen.

Daneben kommt auch der erfolgreichen Verabschiedung des Bundestariftreugesetzes eine hohe Bedeutung zu. Die Politik muss klare Signale senden, dass sie einen Rahmen setzt, der es den Gewerkschaften erleichtert, eine höhere tarifvertragliche Abdeckung zu erreichen und damit den sinkenden Reallöhnen etwas entgegenzusetzen.

Zuletzt gilt es anzuerkennen, dass der Faktor Arbeit in Deutschland im Verhältnis zur Besteuerung von Vermögen und Kapitalerträgen einer viel zu hohen Belastung – insbesondere für niedrige und mittlere Einkommen – unterliegt. Die starke Progression bei der Einkommensteuer und die Beiträge für die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung, während gleichzeitig Ansprüche auf Sozialleistungen abschmelzen, führen zusätzlich dazu, dass in niedrigen und mittleren Einkommensbereichen kaum etwas übrigbleibt, wenn Gehaltssteigerungen etwa wegen Weiterqualifizierung und Beförderung erreicht werden. Dieser Zustand ist maximal unbefriedigend, insbesondere weil er nur für kleinere und mittlere Einkommen gilt, während höhere Einkommen dank der stagnierenden Abgabenlast und einer schwächeren Progression der Einkommensteuer besser gestellt sind. Auch von den Entlastungen bei der kalten Progression haben diese Einkommensgruppen stärker profitiert.

Dies gilt es umzukehren. Für eine Entlastung bei Steuern und Abgaben von kleinen und mittleren Einkommen einzutreten, ist notwendig. Indem die Steuerprogressionskurve weiter gestreckt, im Umkehrschluss aber auch hohe Einkommen stärker belastet und die Beitragsbemessungsgrenzen in den Sozialversicherungs-

gen angehoben, können insbesondere kleinere und mittlere Einkommen bessergestellt werden.

Für eine Entlastung bei Abgaben und Steuern einzutreten, kann somit auch eine sozialdemokratische Forderung sein. Verbunden damit muss notwendigerweise aber der Anspruch sein, die systematische Besserstellung von Kapital- gegenüber Arbeitseinkommen zu beenden. Die pauschale Versteuerung von Kapitalerträgen mit 25 Prozent muss beendet und Kapitalmindestens so stark wie Erwerbseinkommen belastet werden. Auch ist es nicht nachvollziehbar, dass Kapitalerträge keinen Beitrag zur Stärkung der Sozialsysteme leisten. Mittels einer Wertschöpfungsabgabe sollte dieses Problem adressiert werden.

Es kommt darauf an, dass die Sozialdemokratie glaubhaft macht, dass sie in der verbliebenen Zeit in der Koalition für die Interessen der Arbeitnehmer*innen eintritt und auch darüber hinaus das Thema „gute und gut bezahlte Arbeit“ in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellt.

Daseinsvorsorge/Wohnen

Für viele Menschen ist der Bereich der Daseinsvorsorge entscheidend für die Frage, wie sie Staatlichkeit erleben. Kommt der Bus, fährt die Bahn, wie sieht die Schule aus, wie lange muss ich in der Notaufnahme im Krankenhaus oder auf meinen Wohngeldbescheid warten – all das ist entscheidend dafür, wie Politik und Staat wahrgenommen werden. Der miserable Zustand vieler Teile der deutschen Infrastruktur trägt stark zu dem Bild eines überforderten Staats bei, das insbesondere Rechtspopulist*innen massiv in die Hände spielt.

Eine Modernisierung der Infrastruktur und eine Beschleunigung von Verwaltungsprozessen tragen damit enorm zu einer Stärkung des Vertrauens in die Demokratie bei. Neben einer stärkeren Investitionstätigkeit des Bundes – vor allem bei großen Infrastrukturprojekten wie der Erneuerung des Schienennetzes etwa – ist dabei eine Stärkung der Kommunen, die für den Großteil der öffentlichen Daseinsvorsorge zuständig sind, dringend notwendig. Bei den

Kommunen zeigt sich dabei ein sehr uneinheitliches Bild. Während ein Teil von ihnen dank hoher Gewerbe- und Einkommensteuereinnahmen bei gleichzeitig geringen Sozialausgaben in finanziell sehr guter Verfassung ist, ist der andere Teil mit spiegelbildlich geringen Steuereinnahmen und hohen Sozialkosten häufig seit Jahrzehnten in notorisch schlechtem Zustand. Während die Hauptverantwortung für die Finanzierung der Kommunen bei den Ländern liegt, ist im Ampelkoalitionsvertrag eine Lösung für die Altschuldenproblematik der Kommunen vorgesehen, die viele ebenjener Städte und Gemeinde stark entlasten würden.

Eine besondere Bedeutung im Bereich der Daseinsvorsorge kommt dabei dem Wohnsektor zu. Hier gelingt es seit Jahren nicht, die insbesondere in den Ballungsräumen explosionsartig steigenden Mieten unter Kontrolle zu bekommen. Selbst der erhebliche Rückgang der Immobilienpreise im letzten Jahr ist nicht bei den Mieter*innen angekommen. Im Kern steht der Mangel an Sozialwohnungen, die direkt Entlastung für Haushalte im niedrigen und mittleren Einkommenssegment schaffen. Andererseits stabilisiert ein höheres Angebot von öffentlichem Wohnungsbau im geförderten, aber auch im nicht geförderten Bereich den Markt als Ganzes und verhindert die Mondpreise, die vor allem in den letzten Jahren zunehmend aufgerufen wurden.

Während es 1990 noch drei Millionen Sozialwohnungen gab, ist die Zahl inzwischen auf nur noch knapp über eine Million gesunken. Zuletzt wurde von einem breiten Bündnis wenigstens der Zubau von 910.000 Sozialwohnungen bis 2030 gefordert. Die 18 Milliarden Euro für das Programm „Junges Wohnen“ sind dabei ein erster Schritt, bestimmt aber nicht ausreichend, insbesondere weil noch abzuwarten bleibt, wie viel davon in den dringend notwendigen Neubau oder lediglich in die Instandhaltung investiert wird.

Die Verfügbarkeit von günstigem Wohnraum ist aber für breite Teile der Bevölkerung die drängendste soziale Frage der Daseinsvorsorge. Es braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommu-

nen, hier endlich Fortschritte zu erzielen. Dazu gehört in erster Linie, die Bereitstellung ausreichender Gelder vor allem für klamme Kommunen. Ebenso gilt es, das Vorkaufsrecht der Kommunen zu stärken und Grundstücke im öffentlichen Eigentum – auch die Grundstücke der BImA, die noch beim Finanzministerium liegen – für den geförderten Wohnungsbau nutzbar zu machen.

Die Sozialdemokratie muss auf allen Ebenen als die politische Kraft wahrgenommen werden, die sich diesem Problem annimmt. Dabei ist es der Glaubwürdigkeit in diesem Bereich selbstverständlich stark abträglich, dass das im Wahlkampf als Versprechen formulierte Ziel der jährlich 400.000 neuen Wohnungen weit verfehlt wird. Wenn das Thema für den nächsten Bundestagswahlkampf nicht verbrannt sein soll, ist es unbedingt erforderlich, wenigstens bei der Absenkung der Kappungsgrenze, der flächendeckenden Einführung qualifizierter Mietspiegel und dem Verbot von Indexmieten neben der bereits umgesetzten Ausweitung des Wohngelds schnelle Fortschritte zu machen und sich gegen die FDP durchzusetzen.

Abschluss

Die Sozialdemokratie befindet sich in einer schwierigen Situation. Während sie regiert, befindet sich das Land in einer wirtschaftlich und gesellschaftlich extrem schwierigen Situation. Teilweise aufgrund von externen Faktoren, wie dem Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten, teilweise auch aufgrund der Unfähigkeit der zerstrittenen Ampelkoalition, ausreichend große Antworten auf die gewaltigen Probleme zu liefern.

Hier gilt es insbesondere in den letzten ein- einhalb Jahren der laufenden Legislaturperiode gleichermaßen substantielle wie symbolische Erfolge gegen die Liberalen zu erringen, die die Glaubwürdigkeit des „Respekt“-Versprechens aus dem letzten Wahlkampf wieder herstellen. Zudem ist es dringend erforderlich, als Partei auch neben der Regierungsarbeit klare und konkrete Botschaften zu setzen. Dabei müssen diese den Anspruch der Sozialdemokratie untermauern, nicht nur als Partei des „Status quo“,

sondern mit größeren Visionen einer grundsätzlich anderen und gerechteren Gesellschaft wahrgenommen zu werden.

Wenn wir glaubhaft mit einem erneuerten Aufstiegsversprechen verbunden werden, die Neiddebatten auf Kosten der Schwächsten in der Gesellschaft beenden und Verteilungsfragen wieder in den Fokus der gesellschaftlichen Betrachtung stellen, kann es gelingen, dem Rechtsruck die Grundlage zu entziehen und perspektivisch an linken und progressiven Mehrheiten zu arbeiten. Dafür ist allerdings eine konsequente Rückbesinnung und Zuspitzung auf zentrale Verteilungskonflikte und eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge genauso notwendig, wie ein selbstbewussteres Auftreten innerhalb der Ampel, um glaubhaft die eigenen Ansprüche in diesen Politikfeldern zu untermauern. Dann kann es gelingen, den im Moment kollektiv empfundene Umbruch zu einem Moment des Aufbruchs werden zu lassen. ■

Finanzpolitische Normalität oder unverantwortliche Austerität – der Bundeshaushalt 2024

von Arne Heise



☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Foto: © privat

Als der Bundeshaushalt 2024 Mitte des Jahres 2023 zur Verabschiedung in den Bundestag eingebracht wurde, ließ Finanzminister Christian Lindner ihn noch mit ‚Zurück zur finanzpolitischen Normalität‘ überschreiben – nach den durch Corona-Krise und Ukraine-Konflikt aufgeblähten und hoch defizitären Haushalten der Jahre 2020 – 2023 sollte das Jahr 2024 eine Rückkehr zur ‚soliden‘ Haushaltsführung anzeigen, in der das in der Verfassung festgeschriebene Neuverschuldungsziel von 0,35 Prozent erreicht werden sollte. In den Jahren davor war die ‚Schuldenbremse‘ des Grundgesetzes durch Parlamentsbeschluss wegen festgestellter Notlagen ausgesetzt worden.

Die Konsequenzen des Bundesverfassungsgerichtsurteils

Die schlechte konjunkturelle Entwicklung, vor allem aber das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 15. November 2023 erzwangen eine deutliche Korrektur der Haushaltsansätze und eine Neuorientierung der Finanzpolitik (vgl. Tab. 1): Statt das Ausgabevolumen insgesamt um über 30 Milliarden Euro gegenüber dem Ansatz von 2023 senken zu können, muss nun in 2024 das Ausgabevolumen gegenüber dem Planwert für 2023 etwa

konstant gehalten werden. Diesem deutlich höheren Ausgabevolumen steht aber keine entsprechende Steigerung der Einnahmen gegenüber, was die Frage nach der Finanzierung aufwirft. Hier hat das Verfassungsgericht klar gemacht, dass bislang ungenutzte Kredite, die in den verschiedenen Sondervermögen (Klima- und Transformationsfonds – KTF, Wirtschaftsstabilisierungsfonds) ‚geparkt‘ wurden, nicht wie geplant genutzt werden dürfen, solange die Regelungen der Schuldenbremse greifen.

In den Planungen des Bundeshaushaltes 2024 waren insbesondere im Rahmen des Inflationsausgleichsgesetzes beschlossene steuerliche Entlastungen für die Bürger in Höhe von ca. 15 Milliarden Euro vorgesehen. Zur konjunkturellen Stützung wurde darüber hinaus ein Wachstumschancengesetz auf den Weg gebracht, das etwa ein Volumen von 30 Milliarden Euro bis 2028 (mit Belastungen für den Bundeshaushalt in 2024 von 2-3 Milliarden Euro) haben würde. Hinzu kommen nun Rücklageausfälle der Sondervermögen, die auf 60 Milliarden Euro beziffert werden (allerdings nicht ausschließlich für 2024 vorgesehen waren).

Es kann nicht verwundern, dass in dieser Gemengelage die seit Beginn der Corona-Krise dräuende Debatte um die Schuldenbremse aufflammen musste:

Einerseits nahm die Intensität der Debatte um die grundsätzliche Sinnhaftigkeit einer Fiskalregel zu, die vor dem Hintergrund enormer Finanzbedarfe der öffentlichen Haushalte angesichts der multiplen Krisenlagen die staatliche Schuldenaufnahme rigoros beschneidet.

Andererseits wurde diskutiert, ob nicht wenigstens für das Jahr 2024 noch ein weiteres

Tabelle 1: Entwicklung der Entwürfe des Bundeshaushalte 2024

Jahre	Entwurf (Juli 2023)	Entwurf (Dezember 2023)	Verabschiedung (Februar 2024)
Ausgaben in Milliarden Euro			
2023 (Soll)	476,3	461,2	457,1 (Ist)
2024	445,7		476,8
2025	451,8		
2026	460,3		
2027	467,2		
Netto-Kreditaufnahme in Milliarden Euro			
2023 (Soll)	45,6	71,4 (Soll)	64,9 (Ist)
– Strukturdefizit	12,6	12,6	12,6
– Konjunkturdefizit	15,4	15,3	7,1
– Finanz. Transaktionen	19,5	17,7	7,7
– Zuführungen aus Rücklagen	-	25,8	37,5
2024	16,6		49,4
– Strukturdefizit	13,5		14,4
– Konjunkturdefizit	2,4		7,7
– Finanz. Transaktionen	0,6		16,9
– Zuführungen aus Rücklagen	-		10,2
2025	16,0		
2026	15,4		
2027	15,0		
Investitionen in Milliarden Euro			
2023 (Soll)	71,5	54,9 (Ist)	54,9 (Ist)
– Klassisch	54,2	47,9	
– Fondsdarlehen	17,3	7,0	
2024	54,2		70,5
– Klassisch			53,6
– Kapitalzuführungen			16,9
2025	60,2		
2026	59,1		
2027	57,2		

Quelle: verschiedene Monatsberichte des BMF, Finanzbericht 2024 des BMF

Mal durch Bundestagsbeschluss eine Notsituation festgestellt werden könne, die ein nochmaliges Aussetzen der Schuldenbremse – und mithin die höhere Schuldenaufnahme – ermöglichen würde.

Schuldenbremse aussetzen?

Obwohl sich ein Festhalten an der gegenwärtigen Konstruktion der Schuldenbremse ökonomisch – vollkommen unabhängig von der gewählten theoretischen Grundlage (also standardökonomisch, ordoliberal, neo- oder postkeynesianisch) – kaum ernsthaft begründen lässt, war doch ein kurzfristiges Aussetzen als rechtsichere Grundlage für den Haushalt 2024 kaum realistisch, weil a) es dafür im Bundestag keine Mehrheit gegeben hätte, da sich die FDP der Zustimmung verweigert¹, b) auch eine Mehrheit im Bundestag nicht ausgereicht hätte, wenn keine nachvollziehbare Begründung für den Sinneswandel – noch Mitte 2023 wurde keine Notlage reklamiert, was also hatte sich nun plötzlich geändert? – geliefert worden wäre, c) letztlich auch im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes vergleichbare Restriktionen greifen würden.

Es musste also gehandelt werden – und dies unter gewissen Vorgaben: Die schwierige konjunkturelle Lage darf nicht weiter verschärft werden, die beschlossenen Entlastungen sollen Bestand behalten, insbesondere die Ausgaben zur Förderung der nachhaltigen Transformation der Wirtschaft dürfen nicht wesentlich gekürzt werden, obwohl der dafür geschaffene KTF vom Verfassungsgerichtsurteil besonders betroffen ist und, schließlich, darf die strukturelle Verschuldung nicht über das vorgeschriebene Niveau von 0,35 Prozent des BIP steigen.

Diese Aufgabe kommt deshalb einer Quadratur des Kreises gleich, weil jede strukturelle Einnahmeerhöhung bzw. -ausgabenkürzung kaum konjunkturverträglich wäre, der Saldo

– also die Verschuldung – aber dennoch begrenzt werden musste. Die aus ökonomischen Gründen zielführendsten Einnahmeerhöhungen (Steuer- oder Abgabenerhöhungen für einkommensstarke Haushalte mit geringer Konsumneigung) bzw. konsumtive Ausgabenkürzungen mit relativ geringer Multiplikatorwirkung waren angesichts der in der Regierung vertretenen Partialinteressen (die FDP als Partei der einkommensstarken Haushalte, SPD und Grüne als Vertreter der Haushalte, die wesentlich von konsumtiven (sozialen) Ausgaben profitieren) nicht durchsetzbar.

Unter diesen Umständen ist es bemerkenswert, dass die öffentlichen Investitionen nicht wieder als kurzfristig nutzbarer Steinbruch für Ausgabekürzungen herhalten mussten – vielmehr steigen sie sogar gegenüber den ursprünglichen Planungen um über 15 Milliarden Euro an. Allerdings ist dies fast ausschließlich auf die als Investitionen zu verbuchenden Kapitalzuführungen an die Deutsche Bahn und den neugeschaffenen Kapitalstock zur Rentenversicherung zurückzuführen. Die Höhe der Bundesinvestitionen liegt zwar auch nach ‚klassischer‘ Definition mit über 54 Milliarden Euro immer noch über dem ‚Vorkrisen‘-Jahr 2019, müsste aber in Anbetracht des hohen staatlichen Investitionsbedarfs in den Bereichen Energie, Umwelt, Wohnen und Sicherheit deutlich höher liegen. Letztlich konnten die Einnahmeerhöhungen (Erhöhung der Luftverkehrssteuer zum 01.05.2024, Einnahmeerhöhungen aus Offshore-Ausschreibungen) und Ausgabenkürzungen (Reduktion der Steuerbegünstigungen bei Agrardiesel ab 01.03.2024, Kürzungen beim Bürgergeld; Kürzungen des Ausgaben aus dem KTF) aber nur deshalb so gering ausfallen, weil nochmals über 10 Milliarden Euro – und damit der Löwenanteil des Konsolidierungsbeitrags – durch die weitgehende Auflösung von finanziellen Rücklagen zugeführt werden konnten.

Fazit

Mit dem Bundeshaushalt 2024 ist sicher keine Rückkehr in die haushaltspolitische Normalität gelungen. Andererseits hat die Bundesregierung auch keinen Austeritäts-

¹ Es entbehrt nicht der Ironie, dass die SPD unter Finanzminister Peer Steinbrück eine treibende Kraft der Grundgesetzreform zur Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2009 war, während die FDP der Schuldenbremse die Zustimmung verweigerte. Zur Wahrheit gehört leider auch, dass sich auch viele damals der DL angehörende SPD-Abgeordnete dem Fraktionszwang beugten und für die Schuldenbremse stimmten.

Haushalt beschlossen. Da der Bundeshaushalt die in Zahlen geronnene Regierungspolitik darstellt, müsste eine echte Bewertung tief in die Strukturen des Haushalts einsteigen – dafür ist hier sicher kein Platz. Kurzfristig und in der gegebenen Regierungskonstellation erscheint jedenfalls kaum mehr möglich als das Erreichte:

Ein konjunkturfrendliches Sparpaket, das seinen Namen verdiente und echte soziale Grausamkeiten enthielte, konnte verhindert werden. Die staatlichen Investitionsausgaben sind weitestgehend verschont geblieben und auch der KTF konnte wesentliche Teile seines Programmvolumens aufrechterhalten (knapp 50 Milliarden Euro von geplanten 57 Milliarden Euro). Natürlich sind z.B. die Kürzungen der Förderung der Tank- und Ladeinfrastruktur für E-Mobilität und die vollständige Streichung der Förderung von Elektroautos einer erfolgreichen Mobilitätswende nicht gerade zuträglich und auch den Subventionskürzungen im hoch alimentierten Agrarsektor fehlt die Einbettung in eine umfassendere Landwirtschaftsreform für eine nachhaltige Entwicklung.

Das eigentliche Problem aber liegt tiefer: In Zeiten massiven, mittelfristig anhaltenden öffentlichen Investitionsbedarfes ist das weitgehende (strukturelle) Verschuldungsverbot der deutschen Schuldenbremse und des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts eine Zwangsjacke, die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt bedroht. Hier muss die deutsche Politik die Kraft und Weitsicht beweisen, eine einmal getroffene Fehlentscheidung zu korrigieren. ■

Rezension: Klassenanalysen

von Thilo Scholle¹

Mario Candeias (Hg.)

Klassentheorie

Vom Making und Remaking

Argument Verlag, Hamburg 2021

554 Seiten, 20 €

Jakob Frag/Kim Lucht/John Lütten (Hg.)

Die Wiederkehr der Klassen

Theorien, Analysen, Kontroversen

Campus Verlag, Frankfurt am Main 2022

232 Seiten, 30 €

Enno Stahl/Klaus Kock/Hanneliese Palm/

Ingar Solty (Hg.)

Literatur in der neuen Klassengesellschaft

Wilhelm Fink Verlag, Paderborn 2020

300 Seiten, 42,90 €

Die Frage, wie sich gesellschaftliche Schichtungen mit Blick auf sozioökonomische oder ggf. weitere Spaltungslinien verhalten, gehört zu den zentralen Themen für linke Politikentwicklung.

Einen mit 554 Seiten ausgesprochen umfangreichen „Reader“ zum Thema Klassentheorie stellt der gleichnamige von Mario Candeias vom Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebene Sammelband dar. Der Untertitel „Vom Making und Remaking“ gibt zugleich eine inhaltliche Richtung vor – Herausgeber und Autor*innen des Bandes gehen weder von einfach so für sich noch von überzeitlich existierenden Klassen aus, sondern sehen die Bildung von Klassen als einen immer wieder neu entstehenden Prozess, der sich zudem nicht einfach aus ökonomischen Entwicklungen ableiten lässt. Die im Band enthaltenen 27 Texte sind überwiegend bereits an anderer Stelle erschienen und bestehen teils auch aus Buchauszügen. Gegliedert ist der Band in die Abschnitte „Die Grundlegung bei Marx und

Engels“, „Das Making of“, „Rasse‘ und Klasse“, „Struktur, Reproduktion, Widerstand“, „Geschlecht und Klasse“, „ReMaking: Transnationalisierung und Prekarisierung der Klasse“ sowie „Verbindende Klassenpolitik“. In seiner Einleitung hält Mario Candeias zunächst fest, die Grundlage von Klassenbildungsprozessen sei nach wie vor vorhanden. Dies sage jedoch nichts über die konkrete Zusammensetzung von Klassen aus. Die Klasse der Lohnabhängigen sei vielfältig differenziert. Prozesse der Ausdifferenzierung fänden auf mindestens drei Feldern statt: dem ökonomischen Feld – spezifischer der Teilung und Organisation der Arbeit (einschließlich der betrieblichen, gesellschaftlichen und geschlechtlichen Arbeitsteilung), dem alltagskulturellen Feld und dem politischen Feld der Assoziation bzw. Organisation der Klasse. Ein „Hauptwiderspruch“ ist schwer zu bestimmen, so könne es sein, dass in einer konkreten geschichtlichen Situation in der direkten Konfrontation von Kapital und Arbeit im Betrieb politisch keine Dynamik mehr existiere, systemische Herausforderungen aber sehr wohl in der Wohnungs- oder etwa der Klimafrage bestünden. Es gebe daher nicht den einen Punkt, an dem die Herrschaft im Kern getroffen werden könne. Als politische Perspektive bietet Candeias das – in Teilen der Linkspartei diskutierte – Konzept einer „verbindenden sozialistischen Klassenpolitik“ an. Die „sozialistische Perspektive“ könne hier eine Verbindung aus kurzfristig erreichbaren Zielen mit einer Perspektive über die bestehende Ordnung hinaus schaffen.

Als Grundlagentexte eröffnen zwei Beiträge von Michael Vester und Stuart Hall den Band. Vester macht dabei insbesondere mit Blick auf E.P. Thompson die historische Bedingtheit von Klassen und die Tatsache, dass Klassen nicht einfach vorgefunden werden können, sondern durch gesellschaftliche Prozesse entstehen und dabei beeinflussbar seien, deutlich. Thompson selbst kommt später auch durch Auszüge aus dem Band „Die Entstehung der englischen

¹ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Arbeiterklasse“ zu Wort. Beachtenswert sind u.a. auch die Texte von Stuart Hall und Etienne Balibar zum Thema „Rasse“, die sich als gute Alternative zu manchen auf Theorien von „critical whiteness“ beruhenden aktuellen Ansätzen lesen lassen. Rassismus sei nicht unter Abstraktion sozialer Verhältnisse zu erklären, sondern ein Phänomen, das immer wieder in seinem jeweiligen historischen Kontext neu analysiert werden muss. Ein längerer Auszug aus einem Text von Alex Demirovic stellt Nicos Poulantzas Vorstellung vom Staat als „instabiles Kompromissgleichgewicht“ von Klassen vor. Eher knapp fallen die Beiträge etwa im Abschnitt „ReMaking: Transnationalisierung und Prekarisierung der Klasse“ aus, in dem etwa Auszüge aus Didier Eribons Buch „Rückkehr nach Reims“ enthalten sind, sowie zwei Beiträge, die sich mit Fragen der Klassenbildung im digitalen Kapitalismus auseinandersetzen. Transnational meint hier die digitalen Vernetzungen, allerdings ist die Diskussion hier in der Tat noch sehr am Anfang. Abgeschlossen wird der Band mit einem Text von Klaus Dörre und „20 Thesen für eine demokratische Klassenpolitik“. Eine „zeitgemäße Klassentheorie“ müsse dabei von einer „begrenzten Pluralität sozialstrukturell relevanter Kausalmechanismen“ ausgehen. Zu diesen Mechanismen gehörten vertraglich auf Äquivalententausch beruhende Ausbeutung (Marx), sekundäre Ausbeutung, die aus ungleichem Tausch, außerökonomischem Zwang und Dominanz resultiert, soziale Schließung, bürokratische Kontrollmacht, Enteignung unter anderem von Gemeineigentum und öffentlichen Gütern, Distinktion einschließlich bewusster Auf- und Abwertungen sozialer Gruppen.

Anspruch des Bandes ist erklärtermaßen nicht, alle denkbaren aktuell spannenden klassentheoretischen Ansätze in einem Band zu sammeln. Mit Blick auf sich stetig ausdifferenzierende Diskussionsstränge erscheint dies auch kaum möglich. Auf überzeugende Weise verbindendes Element der meisten Beiträge ist die Koppelung einer Einordnung der jeweiligen Stellung von Menschen innerhalb einer kapitalistischen Ökonomie mit der Suche nach

weiteren für die jeweilige Klassenbildung relevanten gesellschaftlichen Faktoren.

Aus dem Umfeld von Klaus Dörre an der Universität Jena mit dem „Projekt Klassenanalyse“ stammen auch die Herausgeber*innen des Bandes „Die Wiederkehr der Klassen“. Wie die Herausgeber*innen in ihrer Einleitung festhalten, handelt es sich nicht um gesellschaftliche Ungleichheits-, sondern um gesellschaftliche Klassenverhältnisse. Die im Band versammelten Beiträge eint ein primär sozioökonomisch fundierter Klassenbegriff, „der Klassen entlang vertikaler Kausalbeziehungen von Herrschaft, Ausbeutung sowie der antagonistischen Aneignung von ökologischen Ressourcen fasst“. Erfasst werden müssten zugleich Konfliktlinien durch Geschlechterverhältnisse und Rassismus in ihrer relativen Eigenständigkeit. Der Band versammelt im folgenden sechs durchweg gelungene Beiträge.

Kim Lucht, Livia Schubert, Lena Reichardt, Greta Hartmann und Sophie Bose widmen sich der „Aktualität feministischer Klassentheorie- und Politik“. Ihnen geht es um eine Verschränkung von Klassen- und Geschlechterverhältnissen. Es geht um den Zusammenhang von Produktions- und Reproduktionsphäre. Janina Puder und Genevieve Schreiber nehmen sich „Klasse im Kontext von Rassismus“ vor. Beide gehen davon aus, dass Rassismus nicht nur eine ökonomische Struktur habe, sondern daneben auch eine politische und ideologische Dimension besitze. Rassismus wurde nicht durch den Kapitalismus hervorgebracht, sondern in diesen integriert. Hans Rackwitz widmet sich dem ökologischen Gesellschaftskonflikt als Klassenfrage. Zentral ist die Untersuchung des Verhältnisses von Klassen- und Naturverhältnissen. „Die Ausbeutung der Lohnarbeit und die systematische Produktion ökologischer Gefährdungen fallen in ihrem Ursprung im als Klassenherrschaft verstandenen Kapitalverhältnis zusammen.“ Eine Perspektive „globaler Norden“ gegen „globaler Süden“ versperre den Blick auf die sozialen Spaltungen innerhalb der Länder. Die drei weiteren Beiträge widmen sich der Klassentheorie in der „Kritischen Theorie“,

Klassenverhältnissen und Prekarisierung sowie Klassenverhältnissen im internationalen Kontext.

Das von den Herausgeber*innen eingangs skizzierte Konzept der Klassenanalyse halten die Beiträge durchweg durch: Sozioökonomische gesellschaftliche Spaltungslinien werden nicht einfach abstrakt weiteren Konfliktlinien etwa im Bereich der Ökologie an die Seite gestellt, sondern ernsthaft mit Blick auf die gegenseitigen Bezüge eingeordnet. Diese Herangehensweise kann im Ergebnis auch für Fragen der gesellschaftlichen und politischen Allianzbildung wichtige Hinweise geben, etwa mit Blick darauf wie sich soziale und ökologische Sorgen politisch miteinander verbinden statt gegeneinander ausspielen lassen könnten.

Mit der „Literatur in der neuen Klassengesellschaft“ widmete sich das Dortmunder Fritz-Hüser-Institut auf einer Tagung im Jahr 2018 einem spannenden Thema, deren Vorträge und Diskussionsbeiträge nun in einem lesenswerten Sammelband vorliegen. Die Beiträge im Band sind dabei auf zwei große Abschnitte verteilt. Teil 1 thematisiert unter der Überschrift „Von der alten zur neuen Klassengesellschaft“ vor allem historische Fragen. Enthalten ist etwa ein Beitrag zu Gesellschaftskritik und Gesellschaftsutopie bei Heinrich Mann und Alfred Döblin von Norbert Niemann, ein Text von Enno Stahl zu Peter Weiss' „Ästhetik des Widerstands“, von Stefan Schmitzer zu Pier Paolo Pasolini sowie von David Salomon zu „neoliberalen Rebellen“ in Werken von Michel Houellebecq sowie von Bret Easton Ellis. In einem zweiten Teil des Abschnitts stellt u.a. Klaus Dörre seine auch an anderen Stellen ausgearbeiteten Überlegungen zur „demobilisierten Klassengesellschaft“ vor. Der zweite große Abschnitt des Bandes ist „speziellen Widersprüchen in der ausdifferenzierten Gesellschaft“ gewidmet. Enthalten sind hier überwiegend soziologisch grundierte Beiträge, etwa von Hannes Schammann zu „Arenen der Migrationsdebatte“ sowie von Thomas Wagner zur „Kulturarbeit der neuen Rechten“. Ingar Solty mustert in seinem Text in den letzten Jahren erschienene Belletristik aus dem Be-

reich „Literatur der Migration“. Im Anschluss an die einzelnen Abschnitte sind zudem Wortmeldungen aus der jeweiligen Publikumsdiskussion abgedruckt. Eingeleitet wird der Band mit einem Überblicksartikel zu „Literatur in der neuen Klassengesellschaft“ von Ingar Solty und Enno Stahl, einem Text von Hans-Jürgen Urban zu „Klassenpolitik und Literatur“ sowie einer Podiumsdiskussion u.a. mit Klaus Dörre und Raul Zelik zum Thema „Soziale Klassen und Literatur?“

Ein klarer roter Faden entwickelt sich im Band nicht. Geschuldet ist dies in erster Linie der Fragestellung selbst: Die „neue Klassengesellschaft“ ist kein feststehender Begriff, dem sich nun leichterhand aktuelle literarische Texte zuordnen lassen könnten. Anders als bei der die historischen Bezüge des Fritz-Hüser-Instituts bildenden Idee der „Literatur der Arbeitswelt“ sind noch kaum erkennbare neue Milieus entstanden, die entsprechend literarisch spiegeln und verarbeiten lassen. In einer Wortmeldung im Band wird denn etwa auch vermerkt, dass vielleicht die Gruppe der „Rider“ bei Lieferdiensten für literarische Beobachtungen interessant sein könnte – zugleich aber vermutlich die dort tätigen Personen jenseits ihrer Arbeit in völlig unterschiedlichen lebensweltlichen Bezügen anzutreffen wären. So trägt der Band im Ergebnis durchaus einzelne Elemente und Ansätze zusammen, die eine erste Etappe bei einer noch weiterzuentwickelnden Debatte über aktuelle Literatur in der Klassengesellschaft darstellen können. ■

Terminkalender

28. und 29. Juni 2024

spw-Sommertagung

Ort: Arbeit und Leben, Arndtstr. 20, 30167 Hannover

Auf der spw-Tagung wollen wir sowohl über die inhaltliche Ausrichtung an moderne sozialistische Politik und Wissenschaft sprechen als auch Anforderungen an politische Kommunikation entwickeln. Das aktuelle Heft 01/2024 bietet für beide Stränge der Tagung Impulse.

Wir freuen uns auf einen spannenden Austausch und sehen uns in Hannover.

Programmablauf

Freitag 28. Juni , 19.30 bis 21.30 Uhr

- Debatte um den neuen spw Orientierungsrahmen

Inputs: • Uwe Kremer (spw Herausgeber) und Joachim Schuster (spw-Herausgeber und MdEP)

im Anschluss: gemütliches Beisammensein

Organisatorisches

Veranstaltungsort: Arbeit und Leben, Arndtstr. 20, 30167 Hannover

Anmeldung zur Tagung per Email: redaktion@spw.de

Hinweis für Übernachtungsmöglichkeiten zur Selbstbuchung:

NYCE Hotel Hannover, Weidendamm 2, 30167 Hannover

(Preis von 79 Euro unter Stichwort Arbeit und Leben)

Donnerstag, 30.05.2024, 19 Uhr

Kant und Marx (Kant 300)

Vortrag von Michael Krätke (Amsterdam)

Ort: Künstlerhaus, Sophienstraße 2, Hannover

Veranstaltung von Forum für Politik & Kultur, FES Niedersachsen, DGB Niedersachsen, ver.di Bildungswerk, Bildungsverein Hannover e.V., QBK und Arbeit und Leben

Samstag, 15. Juni 2024, 11:00 – 20:00 Uhr

DL21-Sommertagung,

Unser Rezept gegen den Rechtsruck – Sozialdemokratie pur!'

Ort: IG-Metall-Haus, Alte Jakobstr 149 , 10969 Berlin

Auf der Sommertagung der DL21 geht es um die Frage, wie die Linke in der SPD dem Rechtsruck in der Gesellschaft begegnen kann. Dazu erfolgt zunächst ein Rückblick auf die Europawahl und eine Analyse der Wahlergebnisse. In einer Podiumsdiskussion wird erörtert, welche Themen die SPD-Linke gegen rechts setzen soll. Am Nachmittag werden in verschiedenen AGs Beiträge für das Wahlprogramm 2025 und den nächsten Bundesparteitag vorbereitet.

Programm

11:00 Uhr: Begrüßung und Eröffnung

- Alma Kleen, Erik von Malottki und Jan Dieren, Vorsitzende der DL21

11:10 Uhr: Block I: Wahlauswertung – Daten und Analysen zur Europawahl

- Vortrag: Prof. Dr. Gerd Mielke, Universität Mainz (angefragt)
- Ko-Bericht: Maria Noichl , MdEP
- Anschließend: Diskussion mit Publikumsbeteiligung (ca. 45 Minuten)

12:40 Uhr: Mittagessen

13:25 Uhr: Input aus Österreich

- Andreas Babler, Bundesparteivorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (angefragt)

14:25 Uhr: Block II: Was kann die Sozialdemokratie gegen den Rechtsruck unternehmen?

- Natascha Strobl, Politikwissenschaftlerin und aktiv in der SPÖ
- Dierk Hirschel, ver.di-Chefökonom
- Philipp Türmer, Bundesvorsitzender der Jusos

16:00 Uhr: Kaffee und Tee

16:15 Uhr: Block III: Arbeitsgruppen zur Vorbereitung des Wahlprogramms und des Bundesparteitags

17:15 Uhr: Ergebnisse der Arbeitsgruppen und „Die Zukunft der SPD – was kann die Parteilinke tun?“

17:30 Uhr: Kurze Pause

17:45 Uhr: Block III: Plenum

19:15 Uhr: „Wie weiter nach der Sommertagung?“

19:45 Uhr: Ende der Tagung

Donnerstag, 20. Juni 2024

Transformationskongress NRW der HBS, FES und spw

Ort: Bauwerk Köln, Dillenburger Str. 73, 51105 Köln

Am 20. Juni 2024 (10:00 - 17:00 Uhr) veranstaltet die Hans-Böckler-Stiftung gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung NRW und spw in Köln die Tagung „Zukunft. Sicherheit. Arbeit. Der Transformationskongress 2024“.

Im Mittelpunkt steht der Wandel der Wirtschafts- und Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen und die Frage: Wie sieht die Zukunft der Arbeit im wirtschaftsstärksten Bundesland aus?

Als Referentinnen und Referenten haben bereits folgende Personen zugesagt (in alphabetischer Reihenfolge):

Yasmin Fahimi, Bundesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Arndt G. Kirchhoff, Präsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V.

Jochen Ott, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion NRW

Martin Schulz, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments

Lena Teschlade, Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Anja Weber, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nordrhein-Westfalen

Es werden Workshops zu den Themen Infrastrukturumbau, Aus- und Weiterbildung, Strukturpolitik, Verteilungsgerechtigkeit im Umbruch, Feministischer Arbeitsbegriff und Umbruch am Beispiel der chemischen Industrie durchgeführt.

Der Eintritt ist frei - ein genaues Programm folgt in den nächsten Wochen.

Anmeldungen sind ab sofort unter der Emailadresse: anmeldung.lbnrw@fes.de möglich.

Samstag, 14. September 2024 10 - 18 Uhr

Wirtschafts- und finanzpolitische Tagung „Zwischen den Zeiten - Wirtschaft und Finanzpolitik in der Transformationskrise“

Ort: Hannover

Mit: Sebastian Dullien, Tom Krebs, Stephan Weil, Alfred Kleinknecht, Hagen Krämer, Verena Hubertz, Jan Prieue, Carsten Sieling, Rita Strohmaier

Die sozial-ökologische Transformation ist angesichts der sich gegenseitig verstärkenden Vielfachkrisen und der inneren Widersprüche der Ampelkoalition ins Stottern geraten. Das deutsche Wirtschaftsmodell verliert an Dynamik und das europäische Wirtschaftsmodell bildet sich nur langsam heraus. Auf der Tagung sollen die ökonomischen und sozialen Perspektiven und Handlungsnotwendigkeiten erörtert werden, wie Auswege aus der Krise gefunden werden können: Klimapolitisches Krisenmanagement, Innovation und Arbeit, Grenzen der Exportorientierung und finanzpolitische Strategien werden in vier Foren diskutiert.

Veranstaltung von Forum für Politik & Kultur, FES Niedersachsen, DGB Niedersachsen, Regionalgruppe Nord der Keynes-Gesellschaft, Zeitschrift SPW, Arbeitnehmerkammer Bremen und Arbeit und Leben

Anmeldung: dr.arno.brandt@mailbox.org

Freitag, 15. November 2024, 15 - 20 Uhr

Symposium zum 100. Geburtstag von Peter von Oertzen „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert“

Ort: Hannover

Welche Vorstellungen eines demokratischen Sozialismus sind im 21. Jahrhundert noch tragfähig und womöglich auch attraktiv für die Entwicklung linker Reformpolitiken? In offenen Dialogen geht es um Fragen der Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen: Wirtschaftsdemokratie, Gemeingüterökonomie, Moralische Ökonomie ...

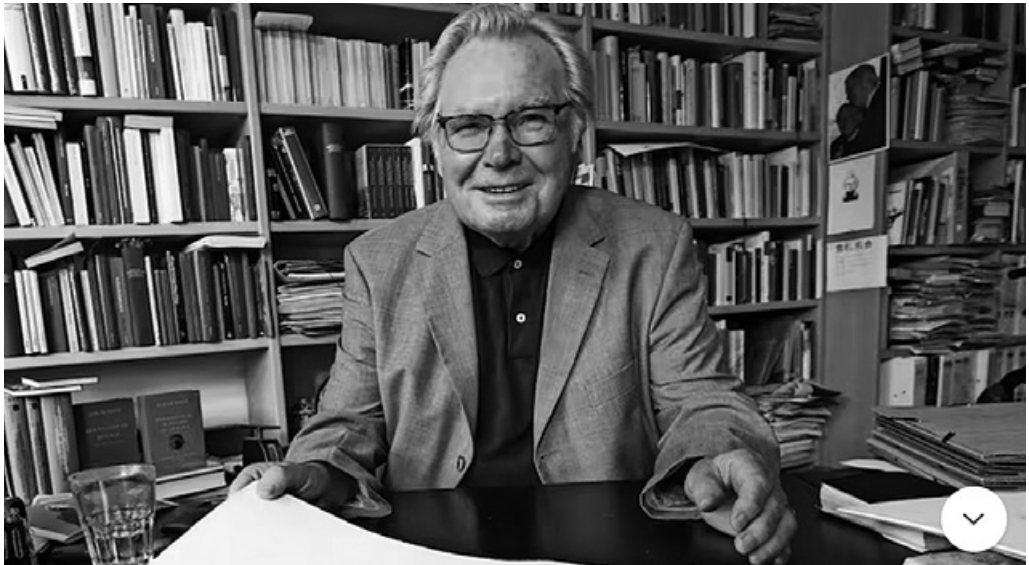
Referent*innen: Klaus Dörre, Sabine Nuss, Wolfgang Jüttner, Arno Brandt, Michael Vester, Werner Widuckel, Franziska Wiethold

Veranstaltung von Forum für Politik & Kultur, FES Niedersachsen, DGB Niedersachsen, ver.di Bildungswerk, Zeitschrift SPW, HDS und Arbeit und Leben

Anmeldung: dr.arno.brandt@mailbox.org

In memoriam Oskar Negt (1. August 1934 – 2. Februar 2024)¹

von Detlef Horster²



Oskar Negt war Bauernsohn. Seine Familie hatte einen Hof in Kapkeim in der Nähe von Königsberg. Sein Vater war Sozialdemokrat und saß 1918 im Arbeiter- und Soldatenrat. Oskar Negts Bruder sollte den Bauernhof übernehmen, und er war der Einzige in der Familie, der Abitur machen sollte.

Er hatte fünf ältere Schwestern. Zwei von ihnen haben den damals Zehnjährigen 1945 auf der Flucht begleitet. In Dänemark lebte er mit diesen beiden Schwestern, getrennt von den Eltern, in einem Internierungslager. Nach zweieinhalb Jahren kamen sie nach Oldenburg, wo der Vater einen Bauernhof übernahm. Dort in Oldenburg machte Negt Abitur. Er war Fahrschüler und kam deshalb viel zu früh an der Schule an. Um die Zeit bis

zum Unterrichtsbeginn zu überbrücken, liebte er sich von einem Freund Werke von Johann Wolfgang von Goethe aus. Der Vater jenes Jungen besaß die 20-bändige Gesamtausgabe. Negt erzählte, dass er alle Bände systematisch gelesen habe. Bei einem Vortrag zog er einen der Bände aus seiner Tasche und sagte: „Den habe ich vergessen zurückzugeben.“

Ihn allein als Soziologen zu etikettieren, wäre zu kurz gegriffen. Sein Lebenswerk stand auf vier Säulen. Die für mich wichtigste war die als Mentor der Studentenbewegung. Die zweite war die als Gründer der Glockseeschule in Hannover. Die dritte die des Soziologieprofessors, wobei er da mehr der Philosophie zugewandt war. Habermas hat in seiner Rede zu Negts 80. Geburtstag gesagt: „Ich habe Dich übrigens immer eher für einen Philosophen als für einen Soziologen gehalten – aber damals, als wir uns kennenlernten, hat man in Frankfurt eine solche Unterscheidung sowieso für obszön gehalten.“ Der vierte seiner Schwerpunkte war

¹ Der Text ist zuerst in der Zeitschrift SOZIOLOGIE (Ausgabe 2/2024) erschienen. Wir danken für die Nachdruckgenehmigung.

² Detlef Horster war von 1981 bis 2007 Professor für Sozialphilosophie an der Universität Hannover.

die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Die Gewerkschaften fasste er als gegenwärtige Verkörperung der Arbeiterbewegung auf.

Negt studierte in Frankfurt bei Max Horkheimer und Theodor W. Adorno Philosophie und Soziologie. Dort lernte er auch Jürgen Habermas kennen, dessen Assistent er später in Heidelberg wurde.

Als *Mentor der Studentenbewegung* war er schon früh bekannt. In Frankfurt wurde Negt Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS), der Mitte der Fünfzigerjahre, als er ihm beitrug, noch Organisationsenteil der SPD war. Warum wurde er Mitglied des SDS? Negt schreibt dazu in seinem autobiografischen Band „Erfahrungsspuren“: „Ist der Begriff des Politischen in der Dialektik von Theorie und Praxis verankert, so konnte es in dem von Horkheimer und Adorno bestimmten Bildungsklima nicht ausbleiben, dass ich mich auch im engeren Sinne politisch betätigte. [...] Bei der Gründung des SDS in Hamburg hingen zwei Großportraits an den Wänden des Versammlungsortes: die von Kant und Marx.“ Zufall?

Später war Oskar Negt wegweisend für viele 68er. Am Wichtigsten war seine Rede beim Angela-Davis-Kongress am 3. und 4. Juni 1972 auf dem Opernplatz in Frankfurt. Dort hat er sich klar zur RAF positioniert, indem er erklärte, dass das, was Baader und Meinhof machten, nichts mit Sozialismus und Revolution zu tun habe. Darum könnten sie keine Solidarität beanspruchen. Das war für uns 68er wichtig, denn wir waren uns nicht sicher, welcher Gruppe wir uns in der Zeit danach anschließen sollten, einer der K-Gruppen oder ob wir die RAF unterstützen sollten. Wir hatten in Köln zu der Zeit einen alternativen Buchladen. Dort kamen RAF-Mitglieder vorbei und verlangten Geld, das wir ihnen bereitwillig gaben. Nach der Rede von Oskar Negt haben wir die Zahlungen jedoch eingestellt. Wir sind dem Sozialistischen Büro in Offenbach beigetreten, das von Klaus Vack gegründet und von Oskar Negt unterstützt wurde und basisdemokratisch arbeitete. – Negt berichtete später in den „Erfahrungsspuren“, dass er sich

erst während der Rede überlegt habe, dies zu sagen, dass er in dem Moment nicht die Chance zur Klärung verpassen wollte. Und er zeigte mir die Drohbriefe, die er danach bekommen hatte. Zeitweise stand seine Wohnung unter Polizeischutz.

In der Zeit der Studentenbewegung entwickelte sich ein Konflikt mit Jürgen Habermas. Bei der Trauerfeier für Benno Ohnesorg in Hannover charakterisierte Habermas die Rede Rudi Dutschkes als „Linksfaschismus“. Als Reaktion darauf gab Negt das Buch „Die Linke antwortet Jürgen Habermas“ heraus. Später entschuldigte er sich bei Habermas dafür. Habermas seinerseits sprach später davon, dass jener Begriff eine deplatzierte Äußerung gewesen sei.³ Man kann sagen, dass beide Freunde wurden. Bei Negts runden Geburtstagen hat Jürgen Habermas die Festreden gehalten.

Die *Gründung der Glockseeschule* in Hannover als zweite wichtige Säule schloss unmittelbar an die Erfahrungen im Studium bei Adorno an. Zur 50-Jahr-Feier dieser Schule sagte Oskar Negt noch im Juni letzten Jahres in einem Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung: „Das war auch ein Beitrag zur Aufarbeitung und Überwindung der Nachwehen des Faschismus in Deutschland. Adorno hatte gesagt, dass Autoritätshörigkeit in autoritären Strukturen entsteht – und die gab es damals in vielen Schulen. Wir wollten die Kinder mit eigenem Urteilsvermögen ausstatten.“

Das exemplarische Lernen bildete die Basis des Unterrichts in der Glockseeschule. Statt stur dem Aufbau des Lehrbuchs zu folgen, zum Beispiel Mathematik 1 bis 10, wird an Erfahrungen der Beteiligten angeknüpft und neue Erfahrungen werden gemacht. Die Schülerinnen und Schüler bringen sich ein. Und das wird thematisiert. Es ist die Methode des Sokrates, der nachfragt: „Was meinst du damit?“ Damit wird das Gespräch auch für die anderen eröffnet. Dieser Gedanke liegt der

³ So äußerte er sich in einem Interview, das ich zusammen mit Willem van Reijen führte und das in Habermas' »Kleinen Politischen Schriften I–IV« 1981 bei suhrkamp veröffentlicht wurde.

Methode von Martin Wagenschein zugrunde, die Negt aufgriff. Sie gab seinem nach meiner Ansicht wichtigsten Buch den Titel: „Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie der Arbeiterbildung“ (1968). Dieses Prinzip war natürlich – wie der Untertitel verrät – auch für die Arbeiterbildung wegweisend.

Dass ein solcher, im Anfang so genannter „Schulversuch“ überhaupt gestartet werden konnte, hatte Negt seinen engen Kontakten zum damals 28-jährigen Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, zum Kultusminister Peter von Oertzen, zum Leiter der Staatskanzlei Ernst Gottfried Mahrenholz und zum Landtagsabgeordneten Rolf Wernstedt zu verdanken, die das Projekt allesamt unterstützten.


Die dritte Säule ist kurz beschrieben: Negt war seit 1971 *Soziologieprofessor* in Hannover. Bei den Stellenbesetzungen am Institut blieb er seinem Prinzip treu: Die Stellen mussten einen Bezug zur Praxis haben. So kamen die Mitarbeiter aus verschiedenen Arbeitsbereichen und präsentierten diese, beispielsweise aus der Gewerkschaftsarbeit (Karsten Reinecke), aus den Wirtschaftswissenschaften (Horst Kern, Otfried Mickler, Ernst Theodor Mohl, Rudolf Sinz), aus der Theologie (Martin Lähnemann) und aus der Lateinamerikaarbeit (Klaus Meschkat).

Negt selbst hat vornehmlich über Marx und Kant Vorlesungen gehalten. Diese Vorlesungen sind in der inzwischen erschienenen 20-bändigen Gesamtausgabe enthalten. Habermas brachte es anlässlich von Negts Abschiedsvorlesung auf den Punkt: „Kant und Marx sind tatsächlich die Sterne Deiner akademischen Sternstunden geblieben.“

Die vierte Säule ist die schon erwähnte *gewerkschaftliche Bildungsarbeit*. Dieser lagen die Einsichten zugrunde, die Negt selbst bei seiner Arbeit an der Gewerkschaftsschule in Oberursel gewonnen hatte und die in dem schon erwähnten Buch „Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen“ festgehalten sind. Es sind die auch für die Glockseeschule grundlegenden Prinzipien des exemplarischen

Lernens. Die lebenslange Verbundenheit mit den Gewerkschaften fand ihren Ausdruck unter anderem darin, dass der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann die Festrede zu Negts 85. Geburtstag hielt. Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung stellte über mehrere Jahre einen Assistenten, Hendrik Wallat, der die Gesamtausgabe betreute und dem Negt 2016 im Vorwort seiner Autobiografie „Überlebensglück“ ausdrücklich dankt.

Diese vier Säulen, denen die Idee von Bildung und Engagement gemeinsam ist, tragen ein umfassendes und höchst beachtliches Lebenswerk. Am 2. Februar 2024 ist Oskar Negt nach langer schwerer Krankheit in Hannover gestorben. ■



SYSTEM RELEVANT

FAKTEN FÜR EINE DEMOKRATISCHE UND NACHHALTIGE WIRTSCHAFT

Im „Systemrelevant“ Podcast der Hans-Böckler-Stiftung liefern führende Wissenschaftler:innen mit Moderator Marco Herack aktuelle Fakten für eine demokratische und nachhaltige Wirtschaft:

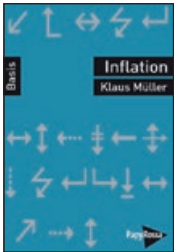
Makroökonomie, Transformation und gerechte Arbeitsbedingungen – klar und verständlich.

Jetzt abonnieren – auf iTunes, Spotify und überall, wo es Podcasts gibt.

Leser*in werden – Prämie wählen!

spw

Meinungsstark!
Links!
In der Sozialdemokratie!



Prämienpaket 1

Klaus Müller
Inflation
Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie
PapyRossa Verlag

Christian Oswald
Jenseits des Arbeitszwangs
Thesen zu einer anderen Gesellschaft
Westfälisches Dampfboot

Prämienpaket 2

Jürgen-Michael Reimer
Der absurde Kapitalismus
PapyRossa Verlag

**Carmen Ludwig, Hendrik Simon,
Alexander Wagner (Hrsg.)**
Entgrenzte Arbeit, (un-)begrenzte Solidarität?
Bedingungen und Strategien gewerkschaftlichen Handelns im flexiblen Kapitalismus
Westfälisches Dampfboot

Neue Abonnent*innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

Ich möchte ein **spw**-Probeabo!
Zwei Hefte für 13 Euro auf Rechnung (inkl. Versand). Wenn keine Kündigung drei Wochen nach Lieferung des 2. Heftes erfolgt, wird das Probeabo umgestellt zum Normalabo. Dann besteht auch die Möglichkeit einer Buchprämie.

Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____

Inlands-Abo: 37,- € bei Bankeinzug bzw. 39,- € per Rechnung:

- Normal-Abo per Post
- Online-Abo als PDF zum Download

Auslandsabonnement Europa: 49,- €

Mein Prämienpaket: 1 2 3

Die **spw** geht an: _____

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

E-Mail (freiwillige Angabe) _____

Datum, Unterschrift _____

Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____

IBAN _____

BIC _____

Datum, Unterschrift _____



- Ich bin mit der Verwendung meiner persönlichen Daten und der Speicherung einverstanden. Siehe Datenschutzerklärung auf www.spw.de
- Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Abo per Fax: 0231 / 202 00 24 oder unter: www.spw.de